juli

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 26. 6. 75/Nr. 7

3,00 DM

C22160E

Mythos St. Pauli:
Kapital auf dem Strich

KONKRET-DOKUMENT:
Adenauer als Ghostwriter

Engelmann ® Herburger
Grass ® Hoier ® Venske
Buchholz ® Hamm

Österreich S 25,–
Schweiz sfr 3,80
Holland hfl 3,80
Italien Lira 850

in konkret Juli 1975

Post

konkret intern

konkret extrakt

Eßt Sardinen! von Hermann L. Gremliza

Totengräber dürfen - Friedhofsgärtner nicht von Bernt Engelmann

An dieser Stelle kommentieren in Zukunft Mitglieder des Presseausschusses Demokratische Initiative (PDI).

„... dann ist es Zeit zum Widerstand“ von Günter Grass, Hermann L. Gremliza, Ingrid Krüger

Rührt er die EsPeDe-Trommel auch für Helmut Schmidt, zu welchem Ende ist man ein demokratischer Sozialist, was tun, wenn Sonthofen zum Programm wird, warum soll man Kapitalisten nicht entmachten, gibt es nach Chile noch die Hoffnung auf einen dritten Weg, warum müssen sich die portugiesischen Sozialisten durchsetzen und warum ist der schlimmste Feind der linken die „leninistisch-stalinistisch doktrinäre kommunistische Partei"? In einem KONKRET-Interview gibt der Schriftstellerund Politiker ohne Beruf, Günter Grass, seine Auskunft

Chile nach dem Putsch - 5. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

Schwarzfunk von Till-Matthias Jürgens

1941 - 1945 - 1975

Die Bilder, die KONKRET auf dieser und den folgenden Seiten zeigt, sehen Sie zum ersten Mal. Sie berichten von einem Pogrom, das ukrainische Kollaborateure unter Anführung von SS und Hitler-Wehrmacht im Juli 1941 im polnischen Lemberg gegen jüdische Frauen veranstalteten

Die Erleuchtung ist eröffnet von Martin Buchholz

Über Maharishi M. Yogi

„Warum haben Sie nicht Böll gefragt?“ von Henning Venske

Henning Venske wurde von der „Playboy"-Redaktion gefragt, ob er sich als Pin-up ablichten lassen wolle. Als er Nein sagte, wollte der „Playboy" Venskes schriftliche Ablehnung drucken. Doch die viel etwas zu deutlich aus, wurde zurückgeschickt („Sie treten den Verleger, der uns das Honorar zahlt") und steht jetzt in KONKRET

konkret pervers

Spielanleitung für ein Psychostück von Ursula Junge

Die Nato-Zone von Niels Kadritzke

Zypern ist verwirrend: Es gibt dort griechische Faschisten, türkische Faschisten, griechisch-zypriotische Faschisten, türkisch-zypriotische Faschisten, türkisch-zypriotische Demokraten und griechisch-zypriotische Demokraten, Flüchtlinge auf beiden Seiten, englische Basen und US-Interessen. Niels Kadritzke war vor Ort und analysiert die Lage

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Fehl-Orientierungs Rahmen
ADENAUER ALS GHOSTWRITER?Fünf Sozialdemokraten über den neuen Entwurf eines SPD-Langzeitprogramms

Mythos Sankt Pauli von Ralf Thenior

Elitär oder revolutionär? von Peter Hamm
„La Cubana - ein Stück Musiktheater von Hans Werner Henze und Hans Magnus Enzensberger: Kein Fall für Kulturzertrümmerer und Kulturverteidiger

Dr. Mackie Messer von Burkhard Mauer
Am 1. Juli feiert der Suhrkamp-Verlag sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. In die Flut der Glückwünsche an den Verleger Siegfried Unseld will KONKRET auch einen Strauß - werfen. Der westberliner Dramaturg Burkhard Mauer hat ein paar Anmerkungen zu Unselds Geschäftsgebaren hineingeflochten

Ganz unten von Hartmut Schulze
„Was ist das kollektive Schicksal, die kollektive Biographie von Menschen in der Bundesrepublik, deren individuelles Schicksal der Zwang zur gleichgeschlechtlichen Objektwahl ist?" Antwort auf diese Frage geben Reimut Reiche und Martin Dannecker in dem Fischer-Paperback „Der gewöhnliche Homosexuelle" (19 Mark), die, so der Hamburger Sexualwissenschaftler Gunter Schmidt, „bislang zuverlässigste und wissenschaftlich wichtigste Arbeit auf diesem Gebiet in Europa". Wichtig nicht nur für die Schwulen selbst, denn Schuld an deren Misere ist „in erster Linie der aus tiefer Homosexualitäts-Angst rührende Homosexuellen-Haß der heterosexuellen Majorität"

Ich habe gelesen von Hans Christoph Buch
In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre

Schwäbische Mafia von Günter Herburger

kulturnation

Subventionskino von Hamm Farocki
In Duisburg wird einmal im Jahr ein kleines Festival mit neuen deutschen Spielfilmen gemacht. Gedacht ist die Veranstaltung vor allem zur Information von Leuten, die bei unabhängigen Spielstellen, kommunalen Kinos oder Filmclubs arbeiten. Gezeigt werden dort keine Porno-, Simmel- oder Heinofilme, sondern Filme der Gattung, die man früher „Junger Deutscher Film" nannte. Das Geld zu diesen Filmen kommt nicht aus der Filmwirtschaft, sondern vom Fernsehen oder aus Mitteln der Filmförderung. In drei Tagen und neun Filmen bekam ich einen gedrängten Eindruck von dem gegenwärtigen Subventionskino.

Rasierklinge von Sebastian Blade, Heiner H. Hoier, Detlef Michelers, Peter Butschkow

Konkret 07/75, S. 2

Post

Bayer ein

Gerhard Zwerenz besten Dank für seine vorzügliche Psychographie des Mannes, der die Bundesrepublik einbayern will. Besonders gefiel mir der Hinweis auf den Rattenfanghang dieses Herrn; genauso habe ich FJS in meinem Bilderzyklus DIE MACHER auch dargestellt.

Günter Krüger,

Brühl

Otto Marx?

Die neue Aufmachung und das Titelbild sind in dieser Art recht ansprechend. Viel zu umständliche Satzkonstruktionen bei Zwerenz. Um hier etwas zu begreifen, muß man die Hauptsätze mit Bleistift unterstreichen. Was dann herauskommt, hätte man auch in wenigen Sätzen sagen können. Gegensatz dazu: J. Saupe. E. Wulf und P. Parnass. Ihre Artikel sind nicht geschraubt, sondern verständlich und eindeutig in ihrer Aussage. Macht ja so weiter mit der Chile-Folge! Was Thomsens „Da lacht die Nato" soll? Am Abend kann man sich eben nicht mit einer kurzweiligen Platte von Marx unterhalten. Lieber noch Otto als eine stumpfe Rasierklinge. Am Rande: Norbert Blüm als demokratischer Linker in einer Reihe mit Theodorakis in der Eigenwerbung und dann Reimar Lenz als dussliger Kopfsteher im Express. An den Taten sollt ihr sie erkennen, nicht am Geschreibsel. Und da hätte Blüm mehr Möglichkeiten als Lenz.

W. A. Kufer,

Sinsheim

Eins in Deutsch

Eure Gedanken - in Ordnung, man kann sie diskutieren, sie sind kritisch und regen zum Denken an; aber Eure Sprache - ein Greuel. Könntet Ihr nicht selbst „gewisser Steigerungen und superlativer Entladungen entraten" bei der Wahl Eurer Worte und Eures Satzbaues, wie dies Gerhard Zwerenz für die „circensischen Naturen unter den späteren Politikern" als Notwendigkeit erkennt? Für wen schreibt Ihr eigentlich? Ich selbst bin ein mit dem Abitur beschenkter Arbeitersohn und habe, trotz meiner Schullaufbahn und einer Eins im Deutschabitur, Schwierigkeiten, Euch zu verstehen. Wollt Ihr immer noch auf Eurem hohen intellektuellen Roß sitzenbleiben und nur für die, dem bürgerlichen Millieu entsprungenen Linken mit akademischer Laufbahn schreiben? Damit wird es Euch nicht möglich, Eure Auflage zu steigern. Außerdem ist nicht zu erwarten, daß sich die Zustände, die Ihr kritisiert, ändern werden, wenn die Information darüber nicht den Arbeitern, sondern nur den Hirnwichsern zugänglich gemacht wird. Ich jedenfalls wage es nicht, Eure Zeitung meinen langjährigen Freunden, die Arbeiter geblieben sind, zu empfehlen, da die sich verschaukelt fühlen müßten.

Bernhard Ufholz,

Puchheim

Namen nennen!

Da gab's doch mal ein Versprechen in einem der ersten Hefte des neuen KONKRET: Vor jedem Artikel sollte stehen, wer ihn geschrieben hat. Schade, daß dies bei der Serie über die Studenten nicht der Fall war. Dann wäre auch die letzte Frage vollends klar geworden: Ist der Schreiber nun MSB- oder SHB-Mitglied. Aber eigentlich ist das ja auch egal. Jedenfalls wurde nicht versucht, den Konflikt MSHB contra JUSO/LHV, der dem VDS zum Schluß lähmte, darzustellen und politisch zu analysieren, sondern es wurde schlicht die MSHB-Linie als VDS-Politik ausgegeben, alles andere als „perverse Koalitionen" o. ä. diffamiert. Nun, jeder hat seinen Standpunkt. Derjenige der Mehrheit der Studentenschaften wurde jetzt in Gießen deutlich, wo der neue Dachverband aller Studentenschaften gegründet wurde. Wie an den Hochschulen zunehmend auch, stellen die sog. „gewerkschaftlich Orientierten" eine Minderheit. Die Studenten haben klar erkannt, daß ihre Interessen z. Zt. am besten von Jusos, LHV und sozialistischen Basisgruppen durchgesetzt werden. Im neuen

Dachverband stellen diese Kräfte die Mehrheit. Damit sich nicht nur KONKRET-Schreiber, sondern auch Briefeschreiber identifizieren: Ich bin Mitglied der Juso-Hochschulgruppen an der Uni Ulm.

Heiner Lampp,

Ulm

Einseitig?

Ich lese seit Anfang dieses Jahres wieder Konkret und habe dies im wesentlichen nicht bereut. Mir gefällt insbesondere, daß Ihr in Eurer Zeitschrift ein echtes linkes Spektrum von Autoren zu Wort kommen laßt und so zu einem in der BRD sonst nicht mehr vorkommenden Diskussionsforum geworden seid. Davon ausnehmen muß ich allerdings Eure Berichterstattung über studentische Politik. Ich nehme an, daß Ihr zum ASTA der Uni Hamburg gegangen seid und Euch von den dortigen MSB- und SHB-Genossen die neuesten Informationen zustecken ließt. Diese Einseitigkeit ließ sich im allgemeinen Teil gerade noch ertragen, doch was Ihr in der Mai-Nummer über den Studentischen Dachverband schreibt, könnte genausogut vom Bundesvorstand des MSB Spartakus stammen. Es stimmt in einigen Formulierungen sogar wörtlich mit dessen Flugblattserie „Blick hinter die Kulissen" überein. Vielleicht könnt Ihr jetzt, nachdem der neue Verband sich konstituiert hat, Euch dort Zusatzinformationen beschaffen (z. B. über die Negativkoalition von MSB und SHB mit dem RCDS auf dem zweiten Teil der Gründungsversammlung).

Matthias Paul,

Saarbrücken

PS: Ich bin Mitglied der Juso-Hochschulgruppe Saarbrücken und war hier mal ASTA-Vorsitzender.

Kubel, radikal

„Von den SPD-Politikern Kubel und Neubauer liegen keine näheren Erkenntnisse vor", behauptet KONKRET (5/75) in seinem Artikel über den „Fall Narr". Sind Sie da so sicher? Ober den SPD-Politiker Kubel zumindest kann ich Ihnen die „Erkenntnisse" mitteilen, daß auch er vielleicht noch einmal ein Berufsverbot-Fall wird, da er in früheren Jahren schwer mit sozialistischen Behauptungen gesündigt hat. Ich zitiere aus seiner Landtags-Rede vom 27. 3. 1947, an dem das niedersächsische Parlament über die „Sozialisierungsfrage" debattierte: „Meine Herren, selbst der Älteste in diesem Saale hat ... so etwas wie eine freie Wirtschaft nicht mehr gekannt ... Es ist doch völlig klar, daß niemand auch im mittleren Unternehmertum irgendeinen maßgeblichen Einfluß auf die Industrie hatte, von der er abhing. Er konnte Briefe schreiben an die Schlüsselproduktion. Ob sie beachtet wurden, wurde letzten Endes bestimmt vom privaten Profitinteresse der Inhaber." Und an anderer Stelle in seiner Rede spricht er von der „notwendigen Entmachtung privater Monopolkapitalisten". Vielleicht noch zum Schluß der Hinweis, daß derlei Argumentationen in der Politischen Wissenschaft auch kritisiert worden sind. Nicht, weil in ihnen die Sozialisierung von Schlüsselindustrien gefordert worden ist, sondern weil diese Notwendigkeit der Sozialisierung in erster politisch, wenig ökonomisch begründet wurde. So als Kritik zu finden in dem Buch: CDU - SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart 1966, u. a. S. 113. Sein Verfasser: Wolf-Dieter Narr.

Holdger Platta,

Göttingen

Mörderbande

Endlich hat der CDU-Abgeordnete Norbert Blüm etwas geschrieben, was ihn als KONKRET-Autor ausweist: Kaum ein Sozialdemokrat hat Matthöfer und seine Äußerung über die chilenische Mörderbande so unterstützt wie Blüm. Und das angesichts der Tatsache, daß der SPD-Bundeskanzler Schmidt laut „Welt" sich gegen Matthöfer gewandt hat. Schade, daß Blüm und Matthöfer nicht in einer Partei (nicht der CDU!) kämpfen.

Paul Sobotta,

Bochum

Konkret 07/75, S. 3

konkret intern

In KONKRET 5/75 veröffentlichte Günter Herburger sein Gedicht "Zur Verbesserung des Feuilletons". Strophe 1:

"Einfach Wolfram Siebeck verbieten, über Essen zu schreiben und ihn drei Tage mit Heftpflaster über dem Mund in die Bahnhofsgaststätte von Würzburg setzen, wo wir mitunter auch schlemmen."

Was, muß Siebeck sich gefragt haben, hat es mit diesem Bundesbahn-Bocuse auf sich? Er ging hin, es zu prüfen. Am 23. Mai konnte er ganzseitig in der "Zeit" melden: "Jetzt weiß ich, wie ein deutscher Lyriker in Würzburg schlemmt.“ Nämlich so: Er ißt ein Kalbsragout fin im Näpfchen, das ihn 15 Minuten beschäftigt (fünf mit Warten, zehn mit der Befreiung der Zähne vom zäh-faserigen Fleisch). Dann nimmt er eine Gulaschsuppe, die zwar braun und breiig in einer Stahltasse schwappt, doch vielleicht mit "inspirierenden Qualitäten, von denen einer beim Dichten profitiert". Es folgen ein Filetsteak (ohne Saft, da tiefgekühlt), junge Erbsen (groß wie Kirschkerne) und eine Sauce ("die Gulaschsuppe von vorhin, nur diesmal durchgesiebt"). Siebeck ruft den Kellner: "Was ißt Herr Herburger immer bei Ihnen?" Der Kellner weiß nicht... Und Siebeck fährt zurück, bereichert "durch die Erkenntnis, daß Günter Herburger nicht nur mit deutscher Zunge dichtet. Er ißt auch damit."

*

Andere sind Herburgers Empfehlungen noch nicht nachgekommen - weder ist Horst Krüger jetzt Zeitansager bei der Bundespost noch Siegfried Lenz Kellner oder Peter Handke Tankwart. Auch Günter Grass steht nicht redend und kochend "in einem sozialdemokratischen Werbepilz vor dem Hauptportal der Volkswagenwerke Wolfsburg", sondern als Interview-Partner in KONKRET (auf Seite 11).

Konkret 07/75, S. 6

konkret extrakt

Ein Boom in Pleiten

Mit 2298 Insolvenzen hat sich die Zahl der Konkurse im ersten Quartal dieses Jahres um rund 30 Prozent gegenüber 1974 erhöht. Die Gesamtsumme der KonkursVerluste betrug im vergangenen Jahr rund' 15 Milliarden Mark. 1973 waren es nur 3,6 und 1972 1,7 Milliarden.

Schatzmeister, zur Sache

Frage: „Wie kommen wir am schnellsten aus der wirtschaftlichen Flaute wieder heraus?" Antwort: „Ich bin dafür, daß jeder in der Woche drei Stunden ohne Bezahlung mehr arbeitet." Die Frage stellte das Propagandablatt der bundesdeutschen Unternehmerverbands-Spitzen in Köln, das den Titel „aktiv" hat und kostenlos an Arbeiter in den Betrieben verteilt wird. Die Antwort gab Dr. Fritz Burgbacher, Honorarprofessor an der Kölner Universität, CDU-Bundestagsabgeordneter und lange Zeit „Schatzmeister" dieser Partei, Mitglied in unzähligen Aufsichtsräten, des „Europäischen Parlaments", der „Nordatlantischen Versammlung" und so weiter und so fort. Der Arbeitswert der drei kostenlosen Wochenstunden soll „für Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Beschäftigten als langfristig festgelegtes Sparguthaben" verwendet werden - in den Unternehmersparbüchsen, versteht sich.

Wir Wunder-Kinder

In ihrem „zweiten Familienbericht" gibt die Bundesregierung bekannt, daß die BRD mit 22 Totgeburten und Sterbefällen im ersten Lebensjahr auf 1000 Geburten an 14. Stelle auf der Liste der Säuglingssterblichkeit vergleichbarer Staaten liegt. Die Zahl der Kindesmißhandlungen stieg von 1512 Fällen im Jahre 1971 auf 1934 im Jahre 1973. Die Dunkelziffer beträgt ein Vielfaches. Die Gesamtzahl der obdachlosen Kinder und Jugendlichen schätzt die Bundesregierung auf 300 000. In 128 000 Haushalten haben nicht alle Kinder ein eigenes Bett.

Kaviar-Boom

Nach Meldungen über den Super-Boom für Steinways Spitzenflügel und die monatelangen Lieferfristen für den neuen Mercedes 450 SEL 6.9 (70 000 Mark), jetzt endlich auch Beruhigendes auf dem Lebensmittel-Markt: Der Verbrauch von Kaviar (das Gramm für 69 Pfennig) stieg 1974 im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent.

T wie Toupet

Berufsgruppen „mit starkem Publikumsverkehr" erhalten dieser Tage von der Abteilung T (Terror) des Bundeskriminalamts ein Merkblatt mit einer Aufforderung zum bundesweiten Spitzel-Terror. Friseure sollen den Verfassungsschutz informieren, wenn ihre - Kunden plötzlich die Haare färben lassen oder Toupets verlangen. Tankwarte sollen nicht nur auf wechselnde Autonummern achten und Farbwechsel melden, sondern „bei passender Gelegenheit" Kofferräume und das Wageninnere inspizieren und „alles Verdächtige" melden.

Aktion überfüllte Klasse

Wenn keine neuen Planstellen geschaffen werden und der Finanzaufwand für das Bildungswesen nicht erhöht wird ist nach Erhebungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schon im nächsten Schuljahr mit bis zu 20 000 arbeitslosen Lehrern zu rechnen. In Hamburg und Rheinland-Pfalz wurden die ersten Lehramtskandidaten bereits abgewiesen. Dabei, so die GEW, fehlen heute allein in Bernhard Vogels Amts-Bereich über 5000 Lehrer, 40 Prozent aller Klassen haben eine Schülerfrequenz von 36-45. Bis 1978 werden die Schülerzahlen weiter steigen.

MAD-Scheibe

Fernschreiben des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) an alle Bundeswehr-Standorte: „Anläßlich der Veranstaltungen zum 1. Mai 1975 wurde die Teilnahme von ca. 130 Soldaten in Uniform festgestellt. Es besteht Veranlassung zu der Vermutung, daß dabei auch gegen die Dienstpflichten der Soldaten verstoßen wurde. Derartige Verstöße sind als unzulässige politische Betätigung zu bewerten und gemäß der o. a. Vorgänge umgehend als besondere Vorkommnisse zu melden. Hiermit wird gemäß 10/ 13 zu diesen besonderen Vorkommnissen ein besonderer Bericht, in dem die disziplinarische Würdigung zu melden ist, angefordert. Soweit den Disziplinarvorgesetzten die Dienstpflichtverletzungen der ihnen unterstellten Soldaten noch nicht bekannt sind, wird der MAD die entsprechenden Informationen zukommen lassen."

Pro-fit

Im Rahmen eines umfassenden ideologischen , Trimm-Dich" des Arbeitgeber-Verbandes organisierten jetzt auch 120 Bosse aus dem Aachener Raum eine „Unternehmer-Beschimpfung". Bei dem „prächtigen Rollenspiel" durfte ein Diplom-Politologe namens Linke den Linken machen. Auch im Schwarzwaldörtchen Saig brachte der südbadische Unternehmerverband den Personal-Chefs seiner Mitgliedsfirmen bei, wie man auf Betriebsversammlungen und bei Kündigungsgesprächen gewerkschaftliche Argumente zu parieren hat. Da die „Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen weiter Zunehmen" werde, kündigte der BDA eine Intensivierung seiner Schulungsarbeit an. Sie dürfte auf ein Modell des „Management Institut Hohenstein" zurückgehen, dessen „Round Table Marxismus für Manager - Wie diskutiert man mit Marxisten?" unlängst durch Jochen Steffens Teilnahme zum Erfolg wurde. Erläuterung des Instituts: „Das deutsche Management ist das wirksamste Bollwerk gegen den Marxismus, aber es ist auf diese Aufgabe nicht vorbereitet. Das Round-Table-Seminar soll dem Teilnehmer nicht nur die marxistischen Standpunkte konkret erläutern, sondern ihm vor allem durch das Gespräch mit führenden Wirtschaftswissenschaftlern wirksame Gegenargumente liefern."

Reyn-Gold

Glatte 227 Millionen Mark hatte der Hamburger Senat dem amerikanischen Reynolds-Konzern an Subventionen geschenkt. Für weitere 534 Millionen übernahm er Bürgschaften für den Aluminiumproduzenten, damit Reynolds an der Elbe ein neues Werk bauen konnte. Preis: 650 Millionen Mark. Mit diesem Geld erwirtschafteten die Amerikaner nun nach dreijähriger Betriebszeit einen Verlust von 160 Millionen Mark, der sich jährlich um weitere 25 bis 30 Millionen erhöhen wird. Damit die Amis jetzt nicht schmollen und womöglich ihr Alu-Werk, das in der Umgegend Blumen- und Obstplantagen und ein Naherholungsgebiet vernichtet, im Stich lassen, kauft der Senat den ganzen verschuldeten Laden auf und vermietet ihn für 25 Prozent Leasinggebühren für zunächst zwei Jahre an Reynolds zurück. Den Hamburger Steuerzahler würde ein Konkurs selbst dann noch weniger kosten, wenn jedem der arbeitslos werdenden Reynolds-Beschäftigten eine Abfindung -,on '00 000 Mark gezahlt würde.

Frischwärts

Der Wirtschafts-Professor H. J. Rüstow stellt die Prognose, daß „im zweiten Halbjahr 1975 mit einem steilen Aufwärtstrend des Unternehmergewinns zu rechnen ist". Die Großen dürfen mit 20, die Kleineren auf 11,4 Prozent Profitsteigerung rechnen.

Non ölet

Die letzte Benzinpreis-Erhöhung (pünktlich zum Urlaubsbeginn) war wieder einmal vom großen Jammer über eine „unzureichende Erlössituation" (Aral) begleitet. Und so sieht die Erlössituation nach einer Rohöl-Preissenkung von 7,6 Prozent gegenüber dem letzten Herbst tatsächlich aus: Allein im ersten Quartal dieses Jahres verbuchte der Shell-Konzern einen Reingewinn von 1,2 Milliarden Mark. Die deutsche BP klagt über einen Verlust von 260 Millionen für 1974. Ihre britische Mutter dagegen weist für die deutsche BP 95 Millionen Gewinn aus. Inzwischen hat das „Wallstreet Journal" auch die Profit-Margen anderer Öl-Multis für das vergangene Jahr veröffentlicht. Hier die absoluten Gewinne in Millionen Dollar (in Klammern die Vorjahrs-Werte): Exxon (Esso): 3140 (2443), Texaco: 1586 (1292), Mobil Oil: 1040 (849), Gulf Oil: 1065 (800), Standard Oil: 970 (844), Royal DutchShell: 27121 (1780), British Petrol: 1145 (763). Durchschnittlich stieg der NettoProfit um 33 Prozent.

Kleindruck-Druck

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat zum (Regierungs-)Gesetzentwurf

zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen „Stellung" genommen. Ein vorgesehenes Verbot des „Kleingedruckten" in Vertragstexten verkenne dessen „Rationalisierungseffekt". Ein solches Verbot werde sich im Preis niederschlagen müssen.

„Der Vogel war nie ein Sozialdemokrat und wird nie einer werden"

Der frühere bayrische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) über den Bundesjustizminister und bayrischen SPD-Vorsitzenden Hans Jochen Vogel.

Burda-Moden

Einen Petrarca-Preis für deutschsprachige Lyrik in Höhe von 20 000 Mark hat in diesem Jahr der Verleger Burda jr. gestiftet. Die Jury (Born, Brock, Handke, Michael Krüger, Urs Widmer) soll inzwischen entschieden haben. Auf den Gedanken, wenigstens einen Teil des Preises an den seit Jahren in Köln-Ossendorf eingesperrten Lyriker Peter Paul Zahl („Schutzimpfung") zu vergeben, ist sie; dem Vernehmen nach, nicht gekommen. Damit wurde wieder einmal die Gelegenheit vertan, aus den Pfunden, mit denen ein Kapitalist kulturell wuchern möchte, politische Scheidemünze zu machen.

Nach Vorstellung der Juroren soll der Preis Anerkennung besonders für solche Autoren bedeuten, die der „subjektiven Wahrnehmung der Subjektivität im Erkenntnisprozeß" wieder zu Ehren verhelfen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Wer wäre nicht für das Gute und gegen das Böse auf der Welt? Der Verdacht aber, daß dies selbst wieder ein ideologischer Preis ist. liegt nahe: Denn an die subjektiven Erfahrungen von ihm gefeuerter Arbeiter und Angestellter dürfte der Sohn des „Bunte"-Verlegers nicht gedacht haben, als er das Geld lockermachte.

Wenn am 20. und 21. 7. 75 sich die Verleihungs-Party auf Burda-PR-Reise macht, um ihren Preis auf dem Mont Ventoux in Süd-Frankreich zu vergeben, wird Peter Paul Zahl ganz subjektiv in seiner Zelle sitzen und auf die Solidarität „objektivitätsgläubiger" Genossen angewiesen sein, so wie der prospektive Preisträger dieses Jahres angewiesen war auf den persönlichen Einsatz „objektivitätsgläubiger" Marxisten, ohne die seine Gedichte, die jetzt prämiiert werden sollen, wohl kaum erschienen wären.

Hermann Peter Piwitt

Konkret 07/75, S. 9

Hermann L. Gremliza

Eßt Sardinen!

Wenn man einige unserer demokratischen Sozialisten über Portugal reden hört, hat man den Verdacht, sie sehnten sich nach Solidaritätsmärschen für eingesperrte und gefolterte portugiesische Genossen.

Vorher scheint ihnen die Sache keinen Spaß zu machen. Da werden Theorie-Murmeln gerollt, da wird von Stalinisten und Kaderpolitik geschwafelt, Musterschüler spielen Oberlehrer und alles schwätzt, wie ihm der jeweilige Ortsvereinsvorstand das Maul wachsen läßt. Dann geht's erschöpft ab in den Urlaub - nach Spanien Italien, Griechenland, Tunesien oder Schweden. Und es wird gewartet und gewettet, wer denn nun recht bekommt. Portugal den Portugiesen.

Unterdessen geht der Kampf um ein demokratisches Portugal weiter. Für Demokratie sind alle. Weil Demokratie ja zuerst mal heißt: Nato-treu, marktwirtschaftlich, nett zu ausländischen Investoren und ihren politischen Handlungsreisenden (wie Kai Uwe von Hassel). Demokratisch wäre es auch, die Nutznießer und Helfer der gestürzten Faschisten gleichberechtigt am Wettkampf um die politische Macht teilhaben zu lassen. Weil doch Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist (Strauß für Rosa Luxemburg).

Wer diese Demokratie nicht will, schafft ein ungünstiges Klima - für die militärische Sicherheit des Landes und fürs ökonomische Überleben. Wer diese Demokratie aber will, der kommt in Portugal nicht mal so weit wie der demokratische Sozialismus vom Typ Brandt/Schmidt bei uns, der kommt bloß bis . . . (ich weiß nicht, wie das portugiesische Sonthofen heißt).

Schon jetzt, da in Portugal nicht mal die Möglichkeiten ausgeschöpft sind, die das Bonner Grundgesetz und das Godesberger Programm einer sozialistischen Veränderung bieten, wird das Land boykottiert: Ausländische Firmen schließen ihre Werke, ziehen ihr Kapital ab, stornieren geplante Investitionen. Der portugiesische Mini-Export stagniert, und die Hotelzimmer an den Sonnenstränden stehen leer. Wozu halten sich die Multis auch ihre freie Presse . . .

Demokratischer Sozialismus? Das ist schon schwierig (wenn überhaupt möglich), wo eine kräftige Wirtschaft dem Kapital auch dann noch eine gute Rendite verspricht, wenn ein bemerkenswerter Teil des gesellschaftlichen Reichtums für die Bedürfnisse der Gesellschaft requiriert wird. Dort hat man vielleicht eine Chance, daß der Preis - mal zähneknirschend, mal säbelrasselnd - bezahlt wird.

In Portugal aber kostet schon die Beseitigung des Analphabetismus mehr Geld, als die ausländischen Investoren aus ihm herauswirtschaften konnten. Da bleibt, wenn die eben begonnene Revolution wirklich etwas verändern soll, keine Mark abzusahnen.

Im Gegenteil: In dieses Land muß viel Geld hineingesteckt werden. Unsere demokratischen Sozialisten rufen deshalb nach der Europäischen Gemeinschaft, offenbar verdrängend, daß sie diese sonst gern (und zutreffend) das Europa der Konzerne nennen. Gut, die Bundesrepublik und die Niederlande haben inzwischen Geld geschickt - nicht wenig, aber doch etwas weniger als bundesdeutsche und niederländische Firmen abgezogen haben. Warum aber auch noch das Frankreich Giscards, das Großbritannien Wilsons und das Italien Moros beim Aufbau des demokratischen Sozialismus helfen sollen, möchte man gern erklärt kriegen.

Was man nicht wissen will (weil man es zu gut weiß): Was tun bundesdeutsche Sozialisten . eigentlich, wenn ein sogenanntes „Chaos- in Portugal das Eingreifen von Ledernacken „erzwingt"? Ob das Problem „Republica", das sie derzeit so beschäftigt - weil die Freiheit, schreiben zu lassen, was man will, wichtiger scheint als die Freiheit, lesen und schreiben zu lernen -ob das dann immer noch der Probefall für oder gegen Demokratie ist?

Wer so wenig, wer so gut wie nichts tun kann, wenn wieder mal ein sozialistisches Experiment in CIA-KZs liquidiert wird, sollte den portugiesischen Revolutionären jetzt nicht mit klugen Ratschlägen vor der Nase rumfuchteln. Es sei denn, Caetano ist ihm lieber als Cunhal.

Und was die Warnung vor den „Stalinisten-Leninisten" betrifft, auf die sich Günter Grass in dem KONKRET-Interview (Seite 11) versteift: Muß man eigentlich Kommunist sein, um darauf zu hoffen, daß die Präsenz der sowjetischen Flotte im Mittelmeer vielleicht den Interventionsdrang der USA dämpfen könnte? Muß man Kommunist sein, um darauf zu hoffen, daß die Sowjetunion den Portugiesen wirtschaftlich hilft? Muß man Kommunist sein, um zu erkennen, daß ohne militärische und wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion der Süden Vietnams noch immer US-Kolonie und Havanna der Weekend-Puff der United Fruit wäre?

Muß man sicher nicht.

Vielleicht wollen die portugiesischen Kommunisten den Sozialismus nicht so demokratisch gestalten, wie man sich das wünscht. Vielleicht wollen die portugiesischen Sozialisten die Demokratie nicht so sozialistisch, wie sie werden sollte. Wir deutschen Sozialisten sollten dennoch beiden helfen, ihren portugiesischen Weg zum Sozialismus zu gehen.

Und helfen kann man ganz praktisch: Jeder verbringt seinen Urlaub in Portugal. Jeder ißt Sardinen, bis sie ihm aus den Ohren wachsen. In jeder Büchse steckt mehr sozialistische Politik als in Hunderten von Anträgen auf manchem Bezirksparteitag.

Konkret 07/75, S. 10

Bernt Engelmann

Totengräber dürfen - Friedhofsgärtner nicht

An dieser Stelle kommentieren in Zukunft Mitglieder des Presseausschusses Demokratische Initiative (PDI).

Die Bundesrepublik Deutschland beansprucht, ein Rechtsstaat zu sein. Diesen Anspruch begründet, daß hier alles erlaubt ist, was nicht gegen die Gesetze verstößt. Es ist beispielsweise legal (und daher statthaft, allenfalls als kleine Taktlosigkeit zu rügen), wenn einer der ranghöchsten Offiziere der Bundeswehr, Heeresinspekteur Horst Hildebrandt, die 30. Wiederkehr des Tages der Befreiung vom Nazi-Faschismus auf seine Weise feiert, nämlich in Madrid, als Jubiläum des faschistischen Sieges über die spanische Republik und im Kreise jener Bande von (mit Hakenkreuz-Orden geschmückten) Mördern, die ihre Diktatur nur mit Hitlers Hilfe installieren konnten.

Es ist - um nur noch drei von vielen hundert möglichen Beispielen zu nennen - ebenfalls völlig legal, daß der Richter am bayerischen Obersten Landesgericht, der ehemalige SS-Aktivist Karl Günter Stempel, nebenberuflich eine rechtsextremistische Organisation leitet; daß der an Untaten in Polen beteiligte ehemalige SS-Obersturmführer (und heutige CDU-MdB) Otto Freiherr von Fircks im Programmbeirat des Norddeutschen Rundfunks ein gewichtiges Wort mitzureden hat; oder daß der ehemalige SS-Untersturmführer in der „Leibstandarte Adolf Hitler" und führende Nazi-Funktionär im einstigen „Protektorat" Böhmen-Mähren, Siegfried Zoglmann, heute als CSU-MdB im Finanzausschuß des Bundestags sitzt und mit nahezu allen Staatsgeheimnissen vertraut gemacht wird.

Es gilt in der BRD auch als rechtsstaatlich, wenngleich die Vereinbarkeit solcher Maßnahmen mit dem Grundgesetz zumindest zweifelhaft und auch unter konservativen Juristen umstritten ist, daß Mitglieder einer legalen politischen Partei, der DKP, wegen solcher Mitgliedschaft nicht Beamte werden dürfen. In den CDU/CSU-regierten Bundesländern wurde diese Berufsverbotspraxis, der schon Hunderte von Staatsbürgern, zumeist angehende Lehrerinnen, und Lehrer, zum Opfer gefallen sind, mitunter auch schon auf linke Sozialdemokraten und allzu aktive Gewerkschafter ausgedehnt.

Kürzlich hat das sozialliberal regierte Niedersachsen die Rechtsstaatlichkeit um eine neue Variante bereichert: Das Kabinett in Hannover - nach der Landesverfassung dafür gar nicht zuständig - hat die Berufung eines international hochangesehenen Wissenschaftlers, des Politologen Wolf-Dieter Narr, an die TH der Landeshauptstadt abgelehnt. Narr, einem engagierten Sozialdemokraten, wurde u. a. „Linkslastigkeit", Beteiligung an Anti-Notstandsgesetz-Aktionen und Protesten gegen die Kriegführung in Vietnam sowie Eintreten für einen rechtsstaatlichen Normen entsprechenden Strafvollzug vorgeworfen.

Alle Proteste gegen die Ablehnung des Professors Narr nützten nichts: SPD-Landesvater Kubel erklärte im Landtag, er sehe „keine Veranlassung, den gefaßten Beschluß erneut zu überprüfen". Sein Koalitionspartner, Innenminister und FDP-Landesvorsitzender Rötger Groß, pflichtete Kubel bei, nannte die hannoversche Berufsverbotspraxis „rechtsstaatlich" und fügte hinzu, er werde „selbstverständlich" auch einen Friedhofsgärtner aus dem öffentlichen Dienst entlassen, wenn dieser beispielsweise der DKP angehöre. Erst recht, so mußte man folgern, sei ein SPD-Professor abzulehnen, gegen den Westberliner Verfassungsschutz-„Erkenntnisse" vorlägen.

Der Vorgang in Hannover lädt ein zu kurzer historischer Rückschau: 1837 jagte ein anderer hannoverscher Landesvater, König Ernst August, sieben Göttinger Professoren aus dem Amt, unter ihnen die Gebrüder Grimm. Sie hatten königliche Verfassungsbrüche moniert. .Alle Proteste nützten nichts. Zu Wilhelm von Humboldt meinte der König: „Professoren, Huren und Balleteusen kann man überall für Geld haben!"

Damals ging es gegenliberale Demokraten. 30 Jahre später, nachdem Bismarck die Welfen aus Hannover vertrieben hatte, begann der. Kampf der preußischen Regierung gegen die Sozialdemokraten, der in den Sozialistengesetzen gipfelte. Bis 1890 konnte ein „erkannter" SPDler „selbstverständlich" kein Staats- oder Gemeindeamt, auch nicht das eines Friedhofsgärtners, bekleiden. Wieder 30 Jahre später, 1920, wurde Gustav Noske, der „Bluthund" der rechten SPD (und als Organisator der rechten Kampfverbände gegen „die Roten" sozusagen der Vater der SS), Oberpräsident von Hannover und blieb im Amt, auch über den 30. Januar 1933 hinaus bis zu seiner Pensionierung, bis alle aktiven Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche Gewerkschafter und führende Liberale, nunmehr gemeinsam, entweder im KZ oder im Exil waren und die Demokratie sich in eine faschistische Diktatur verwandelt hatte.

Aus alledem irgendwelche Lehren zu ziehen, ist weder dem „Erkenntnisse" über seinen Parteifreund Narr sammelnden Berliner Innensenator Kurt Neubauer noch dem Noske-Nachfolger Kubel zuzumuten; die Rechtsaußen in der SPD haben ihre eigene Logik, die besagt, daß es gut und richtig ist, sich mit Reaktionären und Faschisten zu verbünden, weil nur so die bürgerliche Demokratie gegen den Ansturm der roten Horden verteidigt werden kann. Daß dabei der freiheitliche Rechtsstaat unweigerlich zum unfreien Rechts-Staat wird und daß . statt der roten Friedhofsgärtner die Totengräber der Demokratie ans Ruder kommen, muß man, so finden sie, seufzend in Kauf nehmen.

„Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche." Das Zitat stammt übrigens von einem, dessen 100.E Geburtstag gerade gefeiert wird, von Thomas Mann. Er konnte, als er dies 1944 schrieb, nicht ahnen, wie aktuell seine Erkenntnisse bis heute geblieben sind.

Konkret 07/75, S. 11

Günter Grass, Hermann L. Gremliza, Ingrid Krüger

„... dann ist es Zeit zum Widerstand“

Rührt er die EsPeDe-Trommel auch für Helmut Schmidt, zu welchem Ende ist man ein demokratischer Sozialist, was tun, wenn Sonthofen zum Programm wird, warum soll man Kapitalisten nicht entmachten, gibt es nach Chile noch die Hoffnung auf einen dritten Weg, warum müssen sich die portugiesischen Sozialisten durchsetzen und warum ist der schlimmste Feind der linken die „leninistisch-stalinistisch doktrinäre kommunistische Partei"? In einem KONKRET-Interview gibt der Schriftstellerund Politiker ohne Beruf, Günter Grass, seine Auskunft

KONKRET: Herr Grass, Sie haben viele Jahre Wahlwerbung für die SPD gemacht, für eine SPD, deren Spitzenkandidat Ihr Freund Willy Brandt war. Nach dem Kanzlerwechsel zu Helmut Schmidt galt es als fraglich, ob diese Form der Wählerinitiative weiter betrieben werden kann.

GRASS: Es gab einige Äußerungen von Helmut Schmidt aus der Zeit, da er noch Finanzminister war, skeptische Äußerungen zur Wählerinitiative mit vielen Mißverständnissen. Dann, nach einem Dreivierteljahr Regierungstätigkeit als Bundeskanzler, vielleicht auch ein wenig ermuntert durch nicht gerade günstige Wahlergebnisse, hat das Bonner Büro der Wählerinitiative auf Wunsch von Helmut Schmidt ein Gespräch angesetzt. Inzwischen hat ein zweites Gespräch stattgefunden. Die Wählerinitiative arbeitet weiter.

KONKRET: Helmut Schmidt scheint also die Wählerinitiative zu wollen. Aber die Wählerinitiative - kann sie mit dem Pragmatiker, dem Macher Schmidt etwas anfangen?

GRASS: Schmidt forderte bei dem Gespräch- mit der Wählerinitiative geradezu zur Kritik auf. Manche - und ich auch - kamen auf die Hamburger Rede zu sprechen, auf Schmidts Intellektuellen-Schelte. Ich habe diesen Teil seiner Rede als typische Intellektuellen-Leistung dargestellt. Gerade Intellektuelle neigen zu überspitzten Formulierungen und zur Schelte im eigenen Bereich. Helmut Schmidt hat selbst alle Vorteile und Gefährdungen eines Intellektuellen. Es ist übrigens auch nicht richtig, daß er nur und ausschließlich ein Pragmatiker ist. Ansonsten, sicherlich: Der Wahlkampf zugunsten der SPD unter Willy Brandt war leichter, weil er sich sehr stark auf eine Person konzentrierte, auf eine Person, die die Geschichte der SPD verkörperte. Aber die Devise „Bürger für Brandt" brachte natürlich auch die Gefahr eines Personenkults. Das wird bei Schmidt anders sein, was zwar die Arbeit erschwert, aber auch diese Gefahr bannt.

KONKRET: Herr Grass, vor zehn, ja noch vor fünf Jahren waren Sie für die konservative Presse der „Blechtrommler", weniger in Erinnerung an Ihren Roman als in herabsetzender Absicht. Heute stehen Sie in denselben Blättern als „Humanist" und „Individualist", als Konservativer. Hat sich die Presse geändert?

GRASS: Wenn ich mich prüfe und meinen Standpunkt nach neuen Ereignissen neu vermesse, so hat sich mein Erfahrungsbereich vergrößert. Aber der politische Standort ist unverrückt, der eines demokratischen Sozialisten, wobei es mir gleichgültig ist, welchem Flügel man mich zurechnet. Und es ist für mich auch gar kein Problem, in meinem politischen Verhalten konservative Skepsis zu beobachten - und zwar konservativ in einem aufgeklärten Sinn. Ich bin nie von Fortschrittsgläubigkeit geschlagen gewesen, ich habe nie geglaubt, daß eine Reform, sie mag noch so groß sein, einen Mißstand zu hundert Prozent beseitigt. Ich war für Reform, obwohl ich wußte, daß durch Beseitigung einer Ungerechtigkeit die Möglichkeit neuer Ungerechtigkeit entsteht.

KONKRET: Das Godesberger Programm spricht vom demokratischen Sozialismus, die linken Jusos tun es, und selbst Helmut Schmidt hat sich schon einen demokratischen Sozialisten genannt. Was meinen Sie, wenn Sie demokratischer Sozialismus sagen? Ist da die Vergesellschaftung des privaten Besitzes von Produktionsmitteln drin?

GRASS: Der demokratische Sozialismus zeichnet sich zuerst einmal dadurch aus, daß er kein in sich geschlossenes Dogma hat, sondern flexibel bleibt. Er ist die Alternative zu der im Westen vorherrschenden Form des Konzernkapitalismus - ich wage zu bezweifeln, daß das noch als Privatkapitalismus zu bezeichnen ist. Und er ist die Alternative zum kommunistischen Staatskapitalismus. Die bloße Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrie ändert überhaupt nichts. Wer nicht einäugig ist, muß erkennen, daß die Ausbeutungsmechanismen, die wir im Westen beobachten, mit anderen Symptomen sich in allen Ostblockstaaten nachweisen lassen. Es kommt darauf an, beim demokratischen Sozialismus das zu realisieren, was in den östlichen Staaten versprochen, aber nicht realisiert worden ist: die Kontrolle der Produktionsmittel von der Basis, das heißt vom Arbeitnehmer her. Die paritätische Mitbestimmung halte ich für einen wichtigen Schritt auf diesem Weg.

KONKRET: Sehen Sie nach Chile und angesichts dessen, was sich um Portugal abspielt, irgendwo eine Chance für diesen dritten Weg?

GRASS: Die Chance sehe ich, es wird aber immer eine gefährdete Chance sein. Portugal macht das deutlich. Dort wird zur Zeit genau demonstriert, wer neben den hauseigenen politischer, Gegnern, nämlich den Konservativen bis Reaktionären in den westlichen Gesellschaften, der hauptsächliche Gegner des demokratischen Sozialismus ist: die leninistisch-stalinistisch

doktrinäre Kommunistische Partei. Besonders der linke Flügel der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik hat es oft versäumt, die soziale Reform der Mitbestimmung als etwas darzustellen, was auch eine Alternative zum Kommunismus ist. Denn die Angst vor der Mitbestimmung ist in östlich-kommunistischen Staaten größer als im westlich-kapitalistischen Bereich. Der westliche Kapitalismus ist immer flexibel genug gewesen, sich solchen demokratischen Veränderungen anzupassen.

KONKRET: Wo gibt es denn bis heute ein Beispiel dafür, daß sich das von Ihnen so genannte Konzernkapital durch Reformen entmachten läßt?

GRASS: Das Wort Entmachten ist wieder so ein Reizwort, das inhaltlich nichts besagt, ein Wort wie „Vergesellschaftung", da kann man jeden Inhalt hineinpumpen. Es dreht sich hier nicht um Entmachtung, sondern um Kontrolle der ausgeübten Macht.

KONKRET: Genügt es dem demokratischen Sozialismus, wenn es überall so ist wie heute schon in der Montanindustrie?

GRASS: Solange private Kapitalmacht nicht in der Lage ist, unkontrolliert über die Geschicke von Arbeitnehmern zu entscheiden, ist sie erträglich. Und, was die private Initiative betrifft, sogar notwendig.

KONKRET: Lassen wir mal offen, ob man das dann noch als Sozialismus bezeichnen kann, aber selbst Ihre Vorstellung impliziert einen gravierenden Machtverlust des privaten Kapitals. Glauben Sie auch nach Chile noch, daß dies auf friedlichem Weg machbar ist?

GRASS: Solange der politische Gegner sich an das hält, was das Grundgesetz gebietet, ist dieser Weg offen.

KONKRET: Solange. . .

GRASS: Wenn sich etwa im Fall Mitbestimmung der Bundesverband der Deutschen Industrie zum Boykott entschlösse, wenn etwa nachgewiesen werden könnte - und Anzeichen dafür gibt es -, daß gezielt und massiv durch Preistreiberei, durch künstlich hergestellte Arbeitslosigkeit, durch bewußte Nichtinanspruchnahme der von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel zur Belebung der Konjunktur die Krise verschärft, chilenische Zustände geschaffen werden sollen . . .

KONKRET: . . . wenn Sonthofen zum Programm wird . . .

GRASS: . . . wenn das Sonthofener Programm realisiert wird, dann ist es Zeit zum Widerstand.

KONKRET: Das ist ein geladenes Wort.

GRASS: Ja, aber wenn man es mit dieser Verfassung ernst meint, und das tu ich, dann muß man wachsam und konsequent sein, wenn der terroristische Anarchismus solche Folgen hat wie Baader/Meinhof, aber man muß natürlich auch wachsam sein, wenn mit weit größerer Macht sich wirtschaftliche und die mit ihnen verbündeten politischen Gruppierungen gegen die Gebote des Grundgesetzes stellen. Dann müssen nicht nur die Regierungsparteien die Verfassung und damit die Gesellschaft schützen, sondern das müssen die Bürger dann auch tun.

KONKRET: Der Optimismus, mit dem Sie vom demokratischen Sozialismus sprechen, überrascht etwas angesichts der Entwicklung der letzten Jahre: Berufsverbote, Berufsbildungs-Boykott, Reformabbau . . .

GRASS: Ich weiß nicht, wie Sie zu dem Wort Optimismus kommen. Die Tatsache, daß das ein mühsamer Schneckenprozeß ist, habe ich auf einigen hundert Seiten belegt.

KONKRET: Sie sprachen vorhin Portugal an, insbesondere die mit den Sozialisten in einer Volksfront verbundene portugiesische KP. Was befürchten Sie da?

GRASS: Solange die kommunistischen Parteien leninistisch-stalinistisch organisiert sind, werden sie ein Bündnis mit den freiheitlichen Sozialisten immer nur als Mittel benutzen, an die Macht zu kommen. Und sobald sie die Macht haben - Portugal macht das deutlich -,als erste die Sozialisten verfolgen.

KONKRET: Gibt es denn dafür in Portugal irgendwelche Belege?

GRASS: Dafür gibt es historische Belege: Tschechoslowakei nach 48, die DDR: Bautzen war zuerst mal mit ehemaligen Sozialdemokraten überfüllt. Schon Lenin hat nach der Oktoberrevolution, die mehr als ein Putsch gewesen ist, zuerst einmal die Sozialrevolutionäre und die Kerenski-Leute erschossen, deportiert oder aus dem Land getrieben. Das sind geschichtliche Lektionen, die man natürlich ignorieren kann. Aber wenn sich jemand als links bezeichnet, sollte er geschichtliche Erfahrungen nicht außer acht lassen...

KONKRET: . . . aber auch in ihrem Kontext sehen. Ist denn in Portugal irgend etwas passiert, was Ihnen Anlaß gibt zu meinen, dort gehe es den von Ihnen befürchteten Weg?

GRASS: Es hat eine Wahl gegeben, die klar gemacht hat, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einen pluralen, das heißt: demokratischen Sozialismus will. Die kommunistische Partei in Portugal ignoriert dieses Wahlergebnis und

versucht, gestützt auf die Militärs, die Freude haben an einer straffen Kaderpartei, Machtpositionen auf undemokratische Weise zu erobern. Durch Gleichschaltung der Gewerkschaften . . .

KONKRET: Durch eine Einheitsgewerkschaft . . .

GRASS: Aber damit ist ja der undemokratische Machtgebrauch gegeben, denn in dieser Einheitsgewerkschaft dominieren die kommunistischen Kader, und mit Hilfe dieser Kader gelingt es dann natürlich, die sozialistische Zeitung Republica zu besetzen und zu schließen. Darauf reagieren die Sozialisten zu Recht mit Widerstand, und ich hoffe, daß sie sich durchsetzen werden.

KONKRET: Durchsetzen? Ist das nicht eine etwas gefährliche Parole?

GRASS: Durchsetzen heißt, daß sie sich nicht übertölpeln lassen, wie das oft genug passiert ist. Denn es wäre nichts gewonnen, wenn wir nach vierzig Jahren faschistischer Diktatur nun eine stalinistische dort hätten.

KONKRET: Wenn man die sozialdemokratische Kritik an den portugiesischen Entwicklungen hört, möchte man sich manchmal - auf Wienerisch -fragen: Worauf herauf? Ist der SPD-Weg zum demokratischen Sozialismus in den letzten hundert Jahren so erfolgreich gewesen, daß man dieses Produkt jetzt schon exportieren kann?

GRASS: Man muß das doch gar nicht exportieren. Es gibt eine sehr große sozialistische Partei in Portugal, die sich die SPD - mit Kritik in einigen Bereichen - zum Vorbild genommen hat. Diese Sozialisten haben die SPD in der Aufbauphase um Solidarität gebeten, und sie bitten jetzt, in einer Phase der Bedrohung, um solidarische Hilfe. Es wäre ein nicht wieder gutzumachendes Versäumnis, wenn die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Westeuropas diesem Hilferuf nicht folgen würden.

KONKRET: Besonderes Aufsehen macht ja der Fall „Republica" und die damit verbundene Frage der Pressefreiheit. Nun könnte so ein Fall in der Bundesrepublik nicht zuletzt deshalb nicht passieren, weit es hier keine sozialistische Tageszeitung gibt. Und die Auseinandersetzung bei Republica ging ja nicht zuletzt darum, ob alle an der Herstellung einer Zeitung Beteiligten, also auch Drucker und Setzer, ein Mitbestimmungsrecht haben sollen. Eine solche Forderung ist doch auch innerhalb des Rahmens „Demokratischer Sozialismus" möglich?

GRASS: Das Mitentscheiden in einer Zeitung kann aber doch nicht ihren Ausdruck darin finden, daß man das Ganze besetzt und mundtot macht. Und das in einer Situation, wo man von einer gleichgeschalteten Gewerkschaft sprechen kann, von einem Gewerkschaftsmodell, das wir in allen Ostblockstaaten finden: das der Einheitsgewerkschaft, wo die Gewerkschaft nur noch die Aufgabe hat, der herrschenden Partei zum Maule zu reden. Ohne daß dort gewählt wurde, sind fast alle Gewerkschaftspositionen von Kommunisten besetzt. Und nachdem das Wahlergebnis der Wahl der verfassunggebenden Versammlung vorliegt, ist die Kommunistische Partei nicht bereit, es zu respektieren. Wenn das die Militärs nicht tun - gut, von denen ist das auch nicht zu erwarten. Aber wenn das die Kommunistische Partei nicht tut, wird die antidemokratische Tendenz abermals deutlich. Wer das immer noch nicht begreift, den nenne ich einen Narren. Was hier in der Bundesrepublik übriggeblieben ist von der Neuen Linken, ist immer dann, wenn es darum geht, in schwierigen Verhältnissen die Meinung auszusprechen - sei es nun im Fall Portugal oder im Fall Tschechoslowakei - von einem jämmerlichen Opportunismus gezeichnet. Dabei ist die eigentliche Aufwertung des Begriffs „demokratischer Sozialismus" von tschechoslowakischen Sozialisten und Kommunisten zur Zeit des Prager Frühlings geleistet worden. Ich finde es deshalb beschämend, daß die vulgären Angriffe von Herrn Husak auf Alexander Dubcek außer von Olof Palme und den schwedischen Sozialdemokraten im Westen kaum zurückgewiesen worden sind. Und ich frage mich manchmal, was manche Leute nach wie vor dazu berechtigt, sich für links zu halten, wenn sie dieses Minimum an Solidarität Sozialisten wie Dubcek gegenüber nicht üben wollen.

Konkret 07/75, S. 14

Chile nach dem Putsch - 5. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

„Die Unterzeichner dieses Briefes, Ärzte aus der Bundesrepublik Deutschland, bitten Sie um die Freilassung des chilenischen Arztes und Vertreters des MIR, Bautista van Schouwen Vasey, der am 13. Dezember 1973 in Santiago verhaftet wurde." So beginnt ein Offener Brief an den „Herrn Präsidenten der Militärjunta", Augusto Pinochet Ugarte. Der Brief, zugleich ein Protest gegen die „unmenschliche Behandlung" Dr. van Schouwens, ist von sechs Ärzten initiiert worden (nach dem Bekanntwerden seines Krankenberichtes in KONKRET 5/75). In dem Appell an ihre Kollegen schreiben die Ärzte: „Wir müssen nach den uns zugänglichen Informationen davon ausgehen, daß die Junta die Verletzungen durch die Folter behandeln läßt, um den Gefangenen weiteren Folterungen unterziehen zu können. Das um so mehr, als van Schouwen Mitglied der politischen Kommission des MIR - einer Widerstandsorganisation in Chile - war und die chilenischen Militärbehörden weiterhin leugnen, daß er sich überhaupt in ihren Händen befindet."

Bei Redaktionsschluß von KONKRET hatten bereits 450 Ärzte (praktische Ärzte, Zahnärzte Fachärzte, zuweilen ganze Klinik-Belegschaften) den Brief unterzeichnet. Die unterschriebenen Exemplare wurden im Juni gesammelt an Pinochet abgeschickt; ebenso in Photokopien an den chilenischen Botschafter in Bonn, den deutschen Botschafter in Chile, die Weltgesundheitsorganisation, die Menschenrechtskommission der UNO (deren Abordnung im Juli nach Chile reisen wird), an die Internationale Juristen-Kommission, Amnesty International und an die „van Schouwen-Komitees" in Italien und Frankreich. „Wahrscheinlich genügen unsere Unterschriften und Proteste allein nicht, um die Freilassung unseres Kollegen zu erreichen", schreiben die sechs Ärzte. „Je mehr Kollegen aber in der BRD und anderswo in der Welt sich für ihn einsetzen, desto weniger wird die Militär-Junta es sich leisten können, unsere Forderungen unbeachtet zulassen. Zudem wäre schon damit viel geholfen, wenn wir die Junta wissen lassen, daß uns die Folter an van Schouwen und sein Verbleib bekannt sind und daß sie im Dunkel ihrer Folterkeller mit ihm nicht machen können, was sie wollen, ohne daß dies jemals bekannt würde." Die Initiatoren sind entschlossen, nicht eher Ruhe zu geben, bis Dr. van Schouwen frei ist. Die Aktion wird daher weitergeführt. Ärzte (KONKRET-Leser sollten ihren Arzt auf den offenen Brief hinweisen) können die nötigen Unterlagen schriftlich oder telefonisch anfordern bei dem Arzt Adam Hehn, 2 Hamburg 60, Sierichstr. 70, Telefon 2 79 81 71 oder 44 32 00.

Warum ein so starkes Engagement für *einen* Menschen, wenn es zwischen 6000 und 8000 politische Gefangene gibt, von denen die meisten mißhandelt werden? (Offiziell, nach den letzten vom Innenminister bekanntgegebenen Zahlen, gibt es 3811 politische Häftlinge.) Abgesehen davon, daß diese Aktionen meistens eine Breitenwirkung haben (so wird z. B. hoffentlich Frau van Schouwen, wenn dieses Heft erscheint, aus dem Gefängnis entlassen und nach Europa ausgeflogen worden sein), geht es hier um einen Gefangenen, der von der Junta verleugnet wird und der nach seiner Verhaftung oder Entführung „verschwunden" ist. Nach Schätzungen des kirchlichen Hilfskomitees in Santiago sind etwa 500 Menschen so „verschwunden".

„Verschwunden" ist auch David Silberuran, 35, Mitglied der Kommunistischen Partei und Berater der CUT, der von der Junta verbotenen Dachgewerkschaft. Bis zum Putsch Generaldirektor der „Compania del Cobre Chuquicamata", der größten Kupfermine des Landes. Kurz nach dem Umsturz verhaftet. Wiederholt wochenlang gefoltert. In einem geheimen Militärgerichtsprozeß zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Verurteilung mehrfach zu Verhören abgeholt und schwer mißhandelt. Zuletzt am 4. Oktober 1974. Seither „verschwunden". Nach sich häufenden Anfragen erklärte Pinochet, Silberuran sei nie verhaftet worden, sondern ins Ausland geflohen. Die katholische Kirche und sogar der Oberste Gerichtshof Chiles versuchen herauszufinden, wo David Silberuran ist. Er wurde zuletzt in der Krankenabteilung des Konzentrationslagers „Tres Alamos" gesehen. „Le Monde" meldete Ende Januar aus Santiago, er sei an den Folgen der Mißhandlungen gestorben. Dies wurde überraschend und heftig vom chilenischen Botschafter in Paris dementiert. Wegen „gewöhnlicher Verbrechen" sei Silberuran ordnungsgemäß verurteilt worden und befände sich, wo er hingehöre, im Gefängnis. Er soll in das „Instituto Traumático" (eine Nervenheilanstalt) in Santiago verlegt worden sein.

„Verschwunden" ist Gladys Diaz Armijo, 34. Bis zum Putsch Direktorin von „Radio Nacional" und Vorsitzende der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten. Am 20. z. 74 in Santiago mit ihrem 6jährigen Sohn verhaftet. Es gibt Augenzeugen dafür, daß sie in das Folterzentrum der DINA in der Via Grimaldi eingeliefert wurde. Die Junta erklärte jedoch, Frau Diaz sei in die italienische Botschaft geflohen. Frauen sind fast immer in besonders sadistischer Weise mißhandelt worden.

Der Hinweis auf die italienische Botschaft rief grauenvolle mögliche Parallelen ins Gedächtnis. Denn dort war, nach Angaben der Junta, die 29jährige Lehrerin Lumi Videla Moya von ihren „Gesinnungsgenossen" ermordet worden. Sie war Mitglied des MIR, wurde am 21. 9. 74 mit ihrem fünfjährigen Sohn verhaftet und in seiner Gegenwart gefoltert. Dann

wurde ihr Kind gefoltert, bis sie den Aufenthaltsort ihres Mannes nannte. Dieser wurde am 28. 9. 74 gefaßt und ist „verschwunden". Nach ihrem Tod, sie wurde offenbar erhängt, warf man Lumi Videlas Leiche während der Ausgangssperre in den Garten der italienischen Botschaft. Das Kind kam später durch Intervention der Kirche frei.

Das „vorläufige Gesetz" der Junta, nach dem die Geheimdienste verpflichtet sein sollen, die von ihnen verdächtigten Personen innerhalb von fünf Tagen den Gerichten zu überstellen oder frei zu lassen, und das außerdem Strafen bis zu 15 Jahren für die Mißhandlung von Gefangenen vorsieht, hat nur PR-Wert.

Spendenkonto: PSchA Ffm. 527 055-602, Prof. Erich Wulff - Sonderkonto - Kennwort: Chile-Solidarität.

Konkret 07/75, S. 15

Till-Matthias Jürgens

Schwarzfunk

„Wenn Sie unbedingt darauf bestehen, Ihre Ideologie in diese Sendung einzuschmuggeln, dann werden wir die Serie einstellen. Die Serie „Soul-Meeting“ ist eine wertfreie Musiksendung. Sie ist nicht dazu eingerichtet worden, die Welt zu verbessern oder die Gesellschaft zu verändern. Es tut mir leid, daß Sie die redaktionelle Freiheit, die Ihnen bisher eingeräumt war, so schlecht genutzt haben. Mit freundlichen Grüßen Henri Regnier.“

Das schrieb der Hauptabteilungsleiter Unterhaltung beim NDR-Hörfunk am 7. Februar 1972 an den Moderator der Serie „Soul-Meeting“, Jan Kryst.

Der freie Mitarbeiter antwortete eingeschüchtert: „Ich nehme Ihre Meinung zur Kenntnis und werde mich strikt nach ihr richten, obwohl sie mit meiner Ideologie nicht übereinstimmen kann.“

Diese Konzession war Regnier nicht genug. Am 28. Februar wiederholte er seine Drohung: „In meinen Augen sind solche manischen, kompromißlosen Ideologen, wie Sie es zu sein scheinen, geradezu schädlich für eine an sich gute Sache. Außerdem fürcht ich, daß mit intoleranten Menschen wie Ihnen ein fruchtbares Gespräch aussichtslos ist. Ihre Soul-Serie ist vom Musikalischen her sehr gut. Wir würden sie gerne im Programm behalten. Allerdings nur, wenn es eine wertfreie, was die Musik betrifft informative Unterhaltungssendung ist. Für Ihren weltverbessernden und revolutionären Überdruck müssen Sie sich bitte ein anderes Forum suchen.“

Die nächste Regnier-Post bekam Kryst zweieinhalb Jahre später, am 2. September 1974. „Leider habe ich eine wenig gute Nachricht für Sie. Seitdem die seit langem schon schlechte Finanzlage des NDR nun in ein alarmierendes Stadium getreten ist, müssen wir uns die Beschäftigung regelmäßiger freier Mitarbeiter jeweils von der Intendanz bzw. dem Programmdirektor schriftlich genehmigen lassen. Fairerweise muß ich Ihnen schon jetzt mitteilen, daß es sehr fraglich ist, ob mir die Fortsetzung dieser Serie über den 31. 12. 1974 hinaus noch erlaubt wird. Sie wären gut beraten, wenn Sie mit dem ungünstigsten Fall rechnen würden: Also mit der Einstellung der Serie. Die Lage ist sehr ernst, und die Dinge müssen tatsächlich so heiß gegessen werden, wie man sie kocht."

Der ungünstigste Fall trat ein. Anfang dieses Jahres wurde die Serie eingestellt.

Der Fall Kryst/Regnier signalisiert, wie es derzeit in fast allen Rundfunk- und Fernsehanstalten um die Innere Rundfunkfreiheit bestellt ist: Linke und liberale Programmitarbeiter werden kujoniert, bedroht und ausgeschaltet. Jörg Beckmann (SPD), verantwortlicher Redakteur und Moderator des NDR-„Freitagsmagazins":

„.Seit einigen Jahren gibt es bei der CDU eine Marschrichtung, im NDR alle Positionen zu besetzen, die sie kriegen kann. Man muß des Lobes voll sein für das Geschick, mit dem sie auf verantwortlichen Posten sogar solche Konservativen installiert, die absolute Fernseh-Neulinge sind."

Typisches Beispiel: Diether Stolze (CDU). Der stellvertretende Chefredakteur der „ZEIT" moderiert seit einigen Monaten das Wirtschaftsmagazin „Plusminus" und hat laut NDR „das letzte Wort bei der kurzfristigen Auswahl der Themen" - und das, obwohl er nie zuvor in seinem Leben Fernsehen gemacht hat.

Derartige Erfolge der Union übersieht der CDU-Fernsehprogrammdirektor Friedrich Wilhelm Räuker geflissentlich. Am 10. März hielt er eine Art „Sonthofener Rede" über „Die ideologische Situation in den Rundfunkanstalten" vor der Kieler Hermann-Ehlers-Akademie. Zwei norddeutsche Lokalzeitungen berichteten:

„Die meisten Programmacher (so Räuker) seien Intellektuelle die in einer gewissen ablehnenden Haltung zum Bestehenden stünden und der Veränderung zuneigten. Demgegenüber hätten jedoch die Väter der Rundfunkgesetze eine „herrschaftsfreie", neutrale Kommunikation gewollt. Räuker meinte, der neo- marxistische Einfluß in den Anstalten habe zugenommen. Systemgegner unter den Redakteuren äußerten sich in den Kultur- und 3. Fernsehprogrammen, aber nicht nur dort. Zwar seien die offenen Angriffe gegen die Verfassung selten, doch würden einzelne konstituierende Normen des Staates pausenlos angegriffen. Die Verantwortung dafür liege weitgehend auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter, von diesen hätten einige die Konfrontation und die zähe Auseinandersetzung um jede einzelne Sendung gescheut, wodurch den Neo-Marxisten und „Systemüberwindern" der Vormarsch erleichtert worden sei. Heute sei die Situation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „sechs Minuten vor zwölf."

Räuker hat fast recht. Schon jetzt haben die Überwinder des öffentlichrechtlichen Rundfunksystems die grundrechtliche Zensurfreiheit abgeschafft. Und es ist sechs nach zwölf.

1933 wurden die Bücher von Ernst Kästner öffentlich verbrannt. 1975 wird ein Journalist, der ein Kästner-Gedicht im NDR II-Magazin „Von neun bis halb eins" vorträgt, von seinem Posten enthoben.

Der Fall: Am 28. Februar, zwei Wochen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Paragraphen 218, zitierte der NDR-Moderator Wolfgang Hahn ein Kästner-Gedicht, in dem ein Minister den Geburten-Rückgang beklagt und sich gegen die Abtreibung ausspricht - damit mehr Kinder geboren werden fürs Militär („zum Kriegverlieren") und für die Industrie („zum Löhnesenken"). Kästners Schluß-Strophe: „Na, komm mein Schatz, wir wollen ihm eins husten/ Dein Busen ist doch wirklich noch famos/ Ob unsere Eltern, was wir wissen, wußten .../ Wer nicht zur Welt kommt, wird nicht arbeitslos." Anschließend spielte Hahn das Qualtinger-Lied „Die alte Engelmacherin". Der katholische CDU-Abgeordnete Franz-Josef Nordlohne aus Lohne in Oldenburg spurte und schrieb an den Intendanten Martin Neuffer: „Um eine genaue Beurteilung dieses Vorgangs vornehmen zu können, erbitte ich den wörtlichen Text über die Ansage des Moderators."

Der Brief wurde weitergeleitet an den Programmdirektor Hörfunk, Wolfgang Jäger, der wiederum leitete ihn an Henri Regnier, mit der Bitte um einen Antwortentwurf. Regniers Antwort: Hahn wurde von der Moderation des Magazins suspendiert. Als Hans Soltau, CDU-Chefredakteur Politik des NDR-Hörfunks davon hörte, zog er nach. Er suspendierte Hahn auch von der Moderation des aktuellen Politik-Magazins „Kurier am Morgen".

Dazu Programmdirektor Jäger: „Hans Soltau hat sich der Suspendierung angeschlossen, da er in einer politisch aktuellen Sendung keinen Mitarbeiter verantwortlich beschäftigen kann, der nicht einmal in der Lage ist, das unterhaltend-informative Vormittagsmagazin unbeanstandet zu moderieren. Der Bitte des Chefredakteurs Politik habe ich entsprochen."

Nach der Entscheidung gingen Regnier und Soltau je drei Wochen in Urlaub, zurück blieb eine neblige Erklärung für die Suspendierung: „Wolfgang Hahn habe die internen Regelungen verletzt, wonach es Pflicht des Moderators ist, „sowohl Wort- wie die Musikbeiträge der von ihm moderierten Sendung mit dem verantwortlichen Redakteur abzustimmen."

Tatsächlich gibt es eine solche skandalöse Dienstanweisung von Regnier an die Mitarbeiter „NDR 11 von neun bis halb eins" vom 22. Juli 1974, in der es weiter heißt: "... möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß in der Sendung ... Schlager, Lieder und Chansons etc. mit im weitesten Sinne politischem Inhalt nicht erscheinen sollen. Auch Sprechplatten sollen in dieser Sendung nicht erscheinen. Das gilt vor allem für Kabarett-Nummern. (Natürlich nicht für Antiquitäten wie Valentin usw.)."

Die Suspendierung Hahns wurde dennoch wiederaufgehoben, aber nicht, weil der Programmdirektor zu einer Art Rundfunkfreiheit bekehrt worden wäre. Nein, Jäger konnte KONKRET erklären: „Herr Hahn hat sich ohne Aufforderung bei mir entschuldigt und Einsicht gezeigt."

Das ist so der Erfolg einer Einschüchterungs- und Pressionspolitik, die im NDR schon zur Routine geworden ist, seit die Moderatorin Monika Jetter im Morgenmagazin über eine Veranstaltung zur aktuellen Lage in Chile informiert und gleichzeitig zu einer Spendenaktion für die unterdrückte chilenische Bevölkerung aufgefordert hatte: „Das Geld geht direkt an die Arbeiter- und Bauernräte."

Damals erregte sich die „Bild"-Zeitung, die sich in ihrer Faschistophilie verletzt fühlte, über solche „Agitprop-Informationen in Unterhaltungssendungen". Und Hamburgs CDU-Sprecher Gert Boysen nutzte die Gelegenheit für ein bißchen KZ-Reklame: „Das ständige Trommelfeuer für ein nicht mehr vorhandenes Regime in Chile ist unerträglich." Monika Jetter und der verantwortliche Redakteur Wolfgang Ebersberger wurden von Henri Regnier und Wolfgang Jäger suspendiert. In Interviews berief sich Jäger auf die „Verletzung einer Dienstanweisung des NDR", wonach Spendenaufrufe vom Programmdirektor vorab zu genehmigen seien. Allerdings: Monika Jetter hatte schon früher einen ungenehmigten Spendenaufruf fürs „Rote Kreuz" verlesen- natürlich ohne anschließende Ermahnung.

Vier Tage nach der Sendung hob Jäger die Suspendierung von Ebersberger und Jetter auf, „da sie die ihnen übertragenen Aufgaben bisher mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit wahrgenommen haben." Der Moderatorin drohte der Programmdirektor noch, „daß der NDR im Wiederholungsfalle gezwungen wäre, weitergehende Konsequenzen zu ziehen." Die Aktionen der protestierenden CDU waren erfolgreich. Die Moderatoren des NDR verabschiedeten sich in jenen Tagen mit der Formel „Also dann, bis zum nächsten Mal -- wenn nichts dazwischenkommt."

Jörg Beckmann sagte zu den Schwierigkeiten, die Programmitarbeiter mit NDR-Verantwortlichen haben: „Auf Dauer kann das zu einer Art Selbstzensur führen. In einer Sendung wollte ich zu einer Rede des Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten Horchem, der sich sehr undifferenziert über Marxismus ausgelassen hatte, Süverkrüpps „Lied vom Kryptokommunisten" spielen. Meine Vorgesetzten haben mir Schwierigkeiten gemacht, weit sie meinten, ich wolle die DKP unterstützen. Erst als ich gedroht habe, die Sendung nicht zu moderieren, bin ich mit meinem Vorhaben durchgekommen. In Zukunft werde ich mir sicher überlegen, ob und wann ich ein Süverkrüpp-Lied bringe. Um Schwierigkeiten zu umgehen, übt man dann schon mal Selbstzensur."

Eine festangestellte NDR II-Moderatorin zu KONKRET: „Ich überlege mir jedes Wort, das ich im Studio sage, ganz genau, um ja nicht noch mehr Druck spüren zu müssen." Und ein freier Mitarbeiter des Fernsehens: „Natürlich übe ich Selbstzensur. Ich bin doch kein Selbstmörder."

Doch die meisten Fälle von Eingriffen in die Rundfunkfreiheit dringen erst gar nicht an die Öffentlichkeit, weil sie entweder von den Verantwortlichen mit formalen Gründen kaschiert oder von den Programmitarbeitern aus Existenzangst nicht publik gemacht werden.

Manfred Bonson, zum Beispiel, der Experte für Internationale Folklore im NDR, hat mit seinen sechs Sendungen pro Monat schon öfter Nackenschläge seiner Vorgesetzten einstecken müssen. Im Herbst 71 drohte Henri Regnier, Bonsons Sendungen um die Hälfte zu reduzieren. Bonson hatte harte Kritik an Reinhard-Mey-Liedern geübt, obwohl bekannt war, daß Regnier ein Mey-Fan ist. Wochen später erhielt der freie Mitarbeiter Bonson von Regnier eine schriftliche Kündigung, weil er in einer Sendung lyrische „Lieder des Kampfes" von Theodorakis übersetzt hatte. Der Unterhaltungsredakteur Peter Höhne konnte die Kündigung nur mit Mühe rückgängig machen.

Ende 74 beschwerte sich ein in Deutschland lebender Junta-Chilene bei Regnier über eine Folklore-Sendung von Bonson. In dem Brief hieß es, Bonson hätte politisch agitiert, anstatt über die Schönheit des Landes zu berichten. Wieder eine Kündigungsdrohung.

Für Regnier war das unzulässiges I „Agit-Prop-Geschwätz". Bonsons „Internationale Folklore" wurde von ihrem Stammplatz auf einen ungünstigeren Zeitpunkt - während der ARD-Tagesschau - verschoben. Auf dem alten Platz der Folklore-Sendung wird jetzt Woche für Woche die „Schlagerparade" wiederholt.

Manfred Bonson: „Die Zuhörer wissen nicht, wenn sie eine kritische Sendung hören, welche Anstrengungen es einen Programmitarbeiter kosten kann, eine solche Sendung gegen seine Vorgesetzten durchzusetzen und welchen Mut es schließlich erfordert, sie zu moderieren."

Besonders die freien Mitarbeiter -wie Bonson - stehen ständig unter dem I Druck der Rechten. In einer Order über

Grundsätze und Verfahrensregelungen für die Beschäftigung freier Mitarbeiter" vom 14. Februar 1975 wurde eine Genehmigungspflicht durch den Programmdirektor festgelegt. Damit soll sichergestellt werden, daß „freie Mitarbeiter grundsätzlich nicht in einer Weise beschäftigt werden, die in absehbarer Zeit einen Rechtsanspruch auf Übernahme in ein Anstellungsverhältnis begründen könnte."

Bei unbequemen festangestellten Mitarbeitern muß man freilich zu anderen Mitteln greifen:

Dr. Manfred Linz, verantwortlicher Redakteur des Kirchenfunks sendete einen 20-Minuten-Essay mit dem Titel „Angst vor Baader-Meinhof - Der willkommene Feind?", in dem er die Meinung vertrat, daß die „blinde" Ablehnung dieser Gruppe kein geeignetes Mittel sei, sie zu bekämpfen. Die CDU-Mitglieder im Verwaltungsrat warfen Dr. Linz vor, er wolle die Baader-Meinhof-Gruppe verharmlosen und mit ihr sympathisieren. Die CDU beantragte, den Redakteur von seiner leitenden Position abzulösen. Der Antrag konnte knapp abgelehnt werden, weil bei Stimmengleichheit das Votum des Vorsitzenden - damals ein SPD-Mann - entscheidet.

Auf Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden Jürgen Echternach wurde darüber abgestimmt, ob die 15. Folge der sozialkritischen Hörspielserie „Wernicke“ gegen den Staatsvertrag verstößt. Dieser Folge war ein Dokument der „Hamburger Morgenpost" vom Mai 1974 zugrunde gelegt, in dem ein Kieler Ratsherr mit der Aussage zitiert wurde, Arbeiterkinder seien und blieben dumm. Der Antrag wurde vorläufig abgelehnt. Ein Mitglied des Redakteursausschusses: ,.Manchmal setzt sich die SPD im NDR doch noch durch, aber der politische Druck von rechts wird immer massiver."

Ähnliche Szenen spielten sich in dieser oder jener Form tagtäglich im Sender ab.

Am 23. Januar dieses Jahres interviewte Christine Teelen im Hausfrauen-Unterhaltungsmagazin „NDR 11 von neun bis halb eins" den Journalisten Hans Rondi zur Ausstellung „Kunst im 111. Reich". Rondi kritisierte, daß die Ausstellung zum heutigen Faschismus, zum Beispiel in Chile, keine Stellung bezogen hätte. Dies könne geschehen durch ein kommentiertes Bild, auf dem der Hamburger CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt dem Faschisten Pinochet die Hand drückt.

Darauf schrieben Chefredakteur Politik, Soltau (CDU), und der Hauptabteilungsleiter Wort, Dr. Gneuss (SPD), gemeinsam an Programmdirektor Jäger, daß das Thema doch eigentlich in ihren Kompetenzbereich gehört hätte. Ergebnis der einberufenen Hauptabteilungsleiter-Konferenz: Solche und ähnliche Beiträge dürfen zukünftig im Unterhaltungsmagazin nicht gesendet werden.

NDR-Moderatorin Sybille Weidemann wollte in ihrem Unterhaltungs-Magazin am 17. April die Ausstellung „Chinesische Kunst" einer Hamburger Galerie vorstellen. Thema und Gesprächspartner waren, wie auch im ersten Fall, mit dem verantwortlichen Redakteur, Wolfgang Ebersberger, abgesprochen und von ihm genehmigt worden. Der Hauptabteilungsleiter Unterhaltung, Regnier, setzte den Beitrag ab. Befragt von KONKRET, ob nicht die erste große Ausstellung des DDR-Malers Willi Sitte im Hamburger Kunstverein ein Magazin-Interview mit dem Künstler wert sei, antwortete eine Moderatorin: „Prof. Sitte im Studio? Den Vorschlag zu unterbreiten hat doch gar keinen Sinn mehr - nach allem was vorfiel." So funktioniert Selbstzensur.

Zensur auch im Kinderfunk des NDR: Die Journalistin Johanna Müller produzierte im Auftrag der Kinderfunk-Redaktion eine Sendung zum Thema „Geld". Sie interviewte Arbeiterkinder, die in Heimen leben, und Kinder aus dem Kleinbürgertum. Ihre Fragen: „Wieviel Taschengeld bekommt ihr? Was kann man sich mit dem Geld nicht kaufen? Findet ihr es richtig, daß es arme und reiche Leute gibt?"

In der Sendung erklärte Johanna Müller den Kindern, daß man sich mit Geld Macht, die Arbeitskraft anderer Menschen und sogar Gesundheit kaufen kann. Schließlich verglich sie den Verdienst eines Fabrikbesitzers mit dem eines Arbeiters und spielte dazu den Song „Wir brauchen keine Millionäre" von der Polit-Rock-Gruppe „Floh de Cologne". Den Titel zu der Sendung lieferte der Ausspruch eines kleinen Jungen, der in einem Heim lebt: „Manchmal könnte ich heulen, daß ich so arm bin."

Kinderfunk-Leiterin Rosemarie Schwerin verbot die Ausstrahlung der Sendung. Begründung: Der Beitrag sei geeignet, bei Kindern Haß und Neid auf reiche Leute zu wecken. Und: Die These der Autorin, daß das Vermögen ungerecht verteilt ist, sei so eine These, die man öfter höre, aber eben nur eine These. Im übrigen sei Geld gar nicht so wichtig. Wenn die Erwachsenen das auch glaubten, sei es noch lange kein Grund, Kinder damit zu belasten.

Eine Sendung mit dem Titel „Wie lernen Kinder fernsehen?" von NDR-Autor Horst Königstein (Sympathy for the devil") wurde kurzfristig aus dem Programm gestrichen. In der Ansage des Senders hieß es, das Manuskript sei nicht rechtzeitig fertig geworden. Natürlich lag das Manuskript vor.

Fast täglich beschwert sich irgendein Christdemokrat über irgendwas, löst eine Lawine von hausinternen Stellungnahmen aus und ermüdet so die Widerstandskraft linker und liberaler Redakteure, die weder bei den örtlichen SPD-Funktionären (Bierfilz als Parteibuch) noch bei ihren verschlafenen SPD-Verwaltungsräten Rückendeckung finden.

Wenn doch mal einer hart bleibt, stellt sich auch heraus, daß die Beschwerden häufig von Leuten vorgetragen werden, die die Sendung kaum gehört haben können. So rief am 11. Dezember der CDU-Vorsitzende Echternach bei Programmdirektor Jäger an und beklagte sich, daß die Nachrichten über die Hamburger Haushalts-Debatte zum Nachteil der CDU ausgefallen seien. Jäger gab den Vorwurf weiter, mußte sich aber informieren lassen, und dann auch Echternach informieren, daß das Gegenteil richtig war: „Von insgesamt 100 Zeilen geben 30 Zeilen Äußerungen von Ihnen wieder. Das ist ein sehr viel größerer Anteil als für die einzelnen Redner der Koalition ausgewiesen werden kann. Außerdem kommen Ihre Äußerungen insofern besonders gut heraus, als sie in jeder Meldung den Auftakt der Angaben über den Debatten-Inhalt bilden. Sie sind also von unserer Nachrichtenredaktion keineswegs benachteiligt worden."

In diesen Tagen wird vom Arbeitskreis Medienpolitik bei der DFU eine 40seitige Dokumentation über den erfolgreichen Kampf um das antimilitaristische NDR-Hörspiel „Zuginsfeld" verschickt. Über das Hörspiel, das Kritik am wilhelminischen Militarismus und am heutigen - am Beispiel der Bundeswehrhochschule -übt, wurde am 26. Januar 74 Sendeverbot verhängt. Ein gemeinsamer Coup des Programmdirektors Hörfunk, der Hauptabteilungsleiter Wort und Politik - angesichts der Militarismuskritik von CDU und rechten Sozialdemokraten gleichermaßen getragen. Autor Harald Meinke: „Im Sender gibt es im Zweifelsfall immer eine große kulturpolitische Koalition. Kein Sozialdemokrat bietet hier ernsthaft Paroli!"

Ein Jahr dauerte der Kampf der beiden Autoren Wolfgang Beutin und Harald Meinke, bis Intendant Neuffer am 13. Februar 75 die „politischen Bedenken" für nichtig erklärte. Neben dem Redakteursausschuß und der Redakteursversammlung des NDR hatten sich auch die RFFU, der VS, die dju, die Bürgerschaftsfraktion der FDP und der Hamburger DGB-Vorsitzende für „Zuginsfeld" eingesetzt.

Der NDR-Hauptabteilungsleiter Wort, der versucht hatte, „Zuginsfeld' zu blockieren, heißt Dr. Christian Gneuss und ist Mitglied der SPD. Er war es auch, der die Aufnahme und Sendung des Manuskripts „Zwei Staatsepochen - ein Modell der inneren Sicherheit" von Bernt Richter verhinderte. Richter: „In dem Manuskript hatte ich die innenpolitische Feindorientierung und Feindbekämpfung, die deutsche Staatsgewalten in der Epoche der Restauration nach 1815 und in der BRD während der letzten Jahre bevorzugten, miteinander verglichen und weitgehende Übereinstimmung festgestellt." Gneuss machte es sich mit der Ablehnung leicht: Hier sei „zu verschiedenes zu pauschal gleichgesetzt worden".

Eine Woche vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April 75 versuchte die CDU einen Film des NDR-Freizeitmagazins zu blockieren, der über „Die junge Union und die Extremisten" berichtete. Der Autor Jay Tuck hatte darin Informationen über eine Veranstaltung des reaktionären „Arbeitskreises für konstruktive Politik" verarbeitet, deren Vorsitzender der ehemalige CDU-Bürgermeister Heinz Wohlbrandt aus Wohltorf/Kreis Lauenburg ist.

Auf dieser Veranstaltung im Congreß-Centrum-Hamburg hatte der ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal einen Vortrag gehalten - beschützt von der rechtsradikalen NPD, die mit 30 Ordnern kooperativ für den Saalschutz sorgte.

Als der Hamburger CDU-Sprecher Gert Boysen am Mittwoch vor der geplanten Sendung den obligaten Pressetext über die Themen las, rief er den CDU-Programmdirektor des Fernsehens Friedrich Wilhelm Räuker an, der den Film zusammen mit dem Regionalprogramm-Chefredakteur Erhard Herzig und dem Nordschau-Leiter Heinz Riek (beide SPD) absetzte.

Offizielle Begründung der NDR-Pressestelle: der Film sei „wegen mangelnder journalistischer Sorgfaltspflicht" gekippt worden. Jörg Beckmann: „Jay Tuck ist ein Autor, der hervorragend und präzise bis zum letztmöglichen Augenblick recherchiert". Nach intensiven Diskussionen mit dem Programmdirektor und dem Intendanten setzten sich Redakteur und Autor doch noch durch. Der Film konnte zwei Tage vor den Landtagswahlen gesendet werden. Allerdings: Der Film wurde umgeschnitten und um eine Stellungnahme des Vorsitzenden der Jungen Union/Aumühle, Erich Cloppenburg, bereichert: „Wir wissen von nichts!"

Hörfunk-Programmdirektor Wolfgang Jäger zu KONKRET: „Beim NDR darf jeder - solange der Staatsvertrag nicht verletzt wird - unter dem Prinzip der freien Meinungsäußerung senden was er will." Friedrich Wilhelm Räuker, Fernseh-Programmdirektor: „Dafür mich einzusetzen, werde ich nicht nachlassen."

Konkret 07/75, S. 19

1941 - 1945 - 1975

Die Bilder, die KONKRET auf dieser und den folgenden Seiten zeigt, sehen Sie zum ersten Mal. Sie berichten von einem Pogrom, das ukrainische Kollaborateure unter Anführung von SS und Hitler-Wehrmacht im Juli 1941 im polnischen Lemberg gegen jüdische Frauen veranstalteten

„Verschlußsache! Nur für den Dienstgebrauch! An alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland. Es ist damit zu rechnen, daß innerhalb des Ostblocks, aber auch in den nicht kommunistischen Ländern mit diplomatischen Beziehungen zu Ostblockländern im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag Feierlichkeiten aller Art stattfinden, die mit dem Gedenken an den Zweiten Weltkrieg und den Sieg über Hitler-Deutschland die Verfolgung ganz konkreter außenpolitischer Zielsetzungen des Kommunismus verbinden werden. Es besteht kein Anlaß, am 30. Jahrestag der Kapitulation von der bisherigen Übung abzuweichen, die darin bestand, an Totenehrungen und religiösen Feiern teilzunehmen, Siegesfeiern aus diesem Anlaß jedoch fernzubleiben" (Rundschreiben des Auswärtigen Amts, Bonn).

„In Wahrheit ist das, was 1945 zu Ende ging, Eiszeiten entfernt von uns. Die Schemata, die den östlichen Siegesfeiern von heute zugrunde liegen, zielen an der Wirklichkeit genauso vorbei wie schlechte Schulaufsätze: Thema verfehlt" („Die Zeit").

Von fast 500 Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen endeten in Hamburg bisher nur zehn mit einer Freiheitsstrafe. In zehn Jahren wurden 392 Verfahren gegen 500 Beschuldigte eingestellt.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU-Bundestagsabgeordnete Becher, forderte das Recht der Sudetendeutschen auf „Rückerstattung des geraubten Eigentums" und auf Wiedergutmachung der Schäden, die „uns der Terror der Vertreibung" zufügte.

„Eine Kundgebung für die Freilassung des als Kriegsverbrecher verurteilten Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess fand in München statt. Hauptredner war der frühere FDP-Bundesjustizminister Ewald Buchen"

In Pforzheim fand anläßlich das 100. Geburtstages des „Schöpfers" des NS-Arbeitsdiensts, Konstantin Hierl, eine Tagung des Verbandes ehemaliger NS-Arbeitsführer statt. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters wurden in der ganzen Stadt Hinweisschilder mit dem Spatensymbol angebracht. Beim Kameradschaftsabend überreichte Parsbergs Bürgermeister dem BNS-Vorstand ein Bild Konstantin Hierls...

CDU-MdB Alois Mertes: „Im Gegensatz zu einer heute leider weltverbreiteten Meinung ist die Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands ausschließlich die Folge mißbrauchten Besatzungsrechts. Zu keinem Zeitpunkt und bei keiner Gelegenheit hat irgend jemand eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet."

„Was Sammler und Nostalgiker entzückt, verschenkt zur Zeit der Bauer-Verlag (solange der Vorrat reicht): Zeitungsblätter und Zeitungsplakate aus dem Jahre 1941. Der ‚Völkische Beobachter` und die ‚Münchner Neueste Nachrichten` stehen zur Disposition. Anzufordern beim Heinrich Bauer Verlag" („Text intern").

Konkret 07/75, S. 22

Martin Buchholz

Die Erleuchtung ist eröffnet

Über Maharishi M. Yogi

Ich bin IHM begegnet. Ich saß zu SEINEN Füßen. ER redete zu mir durch SEINEN Mund. Und ER sprach also: ..Sei Einer. Einer von hundert!"

Fast wäre ich ein Auserwählter gewesen, ein Gebenedeiter, ein Würdiger. Aber wie das Leben manchmal so spielt, Scheißspiel eben - es klappte dann doch nicht. Dreihundert Mark hätte ich gebraucht, drei lumpige blaue Lappen, aber nein, ich Dussel maßte ja unbedingt die Krankenversicherung und die Altersversorgungsprämie überweisen, statt dieses Geld zum Zwecke der Erleuchtung zu nutzen. Denn ohne Bares bleibt man bar der spirituellen Erhellung. Und auf Spesen geht so was ja nicht bei KONKRET. So bin ich denn weiterhin zur Finsternis verdammt, bin keiner von hundert, sondern einer von den knapp zwei Millionen meiner ummauerten Heimatstadt - ein Dumpfer, ein Stumpfer, ein Irrender. Wie soll ich IHN nun nennen und erkennen, IHN gar beschreiben: den Weltplaner, schlicht His Holiness, Seine Heiligkeit, genannt, oder auch Maharishi, Großer Weiser.

Maharishi Mahesh Yogi- das ist ER. „Es ist die Presse dieser Generation", so erklärt ER mir und jedem berufsmäßigem Schreiber, „die das Privileg hat, die Erfüllung des Großen Plans zu beschreiben, die Erfüllung von Frieden und Fortschritt und Glück für die gesamte menschliche Rasse." Ich werde nicht zu den „perceptive journalists" gehören, die das begreifen (wie zum Beispiel die Kollegen der „Frankfurter Rundschau", die einem der Hohepriester des Super-Yogi schon vor zwei Jahren fast eine ganze Seite Freiräumten). Ich verstand auch nicht die erwartungsvolle Spannung, die andächtige Erwartung seiner nelken- und rosenbewaffneten Jünger, mit denen ich im Westberliner Nobel-Hotel „Kempinski" SEINER harrte. Ehrlich gesagt: Ich wäre fast gegangen, weil sich die Niederkunft SEINES Privat-Clippers um über eine Stunde verzögerte.

Dann plötzlich - ein Raunen, ein Staunen, ein ganzer Saal atmete inbrünstig ein und wagte nicht mehr auszuatmen, weihevolle Sekunde SEINES Eintritts. His Holiness himself. Was die anderen sahen, weiß ich nicht, es maß aber einer überirdischen Erscheinung gleichgekommen sein. Was sah ich? Da schlurfte ein in Laken verpacktes Männeken herein, ein „Milde-Sorte"-Lächeln als Gütesiegel mitten im bärtigen Gezottel, ein breites Gnomengesicht mit yog-hurtigen Pupillen, die Hände im Dürer-Look vor sich her tragend, Blumiges dazwischen. Rübezahl aus dem Himalaja, zum Zwerg Nase zusammengeschrumpelt.

1958, so will es die Überlieferung, ist er hinabgestiegen ins Tal der Weisen und machte sich nach einem Zwischenaufenthalt auf gen Westen, „eine schmale Teppichrolle mit Zahnbürste und Nachtzeug unter dem Arm", wie das Märchenblatt „Welt am Sonntag" die Legende ausschmückt. Von einer Zahnpasta wird nichts erwähnt. So wandelt er in standesgemäßen Jesuslatschen - das gehört zur Berufsbekleidung eines Messias - mitten durch eine Marktlücke hindurch zu den Profit-Höhen unserer Ex- und hopp-Gesellschaft. Er hatte etwas Wertbeständiges anzubieten für die menschlichen Innereien. Seine Ware heißt: Heil. Und das war ja eigentlich immer gefragt, besonders hierzulande, nur war es uns zeitweilig ausgegangen, nachdem der letzte „Heil"-Händler den Laden so demoliert hatte, daß nichts mehr heilgeblieben war. Maharishi brachte eine neue Sorte „Heil" ins Angebot, das „Heil aus dem Osten" („Spiegel").

Was er konkret verkauft? Einsilbiges. Geheimnisvolle Wunder-Silben aus dem Sanskrit, wie „Aum" oder „Hum" oder „Klim". Kostenpunkt pro Silbe: 300 Mark. (Mann, ein Zeilenhonorar!) Für diesen Preis ersteht der westliche Yoga-Adept ein „Mantra", wie die Zauberformeln genannt werden, mit denen man Tiefe und Untiefe des eigenen Ich echo-loten kann. Wie man's in die Seele hineinruft, so schallt es zurück. Zum Beispiel: „Hum-hum- hum - hum. . ."

Transzendentale Meditation (TM) heißt das Ganze und wird in rund 1100 TM-Filialen in der ganzen Welt verhökert, natürlich nur in der freien Welt, weil kommunistische Systeme sowieso seelenlos sind und den freien Handel, auch im Seelengeschäft, beschneiden.

Um eine Handelsorganisation handelt es sich eindeutig bei dieser Kette von sogenannten „Weltplan-Centern" (knapp 50 gibts davon in der Bundesrepublik, zwei in Westberlin). So ist denn auch in den Werbe-Broschüren der Meditations-Zwischenhändler klein gedruckt, doch in güldenen Lettern vermerkt: „Weltplan, Wissenschaft der Kreativen Intelligenz (WKI), Transzendentale Meditation (TM) sind Handelsmarken . . ."Raub-Meditieren ist also unlauterer Wettbewerb. Der TM-Konzern, multinational in 89 Ländern aller Kontinente vertreten, achtet auf seine Trade-marks wie die Bosse von Coca-Cola auf das ihre. Die Konten führt die internationale Buchhaltungsfirma Cooper und Lybrands, Los Angeles. Weshalb dieser Multi allerdings bei den Steuerbehörden der Bundesrepublik als „gemeinnützig" gilt, bleibt ein fiskalisches Rätsel.

Die TM-Technik ist, wenn man allen Hokuspokus beiseite läßt, eine ganz praktikable Entspannungsübung, ein Anti-Streß-Verfahren. Der Meditierende setzt sich bequem in einen Sessel, schließt die Augen, spricht zur Einstimmung, zur Ablenkung des Hirns sein Code-Wort vor sich hin, ein etwas monotones Gemurmel also (später denkt er es nur noch, ohne sich darauf zu konzentrieren), und läßt ansonsten allen Gedanken freien Lauf, wie sie eben kommen. Das kann schon ganz erholsam sein. Die Seele mit den Beinen baumeln lassen, „denkeln" - so nannte das Kurt Tucholsky auf der Gripsholmer Ferienwiese.

Daß man solche Entspannung einüben kann, ist auch die Erfahrung von Verhaltenstherapeuten. Es gibt da verschiedene Techniken, so die systematische Muskel-Entspannung oder das moderne Bio-Feedback-Verfahren. Und es gibt also auch TM, um seelische und körperliche Verkrampfung zu lösen, Angstzustände zu beseitigen, auch als -Therapie bei Süchtigen - mit unterschiedlichen Erfolgen.

Die besten Kunden des Großen Weisen aber sind die „Führungskräfte". Maharishi ist in der Wirtschaftspresse zum gepriesenen Schutzheiligen der Manager geworden. Die versuchen, in TM-Kursen ihre angebliche Exklusiv-Krankheit zu heilen, die ja oft nur aus Einbildung besteht. Auch die US-Air-Force führte TM für die höheren Chargen ein: Heile-heile-Segcn für etwaige Schuldgefühle nach Flächenbombardements. Wie mit jeder Methode kann man auch mit dieser ganz schön profitabel Schindluder treiben. Maharishi tut das ausgiebig, solange gezahlt wird.

Natürlich ginge das alles auch billiger mit ganz und gar kostenfreien Silben, doch TM ohne Tam-Tam, ohne Räucherstäbchen im Weltplan-Center, ohne die absolute Verschwiegenheitspflicht über das persönliche Mantra (weil sonst der Zauber bricht), ohne einen Alt-Hippie wie Maharishi gar: das geht nicht. Was wäre dann noch Hinterindisches und Hintergründiges an dem Silben-Rätsel des Gurus. Jedem Meditierchen sein Plaisierchen.

Und schließlich wird einem ja für die 300 Mark auch noch mehr geboten als nur Seelen-Massage. König Zottelbart aus dem Himalaja, der rasiert und kurzgeschoren mit Wulstnase und Wulstlippen mehr wie eine ostasiatische Ausgabe von Harms Martin Schleyer aussehen würde, verspricht dem transzendentalen Hilfsschüler bei regelmäßigem Nach-Vollzug seiner Mantra-Magie einen Geisteszustand „der geringsten Anregung des Bewußtseins", ein Vakuum unter der Hirnschale. Also sprach Maharishi: „Der Vakuum-Zustand ist der Zustand höchster Ordnung."

Wenn nur ein Prozent der Bevölkerung diese höchste Ordnung, also einfach nichts im Kopf hat, „wird in Deutschland eine ideale Gesellschaft verwirklicht werden." Mehr noch: „Die deutsche Rasse, die schon so viel Großes geleistet hat, wird dazu beitragen, das Zeitalter der Erleuchtung zu bringen." An solchen Stellen stockte die Übersetzerin, alert wie eine Chefsekretärin aus der obersten Etage, regelmäßig. Rassige Sprüche wie diese umschrieb sie vornehm.

Doch von solcher Zensur merkte der ur-arische Weise natürlich nichts. Er quarrte und quäkte wie Donald Duck im Stimmbruch munter über die Blumenberge hinweg, die seine Anhänger um das lebende Heiligenbild aufgeschichtet hatten, und war in seinen Offenbarungen nicht mehr zu bremsen. In der Mitte eines mit Linnen überspannten Sofas hockte er im Lotussitz, Hacken an den Hoden, eingehüllt in Tücher, die wohl der Weißheft letzten Schluß demonstrierten, nicht Sauberkeit, nein Reinheit im Vorwaschgang der Gehirnwäsche. In diesem Weiß war die Erleuchtung angeknipst.

Jene Erleuchtung, die über den TM-Generaldirektor in seiner Monster-Villa an den exklusiven Gestaden des Vierwaldstätter Sees gekommen war. Plötzlich -so berichtet die Programmschrift „Einer von Hundert" - „sah His Holiness Maharishi Mahesh Yogi durch das Fenster der Wissenschaft die kommende Morgenröte des Zeitalters der Erleuchtung". Am 12. Januar dieses Jahres weihte er dieses Zeitalter für die Welt ein. Dann clipperte Seine Eiligkeit alle Kontinente ab, um in Neu Delhi, London, Ottawa, Buenos Aires und an der Elfenbeinküste den Morgen dämmern zu lassen.

Jetzt endlich muß auch uns dämmern: „Ein neuer Zustand der Geordnetheit muß von Deutschland ausgehen. Die Führer werden davon den Nutzen haben, wenn nur ein Prozent der Bevölkerung meditiert, denn es wird ein ordentliches Volk sein, das die Geordnetheit aller Dinge akzeptiert. Dieser Zustand wird ausstrahlen. Die Geordnetheit der Deutschen wird ihre Auswirkung in den umliegenden Ländern haben." Na, wer sagt's denn? Das ist mal eine ganz neue „Heil"- Lehre mit neuer „Ordnung" in Europa. Die deutschen Wesen, die am Maharishi schon genesen sind und jetzt als seine Lehrer in den Weltplan-Zentren fungieren, strahlen denn auch diese „Ordentlichkeit" aus, wie der Chef stolz auf die Frage erklärt, warum eigentlich nur er einen Bart trage. „Die innere Ordnung überträgt sich nach außen. In dem Maße, wie die innere Geordnetheit wächst, wächst auch die Angleichung an den Standard der Gesellschaft auf natürlichste Weise." So sehen die TM-Lehrer, geleckt vom Scheitel bis zur Sohle, wie aufstrebende Abteilungsleiter dieses Konzerns aus. Sie könnten ebenso für Billy Graham oder bei IBM arbeiten. Viele graue Smarties.

Doch der Meister möchte noch Politisches von sich geben. „Warum ist Deutschland geteilt?", fistelt er in einem Englisch, das die Konsonanten knacken läßt wie in einem defekten Volksempfänger. „Die Antwort ist sehr simpel. Weil zu der Zeit der Teilung ein Höhepunkt war an Ungeordnetheit, an Disharmonie unter den Individuen, unter den Familien. Das hat auf die Führer ausgestrahlt. Die Teilung wird vorbei sein, wenn nur ein Mitglied der Familie anfängt zu meditieren, morgens

und abends eine Viertelstunde Lang. Dann wird eine neue Harmonie wachsen. Die Natur selbst wird es sein, die zur Vereinigung der Familien führt. Gebt mir ein Prozent oder fünf Prozent von Meditierenden in Berlin, und ich gebe euch eure Familien zurück."

Da schlagen sogar die Selbstversunkenen, die mit geschlossenen Lidern und gefalteten Händen die Gegenwart des Heiligen mit Inbrunst genossen, die Augen auf und klatschen in die Hände. Frenetischer Beifall spornt den Großen des Vakuums zu einem gekrächzten Creszendo an:

„Das wird ein schöneres Berlin, ein glücklicheres Berlin, ein Berlin der Geordnetheit sein. Die eisernen Tore in den Mauern werden sich öffnen, und wir werden jeden Tag in unseren Zeitungen bunte Bilder von glücklichen Menschen sehen."

Nur eins bedauert Maharishi danach moderato-cantabile, daß er nämlich nicht auch nach Ostberlin hinüber kann um dort für Erleuchtung zu sorgen. Doch dort herrscht ideologische Stromsperre. „We are not free to do things there as we do in other countrics", kommt es ihm traurig über die Hängelippe.

Hingegen ist er in faschistischen Diktaturen willkommen: In Spanien zum Beispiel ist er ebenso gerngesehener Gast wie in Rhodesien oder Südafrika. „Die Regierungsform ist absolut unwichtig, um eine ideale Gesellschaft zu verwirklichen. Die Individuen sind es, die Glück und Harmonie ausstrahlen werden." Egal, ob diese Individuen hinter Gefängnismauern oder KZ-Stacheldraht sitzen: Ihre innere „Geordnetheit" ist das wichtigste. Dann werden sie einsehen, daß jeder Streit um Regierungsformen, um Gesellschaftssysteme „childish" ist. Und noch einmal zum Mitschreiben: „Es ist absolut kindisch, zu glauben, eine ideale Gesellschaft dadurch zu errichten, daß man die Regierungsform ändert."

„Protest ist nicht erforderlich." Das hatte der Große Weise schon immer verkündet. Und er mahnt die Studenten: „Sie müssen Respekt üben vor Ihren Eltern, vor Ihren Professoren, den Universitäten. Wer keinen Respekt hat, kann nichts erreichen."

So wollen wir denn nicht länger respektlos sein und Maharishi nicht mehr einen komischen Heiligen nennen. Zumal es ja gar nicht so komisch ist, wenn er als Prophet von law and Order (nichts anderes bedeutet diese „Geordnetheit") Tausenden von Anhängern in der Bundesrepublik und in Westberlin ein Loch ins Hirn redet, ein Vakuum eben.

Doch es scheint da auch Abtrünnige unter den Seinen zu geben. Auf einer der Maharishi-Kundgebungen hörte ich, wie sich mein Nebenmann gegen den Unheiland immunisierte. Er sprach ein Mantra vor sich hin, von dem ich allerdings nicht ganz sicher bin, ob es auch aus dem Sanskrit stammt. Erlauschte dem Großen Weisen und murmelte dabei: „Plemplem . . .

Konkret 07/75, S. 25

Henning Venske

□ Warum haben Sie nicht B□ll gefragt?□

Henning Venske wurde von der □ Playboy"-Redaktion gefragt, ob er sich als Pin-up ablichten lassen wolle. Als er Nein sagte, wollte der □ Playboy" Venskes schriftliche Ablehnung drucken. Doch die viel etwas zu deutlich aus, wurde zur□ckgeschickt (□ Sie treten den Verleger, der uns das Honorar zahlt") und steht jetzt in KONKRET

Verehrteste,

lassen Sie mich kurz rekapitulieren, was sich neulich in der Telefonleitung München-Hamburg zwischen uns ereignete: Sie fragten, ob ich mich für Ihre Zeitschrift nackt fotografieren lassen würde - ich sagte, gewiß: für hundertfünfzigtausend netto oder so - Sie antworteten, mehr als drei- oder maximal fünftausend seien nicht drin - wir haben uns gemeinsam über die Differenz amüsiert und uns dann darauf geeinigt, daß ich Ihnen (gegen ein vergleichsweise bescheidenes Autorenhonorar, versteht sich) die Gründe schriftlich gebe, warum -wenn überhaupt - ein Nacktfoto von mir nur gegen ein mittleres Vermögen zu haben sei.

Je länger ich über diese Gründe nachdenke, um so ärgerlicher werde ich: Sie sind also bereit, dafür, daß ich mich entblöße, auf einem Eisbärfell drapiere und eine Stunde lang einen hektischen Knipser über mich ergehen lasse, ein paar Tausender zu spendieren; meine Gedanken und die Fähigkeit, selbige halbwegs lesbar zu formulieren sowie der daraus resultierende intime Einblick in mein Innenleben - das ist Ihnen nur einen Bruchteil dieser Summe wert.

Klar - Sie rufen im Auftrag Ihrer Zeitschrift an, und selbstverständlich steht hinter dieser Anfrage das Interesse, die Auflage und somit das Vermögen des Verlegers zu mehren. Die Oberlegung, das mit Hilfe meiner Geschlechtsmerkmale zu bewerkstelligen, ehrt mich. Aber glauben Sie nicht, daß eine noch viel größere Wirkung zu erzielen wäre, wenn Sie Ihr Ansinnen an, zum Beispiel, Heinrich Böll gerichtet hätten? Wenn er, was ich vermute, abgelehnt hätte, sich nackt ablichten zu lassen, hätten Sie für ein etwas höheres Autorenhonorar einen sicher sehr viel qualifizierteren Artikel bekommen - vorausgesetzt, das Thema Pin-up-Boy hätte ihn interessiert. Aber ich glaube, Sie haben den großen Böll gar nicht erst gefragt. Warum? Ist die Gewebestruktur des nackten Böll nicht geeignet - falls er aus schlichtem Spaß „Ja" zum Nacktfoto gesagt hätte - für die Farbenpracht der Klappseite? Oder glauben Sie, der nackte Böll biete den Voyeuren in Ihrer Leserschaft zu wenig Anreiz zu sinnlichem Tun? Oder verhinderten Reste einer Schamschwelle in der Redaktion die Anfrage?

Nun, Sie haben nicht Böll gefragt, sondern mich - was ich bedaure, weil ich Ihnen lange nicht so gut heimleuchten kann wie jener. Aber versuchen kann man's ja mal: Das nackte männliche Wesen ist immer noch ein Objekt der ungetrübten Heiterkeit, daran haben auch die Bilder vom Schlapp-Schlapp der Volleyballspieler am Strand von Sylt nicht viel ändern können - ganz im Gegenteil. Die Flitzer waren nur komisch; sie bewirkten gar nichts, außer, daß sie Ordnungshüter zum Einschreiten veranlaßten - wodurch bewiesen wird: der nackte Mann ist nicht nur zum Lachen, er ist auch ordnungswidrig. Wer nackt ist, ist nicht seriös - oder, um es chinesisch zu sagen: wer seinen Pillermann zeigt, verliert sein Gesicht.

Wer jemals nackt in einer Strandburg lag und gezwungen wurde, sich mit den „Besitzern" der Strandburg auseinanderzusetzen, die angezogen um ihn herumstanden, der weiß, was Schwäche ist. Der „Ätsch-ich-kann-dich-nackt-sehen"-Effekt macht eine Unterhaltung unter Gleichberechtigten unmöglich. Daher treten die Nudisten auch immer in Rudeln auf. Und nun kommen Sie und wollen, daß ich mich ohne schützende Textilien ganz allein den abschätzenden Blicken möglicher Phantasietäter aussetze . . . Wenn ich es recht überlege, sind hundertfünfzigtausend netto viel zu wenig als Schmerzensgeld für all die augenzwinkernden Kommentare, die ich mir in der Folgezeit anhören müßte. Ich verdopple!

Ich weiß, Sie argumentieren nun mit der Ästhetik, der Schönheit des menschlichen Körpers, der Kunst der Fotografie. Alles Unfug - denn das wird durch Ihre Geschäftstüchtigkeit pervertiert. Das Kalkül mit der Geilheit und das Sensatiönchen öffentlicher Exhibition drückt dem Unternehmen den Pornographiestempel auf.

„Was ist denn schon dabei?" kann man auch fragen und von Prüderie und Anstellerei sprechen. Wer das tut, hat recht - nur: die Verhältnisse, sie sind nicht so. Seit Jahren wird mit dem nackten Frauenkörper das Geschäft des Jahrhunderts betrieben. Titten und Arsch zieren Illustrierte und Wahlkampfplakate ebenso wie Kalender von Reifenfirmen und die Filmwerbung. Daß dahinter nicht die Annehmlichkeiten normaler Sinnlichkeit, sondern das Rechnen mit Komplexen und Frustrationen steckt, wird wohl von keiner Werbeagentur bestritten.

Die nackte Frau ist ein sogenannter Selbstgänger, sie verkauft sich von ganz allein. Nun mal ganz abgesehen davon, daß die meisten Frauen diese Situation klaglos über sich ergehen lassen, weil die Verkaufsstrategie sowieso fest in männlicher Hand ist, auch mal ganz abgesehen davon, daß es Frauen gibt, die das System durchschaut haben und versuchen, sich dagegen zu wehren: der Moment ist denkbar, wo wir-entsprechend dem Butterberg oder dem Schweineberg - einen Nackte-

Frauen-Berg haben werden. Die dem Berg vorangehende Schwemme ist ja schon da. Dann vorgesorgt zu haben, ist ein ökonomisches Muß, und was bietet sich als Ablösung für den Wirtschaftsfaktor Nackte Frau eher an als der nackte Mann . . . Dieses rechtzeitig erkannt und in die Wege geleitet zu haben, bietet außer der verkaufsfördernden noch eine andere, höchst fortschrittliche Perspektive: Kann doch der Vorwurf der emanzipierten Schwestern, die vermarktete nackte Frau sei ein Symbol der Unterdrückung, eindrucksvoll unterlaufen werden, indem man den nackten Mann vermarktet. „Wir sind alle gleichberechtigt" - kann man dann sagen, und man verschweigt, daß es nicht für die Frauen vorwärts, sondern für die Männer rückwärts gegangen ist.

Und angesichts dieser Entwicklung kommen Sie und wollen mir zum Beginn eines noch nicht abzuschätzenden konjunkturellen Booms nicht mal lumpige hunderfünfzigtausend netto zahlen? Wenn ich es recht überlege: ich verdreifache!

Ich weiß, Sie können jetzt sagen -wenn ich so für die Gleichberechtigung bin, müßte ich schon aus ideellen Gründen mich für ein Nacktfoto zur Verfügung stellen, um meine Solidarität mit den ausgebeuteten Modellen zu beweisen, die für eine Nacktsitzung meist noch weniger erhalten, als mein Autorenhonorar ausmacht. Falsch - die Damen müßten meine Gagenforderungen übernehmen; dann wäre Ihr Verleger demnächst pleite, und nicht nur der.

Und das, Verehrteste, wäre auch das Ende unserer Gesellschaft - und wir wären an einem Punkt angelangt, wo wir uns überlegen müßten, ob wir wieder von vorn anfangen: Nacktheit tabuisieren und ein Geschäft daraus machen, oder Nacktheit als etwas so Selbstverständliches hinstellen, daß keiner mehr auch nur einen Pfennig dafür zahlt. Vermutlich wird Ihre Zeitschrift dann wegen erwiesener Überflüssigkeit aus den Kiosken verschwunden sein - wenn allerdings nicht, bin ich gern bereit, Ihrer Leserschaft zu beweisen, daß ich Beine wie griechische Säulen habe und auch das, was sich darüber befindet, keinen Anlaß zu Beschwerden bietet. Gegen Public Relation ist ja eigentlich nichts einzuwenden...

Konkret 07/75, S. 26

konkret pervers

Der chinesische Botschafter in Stockholm erklärte, Mitglieder der Kommunistischen Partei, die zusammen mit ihren Parlamentskollegen aus dem außenpolitischen Ausschuß des schwedischen Reichstags die Volksrepublik China besuchen wollten, seien als Gäste, nicht willkommen". Der Ausschuß sagte seine Reise ab.

„Ohne Aggression gibt es keinen Verteidigungswillen, keine Tapferkeit. Aggressionen dürfen nicht gedämpft, sondern müssen reguliert werden. Die Verharmlosung der Aggression ist unverantwortlich. Lieber klar sagen, wer unser Feind ist, sich mutig mit Krieg und Feind auseinandersetzen, nicht Friedens-, sondern Konfliktforschung betreiben!" -Forderungen des Düsseldorfer Militärpfarrers Wilhelm Drühe vor der „Gesellschaft für Wehrkunde", an die Adresse der Bundesregierung gerichtet. Im „Verteidigungs-Weißbuch" wurde behauptet, die Bundeswehr habe kein Feindbild mehr. Die „Rheinische Post" registrierte bei den anwesenden Offizieren „breite Zustimmung".

„Wenn in Amerika eine Bank überfallen wird, dann wollen die Räuber Geld und nicht Weltrevolution. Gangster nennen sich dort nicht ‚Gruppen`. Amerikanische Konflikte, oft bis zum Grade der Gewalt, spielen sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaft ab, noch ist die Unordnung in Ordnung gebettet." Hans Habe in der „Welt am Sonntag".

Ohne Begründung ist die Volksrepublik China der Sondertagung des UNO-Ausschusses für Entkolonialisierung vom 12. bis 19. Juni in Lissabon ferngeblieben.

Schwedische Fleischklößchen, irisches Lammragout oder gedünstetes Fischfilet gibt es in einem neueröffneten New Yorker Restaurant schon ab 4 Mark. Dagegen kann eine Portion Kuchen schon 15 Mark kosten und ein Präsentkorb 125 Mark. Der Name des Lokals: „Animal Gourmet". Dreihundert Hunde und Katzen schlemmen hier wöchentlich, „das Geschäft geht blendend", sagt der Besitzer. Tierliebhaber können ihrer Pussy auch ein neugotisches Bettchen für 2500 Mark kaufen.

Chile hat die Aufnahme in die UNO-Menschenrechtskommission beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der „ständige Ausschuß des Politbüros des ZK der (maoistischen) KPD" erklärt: „Wir müssen Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten unterstützen, sofern sich diese Maßnahmen gegen die imperialistischen Supermächte richten und nicht gegen die Völker der dritten Welt gerichtet sind. Wir unterstützen diese Maßnahmen auch dann, wenn sie noch im Rahmen der NATO durchgeführt werden." „Jede Verschlechterung der Ausbildung" der Bundeswehr und eine „Verkürzung der Wehrdienstzeit" wird abgelehnt.

Die (maoistische) „KPD/ML" erklärt: „Um die staatliche Souveränität und die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen, muß die Landesverteidigung verstärkt werden. Vorbereitungen für den Krieg und eine Aggression des Sozialimperialismus (Sowjetunion) sind zu treffen. Weg mit den Bonn-Moskau-Verträgen und allen knechtenden und spaltenden Verträgen! Raus aus der KSZE und der Wiener Truppenkonferenz!"

„Es besteht kein Anlaß zur Resignation, denn nach wie vor ist die deutsche Frage offen!" Herbert Hupka konnte sich dessen beim Pfingst-Aufmarsch „Mit Schlesien für Deutschland" so sicher sein, weil er weiß: „Die Volksrepublik China vertritt den gleichen Standpunkt." Weiter unter frenetischem Beifall: „Wir möchten China ausdrücklich für diese Haltung danken."

Konkret 07/75, S. 27

Ursula Junge

Spielanleitung für ein Psychostück

Nach dem Energieprogramm der Bundesregierung sollen 1985 schon 45 Prozent der elektrischen Energie in Kernkraftwerken produziert werden. Dazu müssen rund 50 neue Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 50 000 Megawatt gebaut werden. Der Staat und die interessierte Industrie sind in allen Bereichen des Brennstoffkreislaufes (vom Uranbergbau über Wiederaufbereitungsanlagen bis zur Endlagerung) längst gut

gerüstet. Der „point of no return" ist überschritten.

Bloß, was macht man jetzt mit den „mündigen Bürgern", die sich gegen den Bau von Kernkraftwerken erheben - wie in Wyhl am Kaiserstuhl? Die alten Beschwörungsformeln vom „Interesse des Allgemeinwohls", der „Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen" haben dort nicht gezogen.

Eine wendige Staatskunst weiß, wie man heute das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Kernenergie herstellen kann. In einem ersten Streich hat deshalb der Staat, genauer: das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), im April 1974 einen Auftrag an das Batelle-Institut vergeben. Thema: „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken".*

Das Bauelle-Institute. V. in Frankfurt gehört zu einer „weltweiten, multinationalen und multidisziplinären Organisation für Auftragsforschung", dem Bauelle Memorial Institute, USA. Es forscht auf den Gebieten der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Auftraggeber sind Unternehmen, Verbände und Behörden. Das BMFT finanziert unter anderem auch fünf Programme zur Reaktorsicherheit mit einem Gesamtförderungsbetrag von über 20 Millionen DM.

Die Battelle-Forscher zogen aus, „die spezifische Lage der von den Problemen direkt Betroffenen", „Planungshilfen für den jeweiligen Entscheidungsträger" und „Muster der Konfliktlösung" zu ermitteln. Sie gingen in das badische Weinanbaugebiet, nach Wyhl am Kaiserstuhl, und in die Industrie-Domäne der BASF nach Ludwigshafen. In Wyhl wollen die Badenwerk AG und Energieversorgung Schwaben mit Herrn Filbinger (CDU) als Baden-württembergischem Ministerpräsidenten und Aufsichtsratsvorsitzenden ein Kernkraftwerk bauen. Im dichtbesiedelten Ludwigshafen die BASF. Zweimal Reaktorbau -zweimal bürgerinitiativer Widerstand.

Nach zehnmonatiger Forschungsarbeit hat die Studiengruppe es heraus: Die jeweilige materielle Lage bestimmt die Interessen der KKW-Opponenten. (Marx, 100 Jahre früher, aber kostenlos: Das Sein bestimmt das Bewußtsein.) In Wyhl werden sehr geschätzte Sonderkulturen angebaut: Wein, Obst, Tabak. Die Bauern befürchten, daß durch verstärkte Dampfschwaden von den Kühltürmen des Kraftwerks die Sonneneinstrahlung vermindert wird. Statt „Qualitätswein" gäbe es nur noch „Tafelwein", und damit nur noch die Hälfte der Einnahmen. Das Kraftwerk verbraucht auch Grundwasser. Das gefährdet die Sonderkulturen Obst und Tabak. Das geplante Kraftwerk bedroht also unmittelbar die gesamte Existenz der Anwohner.

Für den Bürgerkampf gegen die Pläne der BASF haben die Battelle-Forscher andere Motivationen entdeckt: „Betroffenheit im Ballungsgebiet bezieht sich stärker auf das allgemeine Argument einer Gefährdung der Gesundheit und resultiert nicht aus einer unmittelbaren Gefährdung der materiellen Situation, da die Antragstellerin (BASF) im Ballungsgebiet zugleich Arbeitgeberin ist." Widerstands-Motiv ist hier die Sorge, daß der Rhein zu einem toten Giftstrom wird, Spätschäden durch Radioaktivität entstehen, das Risiko vom größten anzunehmenden Unfall immer bestehen bleibt und die Probleme bei Transport und Lagerung von radioaktivem Müll nicht gelöst sind.

Die Bürgerinitiativen in Ludwigshafen glauben auch nicht, daß die Kernenergie billig ist. Sie rechnen die staatlichen Forschungsausgaben nämlich mit ein, und schon geht die Rechnung von der „Wirtschaftlichkeit" des geplanten KKW nicht mehr auf. Die Bauelle-Forscher stoßen hier auf eine grundsätzliche Kritik (deren Formulierung aber nicht von den befragten Bürgern stammt, die vermutlich deutsch sprechen): „Zudem wird als Motiv der über den Kernkraftwerk-Bau zu erfüllenden Forderung der Energiesicherung eine Wachstumsideologie vermutet die der Zunahme des Bruttosozialprodukts als Zielvorstellung absolute Priorität einräume. Das aber deute wiederum auf Wandlungszwänge hin, die das Fehlen langfristiger politischer Konzeptionen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele wie Lebensqualität offenbare."

Überall wo Kernkraftwerke gebaut werden, erfährt die Öffentlichkeit erst sehr spät davon. Sie kann dann einen „Planungsschock" erleiden, sagen die Forscher. Wie vermeidet man einen „Planungsschock"? Bisher hat man das so versucht: Die Betroffenen dürfen im Genehmigungsverfahren schriftliche Einwände gegen das Kraftwerk vorbringen.

Dann sind „in einem mündlichen Erörterungstermin die vorgebrachten Einwände mit dem Antragsteller und den Einwendern zu erörtern".

Doch diese Therapie versagte, weil die „Einsprecher" nicht erwarteten, daß ihre Argumente im weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens wirklich berücksichtigt werden. Und überhaupt mußten die Bauelle-Forscher bei den Bürgern unerwartete Müdigkeit registrieren. So halten die Mitglieder der Ludwigshafener Bürgerinitiativen die Energieversorgungsunternehmen für jene mächtigste Gruppe, die ihre Pläne sowieso durchsetzen kann, und die politischen Gremien und Behörden für vergleichsweise machtlos.

Was lehrt das unsere Forscher? Daß der Bau von Kernkraftwerken bessere Argumente als bisher braucht? Iwo. Sie machen „Handlungsvorschläge an die Beteiligten in diesem gesellschaftlichen Konfliktfeld", eine Spielanleitung für das Psychostück „Der widerspenstigen Umweltschützer Zähmung". Statt, wie Herr Filbinger, die Umweltschützer von Wyhl „Linksradikale" und „Verbrecher" zu nennen, soll man den Bürgerinitiativen das Recht geben, Verbandsklage einzureichen, Gelder für Gegengutachten bereitstellen, die Auslegungsfristen für Gutachten von einem auf zwei Monate verdoppeln und den Erörterungstermin durch Frage-Antwort-Gegenantwort verbessern.

Auf deutsch: Noch einmal - mit (mehr Fingerspitzen-) Gefühl. Dazu brauchte man keine Millionen-Studie, das stand zur Wyhl-Zeit in jedem besseren Leitartikel. Jenen aber, die Zweifel am weiter munteren Ausbau von Kernenergie und Wirtschaftswachstum haben, wird wohl mit psychotherapeutischer Behandlung nicht beizukommen sein.

---

* Bericht: Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, Hrsg.: Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn 1975.

Konkret 07/75, S. 28

Niels Kadritzke

Die Nato-Zone

Zypern ist verwirrend: Es gibt dort griechische Faschisten, türkische Faschisten, griechisch-zypriotische Faschisten, türkisch-zypriotische Faschisten, türkisch-zypriotische Demokraten und griechisch-zypriotische Demokraten, Flüchtlinge auf beiden Seiten, englische Basen und US-Interessen. Niels Kadritzke war vor Ort und analysiert die Lage

Obwohl gerade erst ein Jahr seit dem griechischen Militärputsch gegen die Republik Zypern und der darauffolgenden Invasion der türkischen Streitkräfte vergangen ist, spielt das Zypern-Problem in den Schlagzeilen und Kommentarspalten der internationalen Presse so gut wie keine Rolle mehr. Nicht nur, weil es inzwischen aktuellere Konflikte gibt, sondern offenbar auch aus Ratlosigkeit über eine bizarre Situation, die allem Anschein nach von den Zyprioten selbst zu verantworten und politisch nicht mehr aufzulösen ist.

Im Süden der Insel können sich die abgehalfterten Putschisten weiterhin frei betätigen, obwohl sie von der überwältigenden Mehrheit der griechischen Zyprioten als Hochverräter verflucht werden. Ex-„Präsident" Sampson, eine Woche lang aller Welt als vollautomatische Marionette der Athener Junta vorgeführt, fährt nach wie vor im Schutz seiner Leibwächter durch Nicosia spazieren und ruft: Enosis *oder* Tod - als sei nicht für viele seiner Landsleute die Forderung nach Enosis, nach dem Anschluß Zyperns an Griechenland, mit Tod oder zumindest mit dem Elend eines Flüchtlingsschicksals gleichbedeutend geworden.

Im Norden der Insel empfangen die arbeitslosen türkischen Zyprioten ihre Landsleute, die aus dem Süden ins gelobte Türkenland gelangen, mit dem Gruß: willkommen im neuen Sklavenstaat. Ihre Demonstrationen gegen die elenden Lebensbedingungen werden von denselben Soldaten aufgelöst, die das Gebiet angeblich für sie befreit haben.

Schlimmer noch: In beiden Teilen Zyperns, im türkisch besetzten Norden wie im nunmehr übervölkerten Süden stehen die Betroffenen ihrem Schicksal weitgehend hilflos gegenüber, beherrscht von der dumpfen Empfindung, ohnmächtiges Opfer unbeeinflußbarer weltpolitischer Entwicklungen zu sein. Politische Selbsthilfe ist weder erwünscht noch gestattet: Im Norden gilt jede Kritik an den neuen Verhältnissen als antinationale Propaganda, im Süden wird es auf absehbare Zeit keine Abrechnung mit den Putschisten im eigenen Lager geben, weil die griechische Regierung beschlossen hat, keine Untersuchung über den Staatsstreich gegen Makarios zuzulassen. Die auch von der griechischen Opposition respektierte Begründung der Regierung Karamanlis: eine solche Untersuchung könne sich Griechenland gegenwärtig aus innenpolitischen wie aus Gründen der internationalen Politik nicht leisten.

Beide Gründe können helfen, die Ereignisse politisch zu entschlüsseln, die nach dem Willen der Athener Regierung weiter im Dunkeln bleiben sollen. Wenn Karamanlis fürchten muß, die griechische Armee mit der vollen Wahrheit über das Zypern-Abenteuer der Junta zu belasten und eventuell zu einem neuen Putsch herauszufordern - und nur diese Furcht kann das Einverständnis der griechischen Opposition erklären -, dann muß die Armee durch diese Wahrheit im Mark ihrer „nationalen Ehre" getroffen werden. Und wenn Karamanlis internationale Konsequenzen befürchtet, die Griechenland angesichts seiner gespannten Beziehungen zur Türkei nicht riskieren kann, müssen die Interessen derjenigen ausländischen Macht im Spiel sein, die ganz unbestritten hinter der griechischen Militärdiktatur gestanden hat und mit der sich die neue Regierung in Athen wohl oder übel erneut zu arrangieren versucht: den USA.

Wie hängt also das letzte Gefecht der Athener Junta mit den amerikanischen Interessen zusammen? Gibt es eine innere Logik in der Kette der Ereignisse in und um Zypern? Oder ist die Entwicklung im östlichen Mittelmeer, wie von der westlichen Presse immer noch behauptet, nur ein peinlicher Betriebsunfall amerikanischer Außenpolitik, der darauf zurückzuführen ist, daß Henry Kissinger, durch die dumme Watergate-Geschichte von seinem Geschäft abgehalten, die Aufsicht über die Südost-Flanke der NATO vernachlässigt hat?

In der Tat fügen sich die Entwicklungen seit dem letzten Sommer nur dann zu einem stimmigen Bild zusammen, wenn man sich die politischen Interessen und Ziele der USA im östlichen Mittelmeer und in Zypern klarmacht. Diese Interessen haben sich seit der Unabhängigkeit der Insel im Jahre 1960 kaum verändert, wohl aber erheblich verstärkt.

Der Verfasser des „US Army Area Handbook for Cyprus" hat die Ziele seiner Auftraggeber mit ungeschützter Eindeutigkeit beschrieben: eine solide anti-kommunistische und pro-westliche Ausrichtung der zypriotischen Regierung, um die uneingeschränkte Nutzung der westlichen Abhör- und Radareinrichtungen und der britischen Militärbasen durch *jede* westliche Macht zu *jedem* politischen Zweck zu garantieren.

Zwischen 1964 und 1967 haben die USA diese Ziele immer wieder ganz offen über eine Aufteilung der Insel zwischen den NATO-Ländern Griechenland und Türkei verfolgt. Seitdem hat die militärstrategische Bedeutung Zyperns für die Kopfmacht der NATO eher noch zugenommen. Nicht nur, weil die anglo-amerikanischen Interessen seit dem Rückzug der Engländer aus der Region „östlich von Suez" nicht mehr ohne weiteres einheitlich sind, sondern vor allem, weil sich der Nahe Osten zu einem akuten weltpolitischen Konfliktherd entwickelt hat.

Spätestens im Nahost-Krieg von 1973 hat sich gezeigt, daß die zypriotische Regierung keinerlei Fremdnutzung der britischen Stützpunkte zugunsten Israels zulassen würde. Die Möglichkeit einer neuen militärischen Runde vor Augen und mit dem Gedanken an eine aktive militärische Intervention für den Fall eines erneuten Öl-Embargos im Hinterkopf, muß den Amerikanern ein für ihre eigene Nahostpolitik verfügbares Zypern äußerst attraktiv erscheinen. Dies gilt auch für den Fall einer nichtmilitärischen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts, die ganz sicher voraussetzt, daß Israel einen palästinensischen Staat an seiner Seite akzeptiert. Dies aber erscheint, wenn überhaupt, nur denkbar unter einer eindeutigen und militärisch glaubhaften amerikanischen Existenzgarantie, für die Zypern die ideale logistische Basis abgeben kann.

Im Klartext: Dem amerikanischen Interesse, die Spionage-Einrichtungen in Zypern abzusichern und auszubauen und die militärischen Einrichtungen der Engländer früher oder später zu übernehmen, stand in erster Linie die Haltung der Regierung Makarios entgegen, die seit der Unabhängigkeit einen zunehmend neutralen und antiimperialistischen außenpolitischen Kurs eingeschlagen hat. Die Logik dieser Außenpolitik hat nicht nur die Kündigung einer großen amerikanischen Abhör-Anlage erfordert, sondern schien auch auszuschließen, daß die englischen Basen einmal unter NATO-Kontrolle geraten.

Eine Außenpolitik, die es mit der Unabhängigkeit der Inselrepublik ernst meinte, erforderte aber auch eine realpolitische Absage an das traditionelle Ziel der Enosis, das noch in den 60iger Jahren das politische Denken der griechischen Zyprioten beherrscht und als nationale Exklusiv-Doktrin das verständliche Mißtrauen der türkischen Zyprioten ausgelöst hat. Dieses Mißtrauen konnte auch in den seit 1969 aufgenommenen Verhandlungen zwischen türkischen und griechischen Zyprioten nicht vollständig abgebaut werden, weil die Politik von Makarios praktisch zwar gegen Enosis gerichtet, aber von vielen verbalen Zugeständnissen an die nationale Ideologie der Griechen begleitet war. In der Form widersprüchlich, entsprach diese Umorientierung der griechisch-zypriotischen Politik doch eindeutig den Lebensinteressen einer Gesellschaft, die sich ökonomisch stabiler und stetiger entwickelt hatte als Griechenland, und trug darüber hinaus der Tatsache Rechnung, daß die große Mehrheit der Zyprioten weder der griechischen Junta noch überhaupt der NATO unterstellt werden will.

Diese klare politische Orientierung ging auch auf die wachsende Stärke der Linken zurück. Die Kommunisten und Sozialisten bilden in Zypern den Kern einer stabilen Massenbasis für die blockfreie Außenpolitik der Regierung Makarios, eine Koalition, die die USA erst recht irritieren mußte.

Auch die Athener Junta zielte mit ihrer Verschwörung gegen den „roten Popen" letztlich auf die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse der Republik. Während sie sich bis 1971 auf wiederholte Versuche beschränkt hatte, Makarios umzubringen, begann sie ab 1972 mit Hilfe von General Grivas, dem Führer des Kampfes gegen die Engländer, ihre kleine, aber entschlossene faschistische Gefolgschaft vor Ort zu aktivieren - genau zu einer Zeit, da sich in Zypern ein neuer Interessenausgleich zwischen griechischer und türkischer Volksgruppe abzuzeichnen begann. Die bewaffneten Attacken der EOKA-B gegen Makarios und seine Anhänger, denen sie Verrat am Ziel der Enosis vorwarfen, verschärften nicht nur die Spannungen unter den Inselgriechen, sie belebten auch die Ambitionen der türkischzypriotischen Führung, das ganze Problem doch noch durch die Teilung der Insel zu lösen; ein Ziel, das durch die ursprüngliche Verfassung der Republik ebenso ausgeschlossen war wie der Anschluß an Griechenland.

Die von der Athener Junta gesteuerte Agitation der EOKA-B war für die griechischen Zyprioten also eine Gefahr, deren Erkenntnis der Politik von Makarios immer zugrunde gelegen hat: daß das Streben nach Enosis auf der direkten Linie des NATO-Interesses zur Zerstörung der Republik führen mußte. Denn der Anschluß Zyperns an Griechenland erforderte entweder die Bereitschaft zu einer militärischen Auseinandersetzung mit der Türkei, die nicht zu gewinnen war, oder aber das freiwillige Zugeständnis eines türkischzypriotischen Separatstaates und türkischer Militärbasen, lief also in jedem Fall auf die Teilung der Insel hinaus.

Die Machtergreifung der Junta in Nicosia konnte somit immer nur Prolog für die Teilung Zyperns sein. Das heißt aber, daß die Verantwortlichen in CIA und Pentagon, die dem Athener Regime grünes Licht für ihr Zypern-Abenteuer gegeben haben, von Anfang an dieses politische Ziel im Visier gehabt haben. Diese Erkenntnis liegt dem abgrundtiefen Anti-Amerikanismus zugrunde, der heute in Zypern vorherrscht. Sie ergibt sich nicht nur aus der Rolle, die der CIA als Schutzmacht der Junta gespielt hat und aus der Tatsache, daß die US-Botschaft in Nicosia die einzige war, die dem Sampson-Regime ihre diplomatische Anerkennung zugesichert hat. Die Politik der USA ist darüber hinaus ganz eindeutig an der Haltung der griechischen Kommandeure der zypriotischen Nationalgarde abzulesen. Von diesen hätte man erwartet,

daß sie die Insel gegen die türkische Invasion verteidigen, nachdem sie diese schon heraufbeschworen hatten. Das Gegenteil war der Fall.

Was in Griechenland nach wie vor einem strengen Tabu unterliegt, ist jedem griechischen Zyprioten aus eigener Erfahrung bekannt: Die griechischen Offiziere haben objektiv mit der türkischen Armee zusammengewirkt und damit die Teilung der Insel aktiv unterstützt. Im Juli und August 1974 standen die Zyprioten praktisch unter dem Befehl aus Athen, die türkische Invasion als bloße Flottendemonstration zu betrachten und keinen Widerstand zu leisten. So konnten die türkischen Schiffe anfangs unbehelligt Soldaten und Panzer an der Nordküste absetzen, die türkischen Paras wie im Manöver auf Nicosia niederschweben. Gegen die türkische Armee kämpften hauptsächlich unorganisierte und führungslose Zyprioten, während ihre griechischen Vorgesetzten vor allem damit beschäftigt waren, realistische Lageberichte als Verbreitung unverantwortlicher Gerüchte zu unterbinden und die Zivilbevölkerung mit phantastischen Lügen über die Erfolglosigkeit der türkischen Operationen in Verwirrung zu stürzen.

Nur eine genaue Untersuchung der Ereignisse könnte klären, ob die Athener Militärs während der türkischen Invasion das Spiel der USA bewußt mitgespielt haben, oder ob sie auf amerikanische Zusicherungen hereingefallen sind, die Türken würden sich auf symbolische Aktionen beschränken. Eine solche Untersuchung wird, wie gesagt, im Interesse der griechischen Armee und der amerikanischen Außenpolitik nicht stattfinden. Fest steht aber, daß die griechische Junta und ihre amerikanischen Ratgeber auch im Felde exekutieren halfen, was sie durch ihren Putsch schon provoziert hatten: die Zerstückelung der Republik Zypern.

Die Kollaboration der griechischen mit den türkischen Militärs hat sich nicht auf Putsch und Invasion beschränkt. Da die türkische Minderheit (knapp 20 Prozent) seit jeher über die ganze Insel verstreut angesiedelt war, erfordert eine Trennung von griechischen und türkischen Zyprioten das, was die NATO-Planer immer unter dem schlichten Titel „Bevölkerungsaustausch" diskutiert haben. Auch diesen Schlußakt einer Teilung, der für die Betroffenen zunächst einmal den Verlust ihrer Heimat und Existenzgrundlage bedeutet, ist in Zypern als griechisch-türkische Gemeinschaftsaktion abgelaufen. Während nämlich die türkische Armee auf ihrem Vormarsch die griechischen Einwohner nach Süden trieb, arbeiteten ihr die EOKA-Banden und ihre militärischen Befehlshaber vom Süden her in die Hände. Durch unprovozierte Überfälle auf türkische und gemischte Dörfer veranlaßten sie viele türkische Zyprioten zur Flucht nach dem „sicheren Norden". Tausende unbewaffneter türkischer Landsleute machten sie völlig grundlos zu „Kriegsgefangenen", um sie später im Austausch gegen griechische Gefangene ins türkisch besetzte Gebiet zu entlassen - lange bevor die Engländer türkische Zyprioten von ihren Basen nach Norden ausreisen ließen und damit dem amerikanischen Interesse an der Vollendung dieser bevölkerungspolitischen Roßkur entsprachen.

Zypern ist heute geteilt, und zwar durch eine Grenze, die für die Insel keinen, für die imperialistischen Interessen aber eindeutigen Sinn hat. Sie entspricht seit langem vorliegenden NATO-Plänen und verschafft dabei dem türkischen Sektor eine gemeinsame Grenze mit jener britischen Basis Dhekelia, die die Briten demnächst aufgeben wollen und die dann entweder den Türken oder gleich den USA übergeben werden kann.

Was eine Teilung der Insel demgegenüber für die Masse der Zyprioten bringt, deutet das Flüchtlingselend an, das auf griechischer wie auf türkischer Seite herrscht. Dieses Elend dokumentiert nicht nur vorübergehende Härten einer chaotischen Umwälzung von Menschen, die an ihren neuen Wohnorten im Wortsinne „deplazierte Personen" sind, weil sie mit ihrer Heimat zugleich Haus und Hof, Handwerkszeug und Arbeitsplatz verloren haben. Die Lage der Flüchtlinge stellt heute schon die lebendige Prognose, daß beide Hälften der Insel für sich nicht lebensfähig sind. Dies gilt auch für den mit den viel größeren ökonomischen Ressourcen ausgestatteten Norden, dessen Wirtschaft ohne türkisches Kapital nicht wieder in Gang gebracht werden kann. Schon jetzt startet kein Unternehmen im Norden ohne eine mindestens 50prozentige türkische Kapitalbeteiligung. Wenn türkische und griechische Zyprioten in absehbarer Zeit nicht wieder politisch zusammenfinden, wird der Norden Zyperns auf Dauer von Ankara regiert, der Anschluß an die Türkei ein nicht mehr umkehrbarer ökonomischer und sozialer Prozeß.

Die aktuelle türkische Politik läuft auf eine schleichende Kolonisierung Zyperns hinaus und knüpft damit an ottomanische Traditionen an, die man seit der Zeit Atatürks überwunden geglaubt hatte. Wie zu Sultans Zeiten wird jetzt den türkischen Soldaten, die Zypern erobert haben, mitsamt ihren Familien das Recht verliehen, den türkischen Teilstaat zu besiedeln - ein Recht, das in erster Linie von Offizieren wahrgenommen wird, die sich einen stattlichen Privatbesitz zusammengerafft haben.

Die Teilung der Insel ermöglicht also heute schon eine Kolonisierung ihres Nordens, die im Ergebnis - ganz ähnlich wie in Palästina - die vertriebenen Zyprioten durch fremde Siedler aus der Türkei ersetzen soll. Die politische Führung der türkischen Zyprioten verkauft dieses Programm ganz offen unter dem Titel der „Anatolisierung" und spricht von der historisch gerechtfertigten Rückkehr Zyperns unter die traditionelle türkische Herrschaft. In der Presse gipfelt diese offen

expansionistische Sprache in der Forderung, auf lange Sicht die ganze Insel zu besetzen, und zwar nicht nur, um die noch im Süden lebenden türkischen Zyprioten zu „befreien". Mit Inbrunst beruft man sich auch auf amerikanische Stimmen, die die Eroberung von nur 40 Prozent der Insel als sehr maßvoll und zugleich als notwendig bezeichnet haben, um den kommunistischen Vormarsch in Zypern zu stoppen (so Admiral Miller, der Ex-Kommandeur der amerikanischen Mittelmeer-Kriegsflotte).

Diese Einstellung drückt ganz sicher nicht die Interessen und Gefühle der 120 000 türkischen Zyprioten aus. Sie dient vielmehr der ideologischen Rechtfertigung der einheimischen Oligarchie, die unter dem Schutz der türkischen Armee die Beute des Nordens mit frühkapitalistischer Hemmungslosigkeit unter sich verteilt. So wurden die Häuser und Anwesen Kyrenias in ihrer Mehrzahl den reichen Türken der nahen Hauptstadt als Sommerresidenzen zugeteilt, während den Übersiedlern aus dem Süden oft nur leere Behausungen blieben, aus denen nicht nur die eigentlichen Wertsachen, sondern auch das notdürftigste Mobilar verschwunden ist. Ohne Arbeit und Einkommen stehen diese Übersiedler einer enormen Preissteigerung gegenüber, die darauf zurückzuführen ist, daß die türkischen Geschäftsleute ihre eroberten Warenposten mit weit größerem Gewinn in der Türkei oder per Schwarzhandel an die alten griechischen Besitzer im Süden verkaufen.

Die türkisch-zypriotische Oligarchie bereichert sich aber nicht nur an der ungleichen Verteilung des Beutegutes, sondern auch unmittelbar auf Kosten der türkischen Arbeiter: eine über Nacht angeordnete Neubewertung des zypriotischen Pfundes gegenüber der türkischen Lira hat den rechtzeitig informierten Freunden der Denktasch-Regierung einen Spekulationsgewinn von Millionen eingebracht; eine Summe, die auf den Sparkonten der kleinen Leute und bei den Versorgungskassen der Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften als Abwertungsverlust zu Buche schlägt.

Der türkische Separatstaat, der dieses phantastische Ausmaß von Korruption organisiert, isé aber alles andere als ein labiles Unternehmen. Seine politische Führung, in jahrelanger terroristischer Unterdrückung der Linksopposition im eigenen Lager geübt, hat die Situation mit Hilfe von 40 000 türkischen Soldaten fest unter Kontrolle. Trotz zunehmender Proteste der Gewerkschaft und der Intellektuellen-Organisationen kann sie der weiteren Entwicklung relativ gelassen entgegensehen. Denn die Voraussetzung ihrer Wirksamkeit ist, die fortdauernde Teilung. Ob sich diese Teilung mit dem Titel einer Föderation oder Kon-Föderation verhüllen läßt, ist dabei von ganz untergeordneter Bedeutung. Denn jede Zonen-Lösung, die türkische und griechische Zyprioten in getrennte Gebiete verweist, besiegelt nicht nur massenhaftes Flüchtlingsschicksal, sondern verhindert auch ein erneutes Zusammenwachsen Zyperns und damit jede langfristige einheitliche gesellschaftliche Entwicklung. Vor allem aber garantiert die fortdauernde Teilung auf beiden Seiten die Wirkung chauvinistischer Propaganda und unterbindet jeglichen Kontakt zwischen den Zyprioten auf beiden Seiten, die aus der jüngsten Entwicklung gelernt haben, die Fehler ihrer politischen Führung zu kritisieren und ihre eigenen bornierten Vorurteile zu überwinden.

Gerade aufgrund ihrer konkreten Erfahrungen haben heute mehr griechische und türkische Zyprioten als je zuvor verstanden, daß eine wirklich unabhängige und voll entmilitarisierte Republik mit gleichen Rechten für jeden einzelnen die langfristig allein lebensfähige Lösung des Zypern-Problems darstellen kann. Ob sie noch einmal eine Chance haben werden, gemeinsam für dieses Ziel einzutreten, hängt zunächst aber nicht von ihnen selber ab. Denn über das weitere Schicksal ihres Landes wird auf einer Ebene internationaler Politik entschieden, auf der die Betroffenen nicht mehr als ihr moralisches Gewicht zur Geltung bringen können.

Die Bereitschaft zu nachbarschaftlichem Zusammenleben ist auch nach einem Jahr Teilung in Zypern selbst vorhanden. Viele der griechischen Flüchtlinge würden auch unter türkischer Verwaltung in ihre Dörfer zurückkehren, wenn sie nur unbehelligt ihrer Beschäftigung nachgehen könnten. Ganz sicher würden auch viele Türken aus dem Norden in ihre Heimat im Süden der Insel zurückkehren, wenn dort nicht immer noch die bewaffneten Banden der EOKA-B tätig wären, die sie zur Flucht nach Norden veranlaßt haben.

Auf beiden Seiten stehen dieser immer noch natürlichen Tendenz zur Rückkehr bewaffnete Mächte entgegen: die türkische Armee einerseits und die griechischen Faschisten andererseits. Die einen beziehen ihre Panzer von der NATO, die anderen verfügen seit der Rückkehr von Makarios wieder über bemerkenswert viele Dollars. Ihre Wirkung zusammengenommen mag einige Zeit ausreichen, den Zyprioten die Teilung ihres Landes als politische „Lösung" aufzuzwingen.

Daß allerdings eine solche aufgezwungene Lösung nicht endgültig sein muß, gilt auf lange Sicht für Zypern so gut wie für Vietnam oder Palästina.

-

Konkret 07/75, S. 32

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Wenn, etwa auf der ersten Seite einer Zeitung, mitten im Text einer Meldung der Hinweis auf einen anderen Beitrag im Blatt eingeschoben ist, heißt das im Fachjargon „eingeblockt". Die „**Frankfurter Allgemeine**" hat das kürzlich gemacht: „Terroristen-Prozeß beginnt heute in Stuttgart. Die Anklage legt zugrunde, daß die Extremisten zur Verwirklichung ihres Vorhabens Mord, Raub, Diebstahl und . . . (eingeblockt:) . . . Gespräch mit dem südafrikanischen Premierminister John Vorster Seite 6... Betrug begangen haben. Alle Angeklagten des Hauptverfahrens haben die Aussage zur Sache verweigert." Bis auf Vorster, der auf Seite 6 mit klugen Köpfen über Rassenpolitik plaudert.

„**Die Welt**" ist nach Bonn umgezogen, es durfte gratuliert werden. „Bonne Chance in der ‚Welt'-Stadt Bonn" wünschte Otto Wolff von Amerongen, Präsident des DIHT. „Bonn hat die Chance verdient, ‚Welt`-Stadt zu werden", schrieb Hanns Martin Schleyer, Präsident des BDA. Auch Landesbankier Ludwig Poullain ließ sich was einfallen: „Bonn jetzt ‚Welt'-Stadt!" Da hielt es der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick nicht mehr aus: „Bonn endlich . . . ‚Welt`-Stadt!" Und so, gehäuft, wurde die Witzlosigkeit zum Witz auf die Witzlosen.

Unter den Gratulanten natürlich Strauß, Carstens, Genscher, Maihofer, Erhard, Biedenkopf, Friderichs, Sohl. Und drei SPD-Politiker: **Helmut Schmidt, Karl Wilhelm Berkhan, Klaus Schütz.** Aber die lernen's sowieso nicht mehr.

Der Umzug brachte übrigens eine ganze Menge Druckfehler ins Blatt. Die „**Welt**"-Redaktion entschuldigte sich, daß statt Kommandeur Kommentator, statt Harry Henry und statt Gerald Ford Gerard Ford zu lesen war: „Die Computer in Bonn und Essen lassen ganze Absätze aus . . . Druckfehler werden nebenbei produziert wie in der Tischlerei die Sägespäne." Das muß freilich schon vor dem Umzug so gewesen sein. Damals hieß es über Carstens, er sei „intelligent" (statt „elegant"), Hans Jochen Vogel sei ein „Sozi" (statt ein „Spezi"), statt Befreiung (Vietnams) lasen wir Besetzung, statt Kanaille Kardinal, statt Scharlatan Chefredakteur, statt Hugenberg Springer, und nur Hicks war immer richtig gesetzt. Ob sich das jetzt ändert? Ja, wenn der Weltgeist durch den Computer rauscht...

„Soeben erschienen" ist die Broschüre „Ich dacht', mich tritt ein Pferd", hundert Antworten von **Hans Apel** auf hundert Fragen des „Morgenpost"-Redakteurs **Volker Bredenberg**. Sozialdemokrat Apel schlägt sich mit der Ökonomie, Bredenberg mit der Sprache. Er stellt „volkstümliche Fragen, die auf der Seele brennen und keine heißen Eisen umgehen". Also nicht wie die Katze, die in den kalten Brei tritt, bis sie das Schwarze unterm Nagel hat.

Weil sie nicht schreiben können, malen sie, und weil sie das auch nicht können, schreiben sie malerisch und malen auf der Schreibmaschine: „Der Demokrat und der Republikaner ziehen an einem Strang, was darauf schließen läßt, daß auf dem Capitol Hill die Weichen schon gestellt sind. Vor dem Abschluß der legislativen Prozedur werden in den USA allerdings noch die Späne fliegen. Die Befürworter der wirtschaftlichen Vorausplanung haben viele Eisen im Feuer..." In der „**Welt der Wirtschaft**" geht es zu wie auf einer Breughelschen Bauernhochzeit, mit Tauziehen, Rudern, Hobeln, Schmieden . . . und nur die Weichen erinnern ein bißchen daran, daß all dies in der bekannten „hochtechnisierten Welt von heute" stattfindet. Mit Recht gilt unter diesen Ökonomen Marx als anachronistisch. Der kommt erst zweihundert Jahre später dran.

Theo Sommer tut's mit Fleiß. Bisher hatte er seine humanistische Bilder-Bildung in den Fließtext gestopft und wenigstens den Überschriften seiner Werke ihre unverbeulte Banalität gelassen. „Nahost-Klemme" hießen die, oder „Alte Rechnungen" oder „Nukleares Roulette". Aber was tut er, seit man ihn ernsthaft und mehrfach verwarnt hat? Mit einem „Jetzt erst recht!" schreibt er den Titel „Im Luftzug unserer Freiheit - Strandgut aus der Zeit des Aufbruchs". Und schlägt die Tür des Strandkorbs krachend zu.

Theo, komm fahr nach Lodz!

Frank Sinatra hat alle Journalisten Strolche und Parasiten, alle Journalistinnen Huren genannt. Dann hat er widerrufen: „Die Nachrichtenweiber haben doch schon alle ihre Seelen verkauft. Wer wollte dann noch ihren Körper?" In der Tat, wer

denkt an Dingworth in der Nacht?

Herr **Louis Preußen** hat Frl. Donata Castell geehelicht. Preußen, der sich „Prinz Louis Ferdinand von. . ." nennt, geruht aus diesem Anlaß ein Interview zu gewähren und läßt einen Reporter der „**Bild**"-Zeitung antreten. Dem bringt er erstmal Kommang bei: „Sagen Sie schlicht Königliche Hoheit zu mir. Es entspricht der Tradition unseres Hauses und seinem Anspruch auf den Thron." Darauf „Bild": „Königliche Hoheit, hätten Sie denn auch ein Fräulein Müller geheiratet?" Der Louis: „Nein. Natürlich habe ich Freundinnen aus allen Kreisen gehabt. Aber fürs Leben kommt nur eine Dame aus einem Adelshaus in Frage." Das verkraftet man wohl nur, wenn man durch die harte Springer-Schule gegangen ist (fünftes Verleger-Gebot: Zähne zusammenbeißen, Kopf runter und rin in die warme Öffnung). Abschließend meint „Lulu" (so nennt ihn Donata): „Wenn das Volk mich ruft, würde ich die Kaiser-Krone nicht ablehnen." Ganz der Urgroßpapa, der Fräulein Müllers Urgroßvater an der Marne verheizt hat. Schön, daß Fräulein Müller nicht nach Lulu, sondern nach Heino ruft.

Als die Truppen des Vietkong in Saigon von lachenden und winkenden Südvietnamesen empfangen wurden, geriet unsere freie Presse ein bißchen ins Gedränge. Hatten nicht ihre Korrespondenten bis zum Schluß von Flüchtlingsströmen und panischer Angst vor der nahenden Unfreiheit berichtet? Nach diesem Reinfall entschloß sich die **Deutsche Presse-Agentur**, den Bundesbürgern ab sofort alles ganz genau zu berichten: „Kissinger, im mittelblauen Anzug mit nur leicht verrutschter karierter Krawatte, hatte eigentlich ins Theater gehen wollen. Seine Frau Nancy erschien im langen Abendkleid im Weißen Haus. Auf dem Programm stand Noel Cowards Present Laughter`. Doch die Nacht verlief anders. Bonbonkauend, wie immer unter Streß, versuchte der Außenminister... Im Pentagon kaute Verteidigungsminister Schlesinger einen ‚Hamburger`. . . Präsident Ford dinierte in den Privaträumen des Weißen Hauses. Auf der Speisekarte standen unter anderem ein Austern-Cocktail, Corned Beef und Kohl und Karotten." Dpa hat nichts verschwiegen und alles gesagt, die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit, schonungslos.

Alle stellen sie jetzt Vergleiche an zwischen Baader-Meinhof und Hitler-Flick: „Wie der ‚anständige Deutsche` des Dritten Reichs ist der ‚anständige Linke` . . . ein gefährlicher Nährboden für den Terror." Das stammt aus der **FAZ**. Doch diese Parallelen schneiden sich nicht im Unendlichen, sondern schon vor dem nächsten Strafsenat: Damals wie heute sitzen die „anständigen Deutschen" über die „anständigen Linken" zu Gericht.

In der schönen alten Kirche von Salzhausen in der Lüneburger Heide liegt zum Preis von 80 Pfennigen die Schrift aus: „Vom Anarchisten zum Christen". Der Verfasser, **Fritz Binde**, schildert darin seine Bekehrung: „Zu gleicher Zeit begann ich in gemeine Sünden zu fallen. Unfriede und Angst folgten. Diese Leere im Herzen trieb mich zur Sozialdemokratie, die den Himmel auf Erden versprach. Aber Gottes suchende Gnade ließ mich nicht. Vier Jahre hielt ich es aus unter diesen trinkenden, lärmenden Weltverbesserern . . . Dann packten mich der Ekel an dem herrsch- und rachsüchtigen Parteitreiben und der Zweifel an der sozialdemokratischen Wissenschaft . . . Zur rechten Zeit führte mich die Gnade Gottes mitsamt den Meinen in das Elternhaus meiner lieben Frau ..." Dem Liebfrauen-Binde wurde geholfen. Heute finanzieren gut achtzig Prozent der SPD-Mitglieder über ihre Kirchensteuer seine Bekenntnisse. Was, wenn nicht dies, ist sozialdemokratische Wissenschaft?

„Höchste Zeit für ein bißchen Sonne. Sie schien am Donnerstag im Fernsehen. Das runde Gesicht Georg Lebers wärmte den Bürger. Ein Ofen des Vertrauens. Dieser Verteigungsminister, einer der besten, die wir je hatten, verstand schon immer sein Handwerk . . . Respekt. Vom Verteidigungs-Notnagel der SPD zum bescheidenen Star zwischen den Sternen der Generalität." Ein Preislied auf die sozialdemokratische Wissenschaft von **Peter Boenisch** in „Bild am Sonntag". Von der Gesellschaft der Freien unter Gleichen zur Kumpanei der Stars unter Stripes. Das wärmt den Springer und den Boenisch. Wie ein Kanonenofen des Vertrauens.

Nato-Gipfel in Brüssel: „Ab und zu verhält Gerald Ford seine Schritte auf dem flauschigen gelben Teppich des Foyers, läßt mit zerstreuten Augen Blicke umherschweifen und stößt vernehmlich den Atem aus. Alle, die in der Nähe sind . . ., wissen inzwischen genau, was sie zu erwarten haben. Mit einem durch nichts motivierten Ruck wird Ford die Unterarme gleich anwinkeln und dann die Hände in Gürtelhöhe ineinanderfügen. Es sind große, ungewöhnlich starke Hände. Als seien sie ihm plötzlich zu schwer geworden, pflegt Ford sie solange gefaltet zu halten . . . usw. usw." Immer, wenn eine Reportage aus der großen Diplomatie mit einer physiognomischen Studie beginnt, ist sie von **Hans Ulrich Kempski** und steht in der „Süddeutschen Zeitung" auf Seite 3. Das geht nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Und weit und breit kein Rausschmeißer, wenn der Physio-Gnom wieder ein Tänzchen wagen will.

ZDF-Intendant **Karl Holzamer** hat gesagt: „Ich halte jede Selbstbetätigung immer noch für vernünftiger als unbedingt fernzusehen." Endlich erfährt man, warum das ZDF-Programm so ist, wie es ist. Bloß, was ist eine „Selbstbetätigung"?

Zum Laubsägen gehört außer dem Selbst auch eine Säge und etwas Holz. Ach was, Holzamer wollte einfach sagen: Onanieren ist besser als Löwenthal. Als Katholik muß er sich eben ein bißchen geschraubt ausdrücken. Siehe oben.

In KONKRET vom Mai 1975 wurde die Behauptung aufgestellt, aus dem Fernschreiber des Süddeutschen Verlags sei versehentlich die Bestätigung eines St. Moritzer Hotels getickert, die Reservierung einer Suite für DM 2 000,- pro Tag für Frau Anneliese Friedmann gehe in Ordnung. KONKRET hat sich davon überzeugt, daß diese Behauptung nicht zutreffend ist und hält sie daher nicht aufrecht.

Konkret 07/75, S. 34

Fehl-Orientierungs Rahmen

ADENAUER ALS GHOSTWRITER?
Fünf Sozialdemokraten über den neuen Entwurf eines SPD-Langzeitprogramms

In der SPD wird derzeit der Entwurf eines Orientierungsrahmens (OR) für die Jahre bis 1985 diskutiert. Es ist dies der zweite Anlauf der Sozialdemokraten, ihre Politik mittelfristig zu planen. Der erste Versuch, das sogenannte Langzeitprogramm (LPZ), hatte sich schon zwei Jahre nach seiner Formulierung als anachronistisch erwiesen.

KONKRET dokumentiert in dieser und der folgenden Ausgabe exklusiv die Kritik, die fünf Sozialdemokraten zum Orientierungsrahmen formuliert haben. Die Autoren Detlev Albers, Klaus-Peter Kisker, Kurt Neumann, Kurt Wand und Axel Zerdick gehören dem linken Flügel der Jungsozialisten (der sogenannten Stamokap-Gruppe) an oder stehen ihm nahe. Der Kern ihrer Aussage: „Auch nach diesem Entwurf eines Orientierungsrahmens hat die Linke ihre Aufgabe, aus der SPD eine konsequente Arbeitnehmerpartei zu machen, noch vor sich."

Grundsatzdiskussionen in einer demokratischen Massenpartei sind nicht Selbstzweck oder bloßer Streit um Worte, sondern Ausdruck neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Das Godesberger Programm der SPD hatte in der Spätphase des westdeutschen Wirtschaftswunders marktwirtschaftliche Vorstellungen weitgehend übernommen und klassenbewußte Traditionen der SPD entsprechend verwässert. Es folgten lange Jahre, in denen sich die Partei in das vermeintlich krisenfeste staatsmonopolistische System so weit integrierte, daß schließlich selbst das Godesberger Programm „altmodisch" erschien, weil es trotz aller Verschwommenheit doch auch die **„Bändigung der Macht der Großwirtschaft"** und die Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft forderte.

Erst die Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche (Rezession 1966 67, internationale Währungskrise) und die Ansätze verschärfter Klassenauseinandersetzungen (Studentenbewegung, Kampf gegen die Notstandsgesetze, spontane Streiks und Tarifbewegungen seit 1969) zwangen auch die SPD, ihre ausschließlich systemkonforme Politik zu überprüfen oder zumindest eine Diskussion darüber in den eigenen Reihen zuzulassen.

Für die Gesamtpartei geht es vorläufig erst darum, die rechtslastigen Interpretationen des Godesberger Programms, die seine antimonopolistischen Aussagen leugnen, in Theorie und Praxis zu überwinden. Die Parteilinke hat dabei nichts zu verlieren - außer der Glaubwürdigkeit ihres Anspruchs, konsequent-sozialistische Positionen in der SPD vertreten zu können.

1970 beschloß der Saarbrücker SPDParteitag, der Parteivorstand solle eine Kommission einsetzen, **„die auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm erarbeitet, das konkretisiert und quantifiziert sein muß".**

Im Jahr vor diesem Parteitag war die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gebildet worden, die „mehr Demokratie" und „innere Reformen" im Interesse von Millionen Lohnabhängigen versprochen hatte. Die SPD mußte sich nun erstmals die Frage stellen, mit welchen Regierungsmaßnahmen sie der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung im Sinne des Godesberger Programms näherkommen wollte.

Die Partei berücksichtigte aber auch den Protest junger Arbeiter, Schüler und Studenten, dessen innerparteiliche Wirkung zu einem spektakulären Kurswechsel der Jungsozialisten auf deren Bundeskongreß 1969 zum Ausdruck kam.

Doch schon mit dem Wörtchen „quantifiziert" hatte man die Schranken der zugestandenen Diskussionsbereitschaft freilich gleich in den Wortlaut des **‚Auftrags von Saarbrücken"** eingebaut: Weil sich die Forderungen nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen - wie der Entmachtung der Monopole und der Demokratisierung der Wirtschaft - in ihren Auswirkungen nicht **„quantifizieren"** ließen, brauchte man sie gar nicht erst zu erörtern. Dagegen war man vom krisenfesten Wachstum des Kapitalismus so überzeugt, daß man den angestrebten **„sozialen Fortschritt mit Augenmaß"** unschwer für die nächsten fünfzehn Jahre berechnen zu können glaubte. War dies erreicht, mußte alles, was nicht quantifizierbar war, als theoretische Spinnerei ohne Realitätsbezug erscheinen.

Im Juni 1972 wurde der erste Entwurf eines Orientierungsrahmens vorgelegt. Die Autoren gingen davon aus, daß das reale Wirtschaftswachstum in den Jahren von 1975 bis 1985 jeweils bei fünf Prozent liegen werde. Erhöhte man zudem den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt von 28 auf 34 Prozent, dann ließen sich aus dem Zuwachs alle für notwendig gehaltenen inneren Reformen ohne tiefere Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsstruktur verwirklichen. Das Drängen der Lohnabhängigen auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, die Forderungen nach mehr Lebensqualität und Humanisierung der Arbeitswelt waren endlich im Diesseits der Marktwirtschaft untergebracht.

Kaum drei Jahre nach der Veröffentlichung des Entwurfs ist es um diesen reformistischen Planungsoptimismus so still geworden, daß schon die bloße Erwähnung vermieden wird. Dies nicht nur, weil das ökonomische Wachstum bis 1985 sehr viel geringer sein wird, als angenommen. Es beginnt sich auch die Einsicht durchzusetzen, daß gegen die Kapitalinteressen gerichtete Reformen auf Dauer ohne grundlegende Gesellschaftsveränderungen und eine darauf gerichtete Strategie der Arbeiterbewegung nicht durchzusetzen sind. Die Quantifizierung der Reformen war verlangt worden, um systemüberwindende Grundsatzforderungen einzudämmen. Sie erwies sich schnell als ein Maßstab, an dem sich die fehlende Reformierbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ablesen ließ und der deshalb schleunigst aus dem Verkehr gezogen werden mußte.

Wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Entwurfs hatte das Rechtskartell die Auflösung des Bundestages erzwungen. Der vorgezogene Wahlkampf führte zu einer seit langem nicht mehr gekannten Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und der . SPD. Der Klassenkampf von oben, der sich in der Wahlkampagne der CDU CSU unverhüllt bahnbrach, ließ die wirklichen Machtzentren dieser Gesellschaft und ihre Fortschrittsfeindlichkeit deutlicher als zuvor ins Bewußtsein treten.

Jetzt kritisierten viele Parteigliederungen, daß der Langzeitprogramm-Entwurf die ökonomische und politische Machtfrage ausgeklammert und auf strategische Aussagen über den Weg zu den angekündigten Reformen verzichtet hatte. Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke beschlossen mehrere hundert Änderungsanträge, die Jungsozialisten einigten sich auf ihrem Bundeskongreß im Frühjahr 1973, ein eigenes „analytisch-systematisches Alternativ-Konzept" zu erstellen.

Auf dem Hannoveraner Parteitag von 1973 setzte die SPD eine neue Langzeitprogramm-Kommission ein, der nun auch Vertreter des linken Parteiflügels und der Jungsozialisten angehörten. Der Parteitag faßte einen Rahmenbeschluß, der erheblich über den **„Auftrag von Saarbrücken"** hinausging: **„Ziel der Sozialdemokraten war und bleibt die Bändigung der Macht der Großwirtschaft und der Abbau der weit über das ökonomisch-materielle hinausgehenden Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten."** Die Kommission unter dem Vorsitz Peter von Oertzens erhielt den Auftrag, **„zu untersuchen..., wo das Privateigentum an Produktionsmitteln durch den überwiegenden Übergang an Manager... seine Verfügungsgewalt verloren hat und eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zweckmäßig ist".** Die Kommission sollte schließlich die Frage **klären, „welche der im Godesberger Programm bezeichneten. Vorrechte der herrschenden Klassen die Verwirklichung der Reformziele behindern, und auf welche Weise die Politisierung der öffentlichen Meinung dagegen erreicht werden kann."**

Der deutliche Fortschritt, den der **„Auftrag von Hannover"** für die Oberwindung prokapitalistischer Auslegung des Godesberger Programms darstellte, schuf einen neuen Maßstab, an dem künftig ein wachsender Rückhalt oder ein erneutes Zurückdrängen klassenbewußter Positionen in der SPD abzulesen war.

Als der zweite Entwurf in die Schlußberatung ging, waren Mobilisierung und Diskussionsbereitschaft in der Partei wieder gesunken. Die internationale Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems hatte auch die Bundesrepublik erfaßt. Jahrelang war man den demagogischen Angriffen der CDU/CSU mit der Formel entgegengetreten: „Lieber 5 Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit:' Jetzt ließ man beides zu, subventionierte die Unternehmer mit Milliarden, verzichtete auf Eingriffe in die ökonomische Machtstruktur und versuchte statt dessen, die Krise durch verbesserte Profiterwartungen zu „bewältigen".

Diese Entwicklung deprimierte jene Sozialdemokraten, die von der SPD eine grundlegende Erneuerung der westdeutschen Gesellschaft erwarten, und beflügelte jene, die das System der kapitalistischen Ausbeutung mildern (und im Ergebnis perfektionieren) wollen, anstatt es zu überwinden. Auch die Jungsozialisten blieben die Einlösung ihres Versprechens ein eigenes Konzept vorzulegen, schuldig und verwickelten sich unter Führung ihres Bundesvorstands in interne Macht- und Funktionskämpfe.

Anfang 1975 billigte der Parteivorstand den z. Entwurf eines Orientierungsrahmens. Gemessen am **„Auftrag von Hannover",** den die Kommission in wesentlichen Punkten beiseite geschoben hat, ist er ein weiteres Glied in der Kette rechtslastiger Interpretationen des Godesberger Programms.

Wohl kennzeichnet den z. Entwurf ein größeres Maß an Problembewußtsein. Doch immer dann, wenn es gilt, die Lösungsmöglichkeiten aus den Widersprüchen des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems aufzuzeigen, begnügt sich der Entwurf mit Verweisen auf die angeblich nicht genutzten Instrumente der vorhandenen staatlichen Wirtschaftsregulierung. An die Stelle der systemüberwindenden Stoßrichtung von Hannover tritt wieder einmal das Bekenntnis zu der im Kern unveränderten Marktwirtschaft. Kein Wunder, daß die Frage von Hannover, in welchen Bereichen denn **„eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zweckmäßig ist",** im ganzen Entwurf unbeantwortet bleibt.

In Hannover war man sich noch darüber einig, daß **„mehr Lebensqualität"** und eine **„wesentliche Steigerung öffentlicher Investitionen"** zu den unverzichtbaren Forderungen sozialdemokratischer Tagespolitik zählen. Der z. Entwurf konstatiert nun plötzlich, daß der **„Nachholbedarf an öffentlicher Infrastruktur"** zu einem guten Teil **„abgebaut"** sei: **„Von generell unzureichender Infrastrukturausstattung kann nicht mehr gesprochen werden."**

Solche Aussagen verkehren den **„Auftrag von Hannover"** in eine langfristige Strategie des Reformverzichts. Ein sozialdemokratisches Langzeitprogramm, das realistisch den Weg der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik weist, ist erst noch zu entwickeln. Der zweite Entwurf zum Orientierungsrahmen liefert hierfür wenig mehr als ein Hindernis.

Wachstum und Reformen

Eine der herrschenden Grundthesen der Diskussion bestand immer darin, daß **„Langfristige Reformpolitik angewiesen ist auf eine langfristige Einschätzung des zu erwartenden Sozialprodukts".** Der erste Entwurf eines Langzeitprogramms und die in ihm enthaltenen Quantifizierungen wurden im Hannoveraner Parteitagsbeschluß von 1973 dementsprechend als ein **„neuer Abschnitt in der Diskussion"** gefeiert: **„Er hat der politischen Diskussion durch Konkretisierung** und **Quantifizierung eine neue Qualität gegeben."**

Diese **„neue Qualität"** der Konkretisierung und Quantifizierung ist inzwischen aber an den Realitäten der kapitalistischen Entwicklung wie eine Seifenblase zerplatzt.

Der zweite Entwurf muß jetzt nämlich zugeben, daß die im ersten Entwurf prognostizierten Wachstumsraten völlig unrealistisch sind. Und hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung muß der zweite Entwurf zugestehen: **„Eine zuverlässige Projektion dieser durchschnittlichen Wachstumsrate ist aufgrund der in der Weltwirtschaft bestehenden Unsicherheit im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich."** Man werde Jedoch **„künftig zunächst mit einem geringeren Wachstum rechnen müssen".**

Die ursprünglich geforderte langfristige Vorausschätzung des Sozialprodukts ist also einer vagen Tendenzaussage gewichen. Es ist eben nach wie vor eine Illusion, daß sich der Kapitalismus stetig, krisenfrei, berechen- und planbar entwickelt. Die in der marxistischen Ökonomie zur. Entwicklung des Kapitalismus getroffenen

Aussagen

· ständiges Wiederkehren von krisenhaften Einbrüchen und

· internationale Ungleichzeitigkeit der Entwicklung

werden dagegen durch die Realität bestätigt. Der Kapitalismus erweist sich als nicht prognostizierbar und planbar im Hinblick auf die proklamierten wirtschaftspolitischen Ziele.

Dies wird so lange gelten, wie für die wirtschaftliche Entwicklung die Entscheidungen der privaten Unternehmer maßgeblich sind, die sich nicht an gesamtwirtschaftlicher Stabilität und Rationalität orientieren können, sondern nur am maximalen eigenen Profit. Und das führt notwendig immer wieder zu Fehlentwicklungen und Krisen.

Der Abschnitt **„Wachstum und Reformen"** beginnt zunächst mit einer progressiv anmutenden Kritik der überkommenen Wachstumskonzeption (der rein quantitativen Zunahme des Sozialprodukts). Er fordert demgegenüber einen neuen Wachstumsmaßstab, der durch **„Sozialindikatoren"** Aufschluß über die Steigerung der Lebensqualität als entscheidendem Kriterium gibt.

Diese **„kritische Hinterfragung"** des bisherigen Wachstumsprozesses stellt -allerdings keine antikapitalistische Kritik dar. Die ganze Argumentation verbleibt vielmehr völlig auf der Ebene fortgeschrittener bürgerlicher Wachstumstheoretiker; die eigentliche Ursache für die aufgetretenen Fehlentwicklungen des kapitalistischen Wachstumsprozesses - die Ausrichtung der Produktion am Profitprinzip -bleibt dagegen im Nebel.

Entgegen der Forderung des Hannoveraner Parteitags gibt es auch keine Konkretisierung relevanter Sozialindikatoren für das Wachstum, ebenso keine Prioritätensetzung. Es erfolgt nur der allgemeine Hinweis, daß hieran **„an vielen Stellen in der Welt gearbeitet"** wird. Der Begriff **„Lebensqualität"** bleibt aber ohne Konkretisierung und Prioritätensetzung eine unbrauchbare ideologische Leerformel, die zur Rechtfertigung aller und jeder Maßnahme geeignet ist und zu keinem konkreten reformpolitischen Handeln verpflichtet.

Dies ist um so bedenklicher, als die Diskussion um das **„qualitative Wachstum"** auch deutlich opportunistische Züge aufweist: In einer Situation, wo der Kapitalismus zu weiterem Wachstum aufgrund seiner historischen Begrenztheit und Krisenhaftigkeit nicht mehr wie bisher in der Lage ist, kapituliert sozialdemokratische Reformpolitik vor dieser **„Naturgesetzlichkeit"** und weicht auf ein neues Feld aus, ohne die Ursachen dieser Unfähigkeiten zu weiterem stabilen Wachstum aufzuzeigen und ohne zu versuchen, sie in den Griff zu bekommen.

Im übrigen bringt natürlich selbst die Konkretisierung der Ziele qualitativen Wachstums und die Erarbeitung funktionsfähiger Maßstäbe für sich genommen noch gar nichts. Denn dann stellt sich nach wie vor noch das Problem der Umsetzung dieser Ziele in Produktionsentscheidungen: Solange die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bei der privaten Wirtschaft liegt, wird diese sich für die aufgestellten Ziele qualitativen Wachstums nur insoweit erwärmen, wie sie der Erreichung des maximalen Profits förderlich sind.

Kernpunkt der Überlegungen des ersten Entwurfs war die Forderung nach „Ausweitung des öffentlichen Korridors", um mit. einem höheren Staatsanteil am Sozialprodukt mehr Lebensqualität durch Bereitstellung öffentlicher Güter herzustellen (Bildung, Gesundheit, Stadtentwicklung). Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt sollte von 28 Prozent (1970) auf ca. 34 Prozent (1985) erhöht werden. Der Hannoveraner Parteitag bekräftigte dies noch einmal.

Wer den zweiten OR-Entwurf liest, stellt fest, daß diese **„Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele"** aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung offensichtlich nicht mehr gegeben ist.

Die Argumentation lautet jetzt vielmehr so: Das zukünftige Wirtschaftswachstum wird geringer sein als erwartet; entsprechend wird auch der finanzielle Rahmen für staatliche Reformen und eine kontinuierliche Verbesserung des öffentlichen Leistungsangebots eingeengt. Insbesondere ist eine „überproportionale Steigerung der öffentlichen Investitionen auf absehbare Zeit nicht möglich".

Was 1973 noch **„Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele"** war, wird jetzt - keine zwei Jahre später - kühn als gar nicht notwendig erklärt.

Dieser Verzicht auf mehr Lebensqualität durch einen höheren Staatsanteil ist ein eklatanter programmatischer Rechtsruck, der mit zwei sehr fragwürdigen Argumenten gerechtfertigt wird:

· **„Der seit einigen Jahren zu beobachtende Geburtenrückgang führt zu einem erheblich verringerten Bevölkerungswachstum und infolgedessen auch zu einer langfristig verringerten Zunahme des Bedarfs an öffentlichen Gütern."**

· **„Der Nachholbedarf an öffentlicher Infrastruktur ist inzwischen teilweise abgebaut worden oder wird in absehbarer Zeit abgebaut werden."**

Erstens spielt die Rate des Bevölkerungszuwachses keine Rolle für die Relation zwischen öffentlichen und privaten Gütern (das heißt: für die Entwicklung des Staatsanteils). Zum zweiten ist gerade bis 1985 noch mit geburtenstarken Jahrgängen zu rechnen, die überproportionalen Infrastrukturbedarf verursachen (Berufs- und Hochschulausbildung). Im übrigen sind große Teile der Staatsausgaben unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung (Forschung, Rüstung usw.).

Das zweite - überraschende - Argument wird in dem Entwurf mit keinem Wort begründet. Dies ist um so unverständlicher, als Analysen führender westdeutscher Wirtschaftsforschungsinstitute stets ein langjähriges und krasses Zurückbleiben der öffentlichen Infrastrukturversorgung in der BRD festgestellt haben.

Der Eindruck, daß der zweite Entwurf einen programmatischen Verzicht auf die Erhöhung des Staatsanteils am Sozialprodukt leistet, wird noch verstärkt, wenn es an anderer Stelle über die Verbindlichkeit der Reformvorstellungen heißt: **„In welchem Umfang diese bis 1985 verwirklicht werden können, kann aber heute nicht gesagt werden. Der Zeitpunkt ihrer Verwirklichung hängt von vielen Faktoren ab, die gegenwärtig nur sehr begrenzt abgeschätzt werden können, besonders von der Entwicklung der Wirtschaft und der Finanzen."**

Das ist nun übrig geblieben von dem einstigen Anspruch, ein konkretisiertes und quantifiziertes Reformprogramm zu formulieren.

Wird schon das Ziel aufgegeben, den öffentlichen Anteil am Sozialprodukt zu erhöhen, so hätte man vielleicht doch erwarten können, daß innerhalb des Staatshaushaltes neue Prioritäten gesetzt werden. In der Tat sollen neue Prioritäten gesetzt werden, allerdings in einer Weise, die als **„Perspektive"** sozialdemokratischer Reformpolitik nicht minder alarmierend ist als die vorangegangenen Punkte.

„Höchste Priorität" hat danach die **„Stabilisierung des Anteils der Personalkosten an den gesamten Staatsausgaben".** (Der Rüstungsetat soll demgegenüber bis 1985 Jahr für Jahr proportional zu den Staatsausgaben insgesamt ansteigen.) Im Klartext kann das nur heißen: Die Konsolidierung der zerrütteten Staatsfinanzen wird in allererster Linie auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hergestellt werden. Sie sollen mehr arbeiten **(„Produktivitätsreserven ausschöpfen")** und gleichzeitig geringere Lohnforderungen stellen.

Berücksichtigt man weiter, daß auch alle übrigen Arbeitnehmer ihr Stabilitätsopfer bringen sollen, so kann man nur feststellen, daß die weitere Entfremdung zwischen sozialdemokratisch geführter Regierung und organisierter Arbeitnehmerschaft kaum noch klarer vorprogrammiert werden kann:

„Das angemessene Wachstum wird nur möglich sein, wenn wir in Zukunft den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung von unkontrollierbaren Störungen, insbesondere auch von Einbrüchen oder Übersteigerungen in der inländischen Nachfrage nach Konsumgütern, freihalten können. Dabei kommt den Tarifpartnern eine Schlüsselrolle zu."

Es ist schon einigermaßen zynisch, die inflationäre Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auf die zügellose Konsumgüternachfrage der Bevölkerung zurückzuführen und von den Gewerkschaften entsprechende lohnpolitische Zurückhaltung zu fordern, ohne gleichzeitig konkrete Maßnahmen einzuleiten, die sich auf die Bändigung der Macht der Großwirtschaft und der Monopolpreisbildung richten.

Aber dem Entwurf scheint eben kein Vorschlag zu unpopulär, wenn er nur dazu geeignet ist, die heilige Kuh des Systems die Investitionsneigung der Unternehmer - bei Laune zu halten: **„Für die mittel- bis langfristigen Wachstumsaussichten entscheidend ist die Entwicklung der gewerblichen Investitionen."** Gewerbliche Investitionen erfolgen bekanntlich nur dann, wenn die Profitaussichten gut genug sind. Und diese „Systemgrenze" will der Entwurf offenbar nicht ernsthaft überschreiten.

Ein letzter, sehr problematischer Punkt des Abschnitts „Wachstum und Reformen" handelt von der zukünftigen Finanzierung der **„laufenden Kosten von Gemeinschaftsleistungen":** sie sollen - **„soweit dies gesellschaftspolitisch und ökonomisch sinnvoll ist"** (was heißt das?) - **„vorrangig durch Gebühren und Abgaben"** aufgebracht werden.

Soll das heißen, daß auf breiter Basis wieder Schulgeld oder Krankenhausgebühren erhoben werden sollen oder daß die Nahverkehrstarife entsprechend den „Betriebskosten" ins Uferlose erhöht werden sollen?

Wohl kaum. Nimmt man jedoch entsprechende Passagen aus dem Abschnitt „Die Rolle des Staates" hinzu, so müssen sich die Bedenken verstärken. Dort fühlt man sich fatal an das Subsidiaritätsprinzip der CDU-Ideologie erinnert:

„Ohne gesellschaftliche Strukturreformen, die die Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft zur Selbstregulierung und zur Selbsthilfe stärken, droht uns **eine Entwicklung, in der wachsende, lähmende soziale Konflikte nur noch durch den Staat reguliert werden können, der zur Durchsetzung seiner Ziele eines wachsenden Apparates bedarf. Einem zunehmenden Versorgungsdenken** und **abnehmender Fähigkeit und Bereitschaft zu solidarischer Selbsthilfe stünde eine abnehmende Leistungsfähigkeit des Staatsapparates gegenüber. Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik kann deshalb nicht die ‚Verstaatlichung` der Gesellschaft bedeuten."**

Investitionslenkung

Trotz ihres durch nichts gerechtfertigten Glaubens an die Überlegenheit des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems machen die Verfasser des Orientierungsrahmens '85 auch einige Ausführungen über ein Instrument vermeintlich sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, das sie in Anknüpfung an die seit mehreren Jahren geführte Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei **„Investitionslenkung"** nennen. In Wirklichkeit aber verdrehen sie Ausgangspunkt und Begriff der Investitionslenkung so, daß es überhaupt nicht mehr um die Formulierung eines zu schaffenden Mittels, sondern nur noch um die progressiv klingende Beschreibung bestehender Zustände geht.

Ausgangspunkt aller früheren Diskussionen war die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen eines Systems, das auf profitorientierten Entscheidungen einzelner Unternehmen beruht. Unter Verkehrung dieses Ausgangspunkts wird im vorgelegten Entwurf versucht, die **„freie Unternehmerinitiative"** zur obersten Richtschnur aus der Investitionslenkung zu erklären.

Jedem, der sich an früheren Diskussionen beteiligt hat, war die Zielrichtung investitionslenkender Maßnahmen klar: die Vermeidung einzelwirtschaftlicher Entscheidungen, die zu untragbaren gesellschaftlichen Konsequenzen führen. Demgegenüber wird im OR '85 so getan, als seien die Probleme noch gar nicht entdeckt, als sei der Gegner nicht die Profitorientierung des Kapitals, sondern die Planungsunfähigkeit des Staates. Nur so läßt sich denn auch erklären, daß **„Unsicherheiten der Diagnose und der Prognose"** für die **„Überforderung" öffentli**cher Planungsträger verantwortlich gemacht werden - während jeder Hinweis auf die beschränkten Durchsetzungsmöglichkeiten von Mehrheitsinteressen gegen die rechtlich und politisch, vor allem aber ökonomisch stärker abgesicherten Kapitalinteressen fehlt.

Alle bisherigen Diskussionen gingen um zusätzliche Instrumente der Wirtschaftspolitik. Dagegen verweisen die Verfasser des OR '85 selbst im Bereich der (tendenziell unerwünschten) direkten Formen der Investitionslenkung auf bereits praktizierte Beispiele aus dem Baurecht, und sagen: **„solche Instrumente gibt es schon".** Mit anderen Worten: nur keine Experimente - Adenauer als Ghostwriter eines sozialdemokratischen Programms.

Daß es die im OR '85 beschriebenen Maßnahmen der direkten und der indirekten Investitionslenkung tatsächlich seit langem gibt, spricht leider weniger für den vermeintlichen Realismus der Verfasser als vielmehr für ihre verdrehte Auffassung der bisherigen Diskussionen - wenn nämlich die vorhandenen Instrumente der Wirtschaftspolitik und der Investitionslenkung zur Erfüllung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ausgereicht hätten, wäre die Diskussion um die Investitionslenkung nie entstanden.

Selbst bei der Forderung nach einem Infrastrukturkonzept und nach einem Bundesentwicklungsplan bleiben die Verfasser dem vermeintlich „bewährten" Konzept kapitalistischer Wirtschaftsplanung treu. Es bleibt nach ihren Vorstellungen **„dem Markt"** (also jedem einzelnen Unternehmer) **„überlassen, was er besser leisten kann als staatliche Planung"** - gerade diejenigen also, deren Entscheidungen zu beeinflussen Ziel aller investitionslenkender Maßnahmen sein sollte, behalten die ausschlaggebende letzte Entscheidung.

Damit gerät das Konzept des OR '85 in das alte Dilemma der Wirtschaftspolitik, gesellschaftliche Ziele nur über den Anreiz privaten Profits durchsetzen zu können -und damit genau denjenigen Mechanismus fortwährend fördern zu müssen, der viele Korrekturmaßnahmen überhaupt erst erforderlich macht. Das Ergebnis derartiger Wirtschaftspolitik ist letztlich die totale Privatisierung der Profite und die vollständige Sozialisierung der Verluste. An diesem Sachverhalt ändern auch verschwommene Vorstellungen von einem **„gewandelten Rentabilitätsbegriff"** nichts, der sich nicht durchsetzen läßt, und auch nicht öffentliche Unternehmen, denen entweder staatliche Auflagen zu Verlusten verhelfen oder die spätestens durch die Konkurrenz privater Unternehmen zu einzelkapitalistischem Verhalten gezwungen werden.

Damit bleibt die Forderung nach einem Konzept der Investitionslenkung bestehen, das die Erfüllung gesellschaftlich vorgegebener Ziele notfalls auch gegen die Interessen einzelner Unternehmen oder diejenigen aller Unternehmen der Bundesrepublik ermöglicht. Die Schwächen einer auf indirekte Maßnahmen angewiesenen Politik sind - gerade angesichts der Erfahrungen mit den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Konjunkturbelebungsversuche - allzu offensichtlich; ein praktikables Konzept der Investitionslenkung kann sich deshalb im wesentlichen nur auf Maßnahmen direkter Investitionslenkung stützen.

Es kann nicht Aufgabe einer kritischen Stellungnahme zum OR '85 sein, alternative Konzeptionen der Investitionslenkung im Detail vorzustellen und zu diskutieren; dennoch müssen einige wesentliche Grundzüge angesprochen werden, die für alle zur Zeit diskutierten Konzepte Beurteilungsmaßstab sein können.

In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Deshalb muß sich im demokratischen Staat jede Macht, auch die privater Kapitaleigentümer, öffentlicher Kontrolle fügen; das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. Aus diesen Einsichten wird eine öffentliche Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen unmittelbar abgeleitet; diese Kontrolle kann sich zunächst auf besonders wichtige Entscheidungen beschränken. Investitionsentscheidungen beeinflussen die zukünftige Zahl und die Art von Arbeitsplätzen, sie entscheiden über Art und Zahl der herstellbaren Produkte, und sie haben in aller Regel Auswirkungen auf die weiteren Lebensbedingungen der Betroffenen. Kontrolle ohne die Möglichkeit der Beeinflussung ist sinnlos; konkret kann öffentliche Kontrolle also nur gesellschaftliche Bestimmung unternehmerischer Entscheidungen bedeuten. **„Investitionslenkung"** ist also der Versuch, gesellschaftliche Interessen wenigstens bei den strukturentscheidenden Investitionsmaßnahmen privater Unternehmen durchzusetzen.

Gesellschaftliche Interessen sind vielfältig und gegensätzlich; sie sind in zahlreichen Institutionen organisiert. Bei der Frage, wessen Interessen bei der Investitionslenkung zu berücksichtigen sind, gibt es nur eine demokratische Antwort: die

Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, und zwar unter Wahrung der Rechte von Minderheiten.

Vergesellschaftung

Investitionslenkung kann also nicht auf indirekte Maßnahmen beschränkt bleiben. Auch direkte Investitionsverbote und Auflagen reichen nicht: Sie können zwar gesellschaftlich unerwünschte Investitionen verhindern, jedoch keine gesellschaftlich vordringlichen Investitionen erzwingen. Investitionslenkung muß deshalb auch Investitionsgebote einschließen.

Investitionsgebote des Staates oder anderer Institutionen könnten wiederum mit finanziellen Kompensationen verknüpft werden - dies widerspräche allerdings dem Ziel, mit öffentlichen Mitteln ein Maximum an gesellschaftlicher Zielerreichung sicherzustellen. Investitionsgebote ohne finanzielle Kompensation aber verwehren dem einzelnen Unternehmen nicht nur die Entscheidung über seine weitere Zukunft, sondern bürden ihm auch ein von ihm ausdrücklich abgelehntes und von ihm nicht zu beeinflussendes Risiko auf. Dieses Risiko aber ist für ein privatwirtschaftliches Unternehmen nicht tragbar.

Es ist deshalb nicht ideologische Verbohrtheit, sondern einfache betriebswirtschaftliche Vernunft, wenn daraus die Notwendigkeit der Vergesellschaftung aller Bereiche der Wirtschaft abgeleitet wird, in denen Investitionsgebote einerseits notwendig sind, andererseits aber von den betroffenen Unternehmen als ohne finanzielle Kompensationen nicht durchführbar bezeichnet werden.

Schon jetzt werden weite Bereiche der Wirtschaft durch öffentliche Mittel unterhalten; die betroffenen Unternehmen haben die öffentlichen Mittel dabei in der Regel nur aufgrund des Nachweises erlangt, daß sie aus eigener Kraft zu überleben nicht imstande sind. Die Überführung dieser Unternehmen in Gemeineigentum kann deshalb bei der Mehrheit der einsichtigen Bürger nur auf Zustimmung stoßen.

Das gleiche gilt für die Banken: Investitionsgebote verlangen auch nach klaren Regelungen der jeweiligen Finanzierungsmöglichkeiten. Die Banken und Kreditinstitute können aber zur Hergabe von Krediten ebensowenig gezwungen werden wie Industrieunternehmen zu unprofitablen Investitionen - auch hier also ist mit der Notwendigkeit der Vergesellschaftung zu rechnen. Insoweit geht der OR '85 in diesem Punkt ebenfalls an den Problemen vorbei, wenn die Auffassung vertreten wird, eine Neuordnung des Bankensektors unter Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Struktur werde ausreichen.

Der politische Nutzen der Vergesellschaftung wird im OR '85 an einer Stelle auch überraschend deutlich anerkannt:

„Die Mitbestimmung im Unternehmen sowie darüber hinaus das Gemeineigentum an Unternehmen - wenn nach den Kriterien des **Grundsatzprogramms „zweckmäßig und notwendig" -, können jedoch das Problem einer vernünftigen Koordinierung** und **Lenkung der Volkswirtschaft vereinfachen. Außerdem kann durch diese Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftseinheiten** ein **gewandelter Rentabilitätsbegriff als Erfolgskriterium wirksam werden. Hierdurch kann das Verhalten der einzelnen Wirtschaftseinheiten leichter und ohne ein Übermaß an Geboten und Verboten mit dem Interesse an einer vernünftigen Abstimmung der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung in Übereinstimmung gebracht werden."**

Doch es bleibt bei dieser einen Stelle. Ansonsten wird Vergesellschaftung mit Ausweichmanövern und Platitüden abqualifiziert. Dabei schlägt die Argumentation einen bemerkenswerten Kreis:

Das Godesberger Programm sagt: **„Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig."** Der Hannoveraner Parteitag beauftragte die Langzeit-Kommission, zu untersuchen, wo das konkret der Fall ist. Und die OR-Verfasser sagen: **„Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung** ... **(Godesberger Programm)."** Das war wohl nichts.

Ärger als diese Schwanzbeiß-Komödie ist jedoch die platte Argumentation, mit der die OR-Autoren die Forderung nach Vergesellschaftung „problematisieren":

„Wir dürfen aber nicht der Selbsttäuschung erliegen, daß mit der bloßen Überführung bestimmter Unternehmen oder Unternehmensbereiche in **Gemeineigentum die Fragen einer dem gesamtgesellschaftlichen Interesse dienenden Politik gelöst würden. Durch Änderung des Eigentumstitels wird an dem Problem der mangelnden Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und autonomen Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten nichts geändert."**

Es ist unbegreiflich, wie hier versucht wird, zum tausendsten Mal die Forderung der sozialdemokratischen Linken nach demokratischem Gemeineigentum mit der Gleichsetzung von Vergesellschaftung und bloßer Verstaatlichung zu entwerten. Am erreichten Diskussionsstand in der SPD geht das völlig vorbei.

Noch weiter nach rechts rückt der OR '85, wenn es heißt, daß die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum nur **„im Einzelfall ein notwendiges Mittel zur Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Interessen"** sein könne. Das ist rechts von Godesberg und völlig unakzeptabel. Denn die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie, die ja auch eine zentrale Forderung der Gewerkschaftsbewegung ist, ist mit dem Godesberger Programm und seinen Aussagen zu Eigentum und Macht voll vereinbar.

Angesichts dieses Orientierungsrahmens bleibt es die Aufgabe der sozialdemokratischen Linken, die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Entwicklung einer demokratischen Planung offensiv deutlich zu machen. Vergesellschaftung heißt, daß die strukturbestimmenden Großunternehmen der BRD in staatliches Eigentum überführt und durch neue, demokratisch legitimierte Organe geleitet werden. Demokratische Planung heißt, daß mit dem Profitprinzip als Ziel der Produktion gebrochen wird und die Bedürfnisse der Mehrheit des Volkes zum Maßstab werden.

Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien bricht die Macht des Groß-Kapitals, seine reaktionären wirtschaftlichen und politischen Ziele durchzusetzen. Sie schafft die Voraussetzung für die stetige Entwicklung der Produktivkräfte, für die Vermeidung von Konjunktur- und Strukturkrisen. Zusammen mit der demokratischen Planung gibt sie der Mehrheit der Bevölkerung die ökonomischen Machtmittel in die Hand, ihr Interesse an einer Steigerung der Qualität des Lebens, ihr Interesse an mehr Demokratie umfassend zu verwirklichen.

Konkret 07/75, S. 39

Ralf Thenior

Mythos Sankt Pauli

Freitagabend. Lohntütenball. Aus dem schmierigen Schacht der U-Bahnstation St. Pauli strömen die Massen über den Millerntorplatz auf die Reeperbahn. An der Ampel pöbelt sich eine Horde besoffener Rocker, Bierflaschen in der Hand, mit einer Gastarbeitergang in zerknitterten Anzügen. Beide Parteien mit der Wut von einer Woche Dreckarbeit im Bauch. In einer windgeschützten Ecke brabbeln Penner über einer Wermutflasche. This right to the Raperbahn? Vom Millerntor einmal lang durch bis zum Nobistor, die Glitzerlichter der „heißen Meile". Dieser Film ist so scharf„ daß wir Ihnen den Titel nicht verraten dürfen.

Im Schein der zuckenden Neonreklamen flanieren Kaufleute, Ausländer, Arbeiter, Touristen, Gammler, Prominente und Namenlose, taxiert von den aufmerksamen Augen der „Anreißer" vor den Stripläden und Sex-Shows. Eine junge Frau in Sonntagskleidung hängt sich fester bei ihrem Mann ein, drängt sich etwas näher in ihn und sagt in rheinischem Dialekt, bleib bloß in meiner Nähe. Zwei Franzosen in eleganten Anzügen auf den Spuren von Edith Piafs „C'est à Hambourg". Es geschieht in Hamburg. Am Eingang einer Rouletthalle gestikulieren drei Japaner. Drinnen hat sich eine Traube von Neugierigen um den Spieltisch gesammelt. Paß auf Macker, sonst gibt das heiße Ohrn! Ein Besoffener kämpft am Gehsteigrand mit seiner Rostbratwurst.

Der sichere Blick eines Portiers heftet sich an den Skatklub aus den Vororten. Er versucht die Kunden auf die Männlich-Verschwörerische zu kobern. Hier mal reinschauen, meine Herren. Wir präsentieren Ihnen hier heute eine außergewöhnliche Darbietung. Ein sanfter Druck dirigiert einen der Unentschlossenen in Richtung Eingang. Hier heute bei uns, superscharf, extrem und makaber... Neu stop.

Die Menge strömt weiter. Über den Köpfen zittern ein paar Fasanenfedern an Jägerhüten aus dem „Zillertal". Aus den offenen Türen der Lokale, Stripläden, Sex-Shows dröhnen die Hits des Monats, „La paloma blanca" und „Shame, shame, shame."

St. Pauli. Im Milieujargon kurz, der Kiez.

St. Pauli hat 32 000 Einwohner, 2 500 registrierte und etwa die gleiche Zahl nichtregistrierte Prostituierte, 500 Lokale und Amüsement für jeden Geschmack, alles auf einer Fläche von zweieinhalb Quadratkilometern.

St. Pauli hat einen Ruf. Das Paris des Nordens.

In Selbstdarstellungen auch: das heißeste Vergnügungsviertel der Welt. Klappern gehört zum Handwerk.

Hamburgs bekanntestes Stadtviertel, Arbeitsplatz von Nutten, Zuhältern, Animierdamen, Dealern, großen und kleinen Ganoven, ist im Laufe der Zeit zu einem schillernden Mythos geworden. Betuliche Idylle á la St.-Pauli-Theater, Endziel aller Matrosen in unzähligen Seemannsliedern, das eine Extrem, Brutstätte von Laster und Verbrechen, das andere. Dazwischen liegen Schichten von Vorurteilen und Klischees, die einen klaren Blick auf den Gegenstand fast unmöglich machen. Und Vergnügungsindustrie und Sensationspresse sind fleißig dabei, an diesem Mythos weiterzuweben. Mit den Heimweh-nach-St.-Pauli-Tränen fließen die Tantiemen, ein Gewaltverbrechen in diesem Milieu als Aufmacher ist allemal ein kassenträchtiger Verkaufsschlager.

Mit St. Pauli hat das allerdings sehr viel weniger zu tun als mit den Emotionen und Vorurteilen eines unaufgeklärten, verklemmten Publikums. Zwar erscheinen in der liberalen Presse gelegentlich auch einmal die authentischen Lebensläufe von Nutten und Zuhältern. Aber als Beweis wofür? Auch hier geht es letztlich darum, einer neugierigen Leserschaft die Möglichkeit zu verschaffen, verständnisvoll und erregt den Werdegang eines „Außenseiters der Gesellschaft" zu verfolgen. Doch das Wort „Außenseiter" ist schon Verschleierung und Beschönigung zugleich, denn es suggeriert eine „gute" Innenseite.

Im schummrigen Kontakthof des Eros-Centers laufen „Are you lonesome tonight?" von Elvis und eine Orchesterversion des Clou-Rag gleichzeitig. Auf den Holzwänden, die man hochgezogen hat, um möglichst viele Ecken auf die paar Quadratmeter zu bringen, naive Milieudarstellungen: zwei pralle Mädchen mit knackigen Busen greifen einem tattrigen Förster in die Lederhose etc. Hier, im Schaufenster des Puffs, beginnt die Arbeit der Mädchen. Viele von ihnen tragen nur einen Slip, dazu dünne Blusen, Nylons und kniehohe Knautschlackstiefel.

Um sie herum: Vertreter, Gastarbeiter, Familienväter, Provinzler, Männer, die sich für fünfzig Mark einen Stoß kaufen wollen. Jeder Freier ist nicht mehr wert als ein Schein und einmal wischen mit dem feuchten Tuch. Hart, aber ehrlich.

Folgende Szene ließe sich dagegenhalten. Schlafzimmer in der Neubauwohnung eines Hamburger Vororts. Die frischgebackene Ehefrau, Hochzeit in Weiß, kirchliche Trauung, große Feier, liegt wach im Bett und ekelt sich vor ihrem Mann. Besoffen, mit geröteten Augen nach Kneipe stinkend, kommt er über die Bettumrandung gestolpert, um sein Recht auf ehelichen Beischlaf geltend zu machen.

Die St.-Pauli-Nutte, die keinen Bock hat, sich mit einem Besoffenen abzulabern, hat es in einem solchen Fall erheblich leichter, dem Freier klarzumachen,' daß nichts läuft. Auf dem Kiez werden keine Sprüche geklopft, von wegen Gott, Moral, Recht und dergleichen. Hier sagt niemand, was man tut, und was man nicht tut. Die Sache ist klar und einfach. „Willst was? O. k. 'n Fünfziger."

Das Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft zu den Hauptakteuren auf der St.-Pauli-Szene, zu Nutte und Zuhälter, ist hochgradig affektgeladen. So kommt es, daß die Darstellung dieser beiden immer wieder zur Karikatur gerät: Irma la douce, die kreischende Altnutte, der brutale Schläger, der kriminelle Sexprotz.

Während die Nutte in der öffentlichen Darstellung aber gelegentlich noch eine sentimentale Verklärung á la „Lili Marleen" erfährt, ihre Existenz damit wenigstens teilweise akzeptiert wird, ist der Typus des Zuhälters von vornherein ausschließlich negativ besetzt. Grund dafür ist. die ambivalente Haltung, die der Bürger zum Loddl, zum Zuhälter, einnimmt. Einerseits haßt er ihn als Nichtstuer, als Ausbeuter von Frauen, als jemand, der die heilige Verpflichtung zur Monogamie verächtlich macht, gleichzeitig und andererseits beneidet er ihn, weil er sich all das gönnt, was der Bürger sich sein Leben lang versagt: faulenzen und mit vielen Frauen schlafen.

Diese wechselseitig sich aufladende Mischung aus Neid und Haß entzündet sich an einer Vorstellung vom Zuhälter, die ebenfalls den Charakter der Legende trägt, die erst einmal auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen wäre: der Zuhälter sei ein sexueller Supermann, der sich die Frauen durch seine Bettkünste gefügig macht, und sie zwingt, für ihn zu arbeiten. Der sexuelle Leistungszwang der patriarchalischen Gesellschaft hat sicherlich einen entscheidenden Anteil an der Beharrlichkeit dieser Vorstellung. Die Frustrationen des Bürgers aus der ständigen Angst, zu versagen, die Frustrationen aus der beklemmenden, herrschenden Moral ventilieren sich in der Aggression gegen den, der beiden scheinbar nicht unterliegt. Nicht zufällig wird die Zuhälterei (wohlgemerkt, nur die von Männern betriebene) in allen partriarchalischen Gesellschaften mit ungleich viel härteren Strafen belegt als die Prostitution selbst.

So sagen die Verniedlichungen und Verteufelungen der Kiez-Akteure im Grunde genommen wenig über die aus, die sie eigentlich meinen. Viel eher läßt sich daran der Zustand der Gesellschaft ablesen, die sie hervorbringt. Um sich selbst nicht in Frage stellen zu müssen, schminkt die bürgerliche Ideologie die Gesichter all jener zu Fratzen, die eigentlich nichts anderes tun, als offen mit der doppelten Moral Geschäfte zu machen.

Szene in einer Bierschwemme. Eine Kneipe für Penner und Säufer. Hier ist man unter sich, hier kommen keine Touristen. In dem verqualmten Raum kriechen die Gäste in der Wärme des Alkohols näher zusammen. Die Wahrnehmung der meisten ist auf den Radius der Flaschenhalsöffnung zusammengeschrumpft. Der Barmann hinterm Tresen, Ex-Boxer mit Bierbauch, aber immer noch gut in Form, hat die Situation fest im Griff. Es gibt nur Flaschenbier. Sein Abrechnungssystem ist einfach. Die Kronenkorken werden auf ein schmieriges Tablett geworfen. Wenn das Tablett voll ist, kommen sie in die große Kiste.

Der Barmann ist anerkannte Autorität. Trinkst ein' mit? Eine von den vielen Nullen, die durch die Gegend laufen und nur auf eine Gelegenheit warten, ihre Geschichte abzuspulen. Der Barmann grinst, macht sich ein Bier auf. Dann starrt er in die Luft und nickt, während der Spender labert. Noch bevor der Mann die Kneipe verlassen hat, hat er das halbe Bier weggeschüttet, dem nächsten zugegrinst, eine neue Flasche für sich aufgemacht.

In St. Pauli dreht sich, offener als anderswo, alles um das Geld. Selbst Zuhören kostet einen Heiermann.

Es geht um die „schnelle Mark". Aber ebenso schnell wie die Mark gemacht wird, kommt sie auch wieder in den Umlauf. Die wenigsten der Nutten und Zuhälter haben Sparkonten. Meistens wird der Verdienst einer Nacht gleich nach der Arbeit auf den Kopf gehauen: gut essen, saufen, spielen (Spieleinsätze von 1 000, 2 000 Mark sind keine Seltenheit). Wer Geld in der Tasche hat, ist Fürst. Und wer Fürst ist auf dem Kiez, der ist großzügig. Mag sein, daß es aus Aberglauben kommt, mag sein, daß der schnelle Wechsel von vollen und leeren Taschen das Bewußtsein für den anderen Zustand wachhält. Da fällt jedenfalls immer etwas ab für den, der nichts hat, und die Trinkgelder sind so hoch, daß der bürgerliche Kiezbesucher vor Neid erblassen könnte.

Die Statussymbole des Kiez sind auf allen Stufen der Hierarchie von nackter Direktheit: der Goldzahn, die goldene Uhr, der Herrenring mit Stein, der Straßenkreuzer, tausend Perücken. Die Grellheit der Farbe hat Signalcharakter; man ist wer. Der Normalbürger ist leicht bereit, den schrägen Schick der Nutten und Zuhälter herablassend zu belächeln.

Aber was tut er schließlich anderes, wenn er in seinem Vorortbungalow keine Gardinen an die Glaswände seines Wohnzimmers anbringt, damit alle Passanten Gelegenheit haben, seine Wohnkultur zu bewundern. Und der, der jeden Sonntag hingebungsvoll an seinem Wagen wienert, hat eigentlich auch wenig Grund, sich über den cremetörtchenfarbenen Schlitten des Zuhälters lustig zumachen.

St. Pauli ist keine andere Welt. Hier wird nur klarer gesagt, was läuft, worauf es ankommt.

Szene in einer Zuhälterkneipe. Der Typ in der Tresenecke ist noch in Stimmung vom Boxen. Ringplatz, 200 Mark. Mit seinen langen, strähnigen Haaren unter dem Jeanshut wirkt er wie ein Altgammler: Backenbart, Jeansjacke, Tshirt, Kettchen mit Anhänger. Seine Aufmachung täuscht. Er ist zwar keine ganz große Nummer, aber auch keiner von den kleinen Ganoven, die dem Kunden das Wechselgeld von ihrer rechten in ihre linke Hand vorzählen, und die Scherben dann so geschickt zurückgeben, daß ein Heiermann zwischen den Fingern klebenbleibt.

Er hat einen eigenen Laden und drei Frauen laufen. Er grüßt, wird gegrüßt, gibt Biere aus. Hier, komm, hast ne Mark. Drück ma' „La Aaloma blanca" und „Shame, shame, shame".

Ein schlanker Junge kommt rein, den Fingernagel des kleinen Fingers der rechten Hand rot lackiert. Er ist zwanzig, geht auf den Strich und wird seit längerem gesucht. Totschlag, Ausbruch aus der Jugendstrafanstalt. Er hat seinen Vater aus dem vierten Stock geworfen, weil der seine neunjährige Schwester taubstumm geprügelt und seine dreijährige Schwester gegen die Wand geklatscht hatte.

Als er draußen war, wußte er nicht wohin. Geh rüber, hatte der mit dem Jeanshut gesagt, kannst erstmal bei mir pennen, fressen und saufen soviel du willst.

Die ständige Konfrontation mit dem Gesetz, mit der Polizei, zwingt die Kiezbewohner zur Solidarität. Der zwanzigjährige Strichjunge hätte, selbst wenn er legal entlassen worden wäre, als „Totschläger" kaum eine Chance, in der bürgerlichen Gesellschaft Fuß zu fassen. Eine Wand von Mißtrauen und Feindseligkeit hätte es ihm unmöglich gemacht, aus seiner Isolation herauszukommen. Auf St. Pauli findet er Kontakt, Verständnis und das bißchen menschliche Wärme, das er braucht, um seine Selbstachtung nicht zu verlieren. Er weiß, daß er auf dem Kiez sicher ist, daß er von niemandem etwas zu befürchten hat, außer von der Polizei. Und hier gehört es zum Ehrenkodex, keinen bei der „Schmiere" zu verpfeifen. Wenn einer „link" gewesen ist, irgendeine der ungeschriebenen Kiezregeln gebrochen hat, dann macht man das unter sich ab. Es gibt zwar keine stehenden Rollkommandos für die Selbstjustiz, aber im Notfall sind schnell ein paar Leute zusammengetrommelt. und „denn wird das bereinigt". Ohne den Zusammenhalt, die Solidarität nach außen und die ungeschriebenen Gesetze zur Regelung der internen Beziehungen, wäre St. Pauk, so wie es ist, gar nicht möglich. Bräche dieses System zusammen, säße eine Hälfte der Kiez-Leute im Gefängnis und die andere wäre auf der Flucht.

St. Pauk also; Sündenpfuhl und Sumpf des Lasters und Verbrechens. Sicher, die Geschäftsgebaren, die auf dem Kiez gang und gäbe sind, mögen nicht immer mit den Buchstaben des Strafgesetzbuches übereinstimmen. Aber genau betrachtet sind sie letztlich Kapitalismus im Klartext.

Die Macht hat auch hier, wer das meiste Geld hat.

Diese Hierarchie ist Spiegelbild der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft. Auch auf dem Kiez können sich die graumelierten Herren erlauben, Kultur zu zeigen und der angesoffenen Spielerin an ihrem Roulettisch freundlich zuzulächeln. Die Dreckarbeit, sie rauszuschmeißen, wenn sie verloren hat und anfängt zu randalieren, müssen, wie überall, die kleinen Nummern erledigen. Die Ideologie, die das St.-Pauli-System in Bewegung hält, ist aus den gleichen trüben Quellen gespeist, aus denen die hiesigen Rechten ihre Sprüche schöpfen. Etwa: Rivalität bringe unsere Wirtschaft weiter als Parität.

Sicher hat das white-collar-crime keine rüden St.-Pauli-Methoden nötig, es kann sich erlauben, subtiler vorzugehen und hat, verständlicherweise, weniger Öffentlichkeit.

Aber das Prinzip ist das gleiche. Natürlich, denn es geht um das gleiche. Und je leichter sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Verbrechen bei „Randgruppen" und „Außenseitern" richten läßt, desto besser kann man „innen" im Trüben fischen. Der Mythos „St. Pauli" ist ein Abwehrmechanismus, um Verbrechen, Laster, Brutalität und die Auswüchse der bürgerlichen Doppelmoral in ein Getto zu verweisen. Er hat die Funktion, die Illusion aufrechtzuerhalten, es sei alles in Ordnung. Aber kriminelle Delikte werden nicht außerhalb der Gesellschaft verübt, sie entstehen erst aus der Art ihrer Organisation. Und jede Gesellschaft ist so gut wie das Verbrechen, gegen das sie sich zu schützen sucht.

Ich spiel' gerne. Skat, Rommee, Canasta, Backgammon, Scrabble. Und Flippern natürlich. Und Tischfußball. Und Pokern. Münzen schieben. Alles, was spannend ist. Auch Baccara. Doch das wollte ich mir eigentlich abgewöhnen.

Jetzt haben sie in Hittfeld, eine halbe Autostunde vor Hamburg, ein Spielcasino aufgemacht. Mit meinem Freund Micha fahr' ich hin. Ich hätte das Spielcasino glatt verpaßt - ein trostloser Kasten, rangerückt an ein Bauernhaus a. D. . . Stiefmütterchen glotzen aus allen Fenstern.

Fünf Mark Eintritt pro Nase nach Registrierung der Paßdaten. Jeder Spieler kann ohne Begründung ausgeschlossen werden. Das unterschreibt er selbst auf der Eintrittskarte. So sichern sich die Casinos gegen eventuelle Dauergewinner ab.

War ich dankbar, rein zu dürfen! Trotz dünnem Schlabberanzug und nicht gekämmt. In Travemünde hab' ich mich mal lauthals erst mit dem Reinlasser, dann mit dem Oberboß angelegt. Wir waren zu dritt da. Peter, Pressefotograf, hatte zu lange Locken fürs Casino. Kuno, Knacki auf Knast-Urlaub, wurde wegen kurzer, glatter Haare und Krawatte als bürgerlich identifiziert und unter tiefen Verbeugungen reingelassen. Es war ihm etwas peinlich, mit uns gesehen zu werden.

Einen Schlips kann man überall beim Portier für eine Mark mieten. Zum Kranklachen, mit welch absurden Bedingungen erwachsene Leute sich abfinden. Gesellschaftsfähig durch einen Streifen bammelnden Stoff um den Hals. Fürs Casino eher zum Gesundlachen. Mark um Mark.

Trotz Unverschämtheiten und totaler Sterilität hat das Travemündener Casino eine Jahreseinnahme von 30 Millionen Mark. Hittfeld, um einiges freundlicher, wird vielleicht einen noch besseren Schnitt machen, weil dort auch Unordentliche verlieren dürfen. In den 13 großen Stammhäusern des großen Spiels verdient der Staat mit. Er kassiert 8087 Prozent des Gewinns. In Bayern, dank Verstaatlichung, sogar 100 Prozent. In den 13 deutschen Spielbanken wurde 1974 ein Gesamtgewinn von 180 Millionen Mark verbucht und versteuert. Da waren also 6 000 Millionen Mark - sechs Milliarden - im Spiel.

Micha wechselt tausend Mark an der Kasse in Jetons um. Gibt mir einhundert ab. Ist das gerecht? „Wenn wir rausgehen, haben wir ja wieder gleich viel."

Rings um ein Gedrängel von Spielern. Dünne Lippen. Blutlose Lippen. Fast keine Lippen. Jetzt sehe ich mir alle nur noch auf Lippen an. Viele vertrocknete Damen im kleinen Cocktaildreß mit der einfachen Perlenkette, die wenigstens nachmittags was erleben wollen.

„Hör' dir mal die blöden Sprüche der Croupiers an. Da schnallst du ab", sagt Micha. Ich sehe mir den zu meiner Linken an. Schön. Dunkelbärtig. Glutäugig. Hänge ein Ohr rein. Wie Peitschenhiebe: „Herr Kollege", „da bleibt mir ja der Vortrag im Hals stecken", „gnädige Frau, alles zu seiner Zeit. Ich kann nicht zwei Sachen auf einmal." Ein drohendes „Madame, geben Sie dem Kollegen die zehn Mark zurück!" Englische Paare streiten sich oft, indem sie sich „darling" zuzischen.

Masochistische Selbstbestrafung. Spielen, um zu verlieren. Sich ganz bewußt Bedingungen aussetzen, die zum Verlust führen müssen. Sich freuen und geschmeichelt sein, daß sie sich in den von ihrem Geld bezahlten und geheizten Räumen aufhalten dürfen.

Die Blasiertheit der Croupiers wird mit einem guten Trinkgeld entlohnt. „Der Herr hat wohl noch nie davon gehört?" pöbelt ein Croupier. Schmerzensgeld bei Verlust bleibt aus.

Ich setze dauernd auf 11 und 22. Meine Glückszahlen. Behaupte ich stur. Obwohl sie mir noch nie Glück gebracht haben. Alles futsch. Na so was. Mein Freund gewinnt 800 Mark auf einen Schlag. Das ist schön! Aber er spielt weiter. Höher und höher.

„Ich möchte mich dir gern anschließen." „Nee", sagt Micha mit ersterbender Stimme. Na ja. Schon gewinnt er 600 Mark. Ist danach nicht mehr ansprechbar.

Ich unterhalte mich eben mit dem Schönling über seine Arbeitsbedingungen. Der Gast finanziert direkt das Gehalt des Croupiers. Durch Trinkgelder. „Wir verdienen 2000,- bis 7000 Mark im Monat. Aber versprechen Sie sich nicht zuviel davon. Heute ist es ein Genuß. Aber im letzten Monat hatte ich 350 Arbeitsstunden. 15 am Tag."

„Gibt es Leute, die mit Gewinn nach Hause gehen?"

Hübsch lächelnd: „Ja. Gewiß. Die kommen dann am nächsten Tag wieder."

Ich frage, was man als Croupier alles so einsacken kann. Jetons klauen? Oder Geld?

„Das geht nicht", lacht er. Die Taschen der Croupiers sind zugenäht. Und die Hosen haben keinen Aufschlag, damit niemand in Versuchung kommt. Und jeder paßt auf jeden auf. Schade!

Roulette ist totlangweilig, wenn man immer nur verliert. Aber auch sonst. Nirgends darf man die Kugel selbst rollen. Zur Passivität verdammt.

Da fallen mir Leute ein, die geschickter waren als ich. Die Maschinenfehler zu nutzen wußten. Wie Benno Eitel Winkel zum Beispiel. Der ließ tagelang acht Personen die Permanenzen (die gefallenen Zahlen) beobachten. Er gewann ein Vermögen.

Abgenutzte Apparate und Maschinenfehler sind die einzige Gewinn-Garantie. Doch die Banken schützen sich: Jedes Rad wird täglich justiert. Kessel (schwarzer Ring) und Zylinder der Roulette-Maschine werden nach bestimmtem Plan gewechselt. Auch Mathematiker mit Computern als Helfer erreichen nichts. Grundirrtum aller - sie glauben an das Gesetz der großen Zahl. Denkfehler. Rotserie zieht nicht automatisch Schwarzserie nach sich.

Für Amateure gilt: Die Kunst des Gewinnens ist die Kunst des rechtzeitig Aufhörens. Mit festem Gewinn- und Verlustziel hingehen. Dann abhauen.

Ich gehe von Tisch zu Tisch. Verschiedene Minimum-Einsätze. Zwei, fünf und zehn Mark. Es gibt welche, die rutschen die Skala rauf oder runter. Es wird gerechnet, systematisiert. Jeder schreibt.

Ein Perser spielt an mehreren Tischen gleichzeitig. Rast hin und her und sagt überall ernst: „Für die Angestellten" 20, 40, 60 Mark pro Mal. Ach, wäre ich hier gerne Angestellte. Oder Perser. Man könnte auch gewinnen, ohne zu spielen. „Schäfchen machen". Nicht abgeholte Gewinne klauen. Aber der Perser paßt auf und bewegt sich wie auf Rollschuhen von Tisch zu Tisch.

„Lohnt nicht. Nur vorübergehend", sagt ein junger Experte mit Bart bis zur Brust, der meinen Jibber wohl mitkriegt. Dann will er mit mir eine Firma gründen. „Ich brauche ein Mädchen mit 'ner Sparbüchse in der Handtasche. Mit Schlitz für Scheine. Schlüssel zu Hause lassen. Ich kenne aber noch kein Mädchen dafür. War wieder viel zu nervös heute. Komme immer zu früh. Gewinne viel. Spiele aber weiter. Wenn es heißt, wir machen zu, hab' ich Glück. Ich müßte erst eine Stunde vor Schluß kommen."

Dann: „Hast du nichts unter dem Anzug an?" „Nein". „Tust du das gern, die Männer aufregen?" „Nur vereinzelt". „Du regst aber alle auf, so wie du rumläufst."

Ich frage den Perser: „Sind Sie nicht nervös?" „Ich?? Niemals!" Endlich lächelte er.

Da ist Horst. Denk, das ist ein Kollege. Dabei kenn ich auch ihn nur vom Zocken. Er sagt plötzlich gierig: „Siehst ja mal wieder toll aus heute. Daddel mal. Faß' mal an die Hose." Er rettet sich wie der Bärtige in Sex-Gequatsche. Wenn sie alles verspielt haben, dann kriegen sie plötzlich Augen für das Nächstbeste. Frauen entdeckt man erst, wenn sonst nichts mehr läuft.

„Ich bin fest", hört man da und dort. Das heißt: Ich habe verloren. Im schlimmsten Fall so viel, daß ich nicht mehr weiterspielen kann.

Da liegt ein Zweier-Chip. Der elegante Horst: „Mönsch, Pfoten weg! Faß' keinen Zweier an! Das bringt die Seuche" (durch Verlust-Bakterien). Der Perser verliert jetzt an beiden Tischen. Er kann also noch ernster aussehen. Der Bärtige nickt triumphierend.

Ich setze mich zwischen den Croupier und einen Japaner an den Zehn-Mark-Tisch. Da häuft sich ein Vermögen. Mitgebracht oder gewonnen?

Verbittert hockt ein hagerer Greis hinter seinen Tausender-Haufen. Nach jeder Runde gibt ein relativ fröhlicher Rentner 60 Mark „für die Angestellten". Monoton: „Für die Aaangestellten". Opa steckt immer neue Tausender in die Jackettasche. Sparmaßnahme.

Der Spieler - ungeheurer Geiz auf allen anderen Gebieten. Nehmen niemanden auf in ihr Spiel. Da verhungert einer, der verloren hat, am ausgestreckten Arm. Kriegt nichts ab zum Weiterspielen. Ein Laster, das nicht verbindet. Im Gegensatz zu Alkohol, Hasch und harten Drogen. Wo man teilt. Für Mitmacher sorgt. Spieler sind immer Gegner.

Während ich auf Micha wartete, der immer noch gekonnt sieben, acht oder mehr Jetons gleichzeitig setzte, denke ich an die Hinterstraßen-Spielhallen hinterm Hamburger Hauptbahnhof, auf St. Georg. Halb oder ganz illegale Dinger. Keine Statistik registriert die Umsätze der verbotenen Glückspiele in den Hinterzimmern der Vergnügungsviertel. Hier ist keine Krawatte Pflicht.

Klein, verqualmt, fahles Licht, aber mit mehr Spannung als die bahnhofsklo-kalten großen Etablissements. Alles ist direkter, unmißverständlicher. Wenn was schief geht, schlägt die relative Freundlichkeit binnen Sekunden in Haßausbrüche um. Was da im Laufe einer Spielnacht gepöbelt wird, gedroht wird und wie zwischendurch mal ein Kopf vehement gegen die Heizungsrillen geknallt wird . . . Keiner darf gehen. Zuckersüß, mit Engelszungen und sanftem Griff zwingt man ihn zu einer allerletzten Kugel. Neuer Anfang.

Peter wurde einmal fast erwürgt. Weil er bluffte. Ohne ausreichend Geld die Bank hielt, in der Hoffnung zu gewinnen. Eine verschworene Gemeinschaft. Man kennt sich. Das heißt, man kennt nur das, was während des Spiels zum Vorschein kommt. Name und Berufe interessieren nicht. Man kriegt auch so allerlei mit. Trotz der Rauchschwaden und der eigenen Aufregung.

Die vielen Gastarbeiter, die ihr Erschuftetes dort im Kugeldrehen loswerden. Sie dürfen nur deutsch sprechen. Damit sie ihren Landsleuten nichts stecken können. Sie haben nichts anderes, was Spannung in ihre Freizeit bringt.

Die Zuhälter. Die einzig Schnieken unter den Spielern in St. Georg. Wenn die zwischendurch „fest" sind oder „mause", wie man hier lieber sagt, gehen sie nur kurz raus und kassieren ab. Nach wenigen Minuten sind sie wieder da, schwenken lässig die neuen Lappen.

Damit man nicht auf die dumme Idee kommt, mit seinem Gewinn nach Hause zu gehen, nur weil man Hunger hat, gibt es dort alles fast zum Selbstkostenpreis. Und mütterliche Worte. „Na, mien Lütten, soll ich dir mal 'n ganz starken Kaffee machen, daß du wieder auf die Beine kommst?" „Oder 'n starken Cognac? Tut dir doch gut." Oder: „Wie wärs mit 'n paar schönen Scheiben Brot mit dick Butter drauf? Schön belegt. Oder mit 'n paar Würstchen dazu? Bring ich dir alles ran."

Das wird dann am Roulette-Tisch damit keine Pausen entstehen, gegessen und getrunken.

Daß um ihr Haushaltsgeld oder die Miete besorgte Frauen ihren Männern an den Baccara-Tisch nachlaufen, ist selten. Die wissen alle, daß Zetern, Weinen, Kosen und Locken einen Spieler nicht zum Aufhören bringen. Scheißspiel.

Ich wußte es auch. Zog es aber vor, meinen Freund Peter Tag und Nacht ins verqualmte Tivoli zu begleiten, wenn er Honorare und elterliche Schecks verspielte. Ich wollte nicht nur die Armut, sondern auch die Spannung mit ihm teilen.

Peter brachte mir meine Familie wieder näher. Fragte einer früher: „Was ist dein Vater von Beruf?", sagte ich stolz: „Spieler." Ich hielt ihn sogar für äußerst erfolgreich, weil er einmal mit einer riesigen Preis-Skat-Gans über der Schulter strahlend nach Hause kam. Doch Pokern war sein eigentlicher Beruf. Und da hörte er nie auf, bevor alles weg war. Unermüdlich, fleißig und wenn es drei Tage dauerte.

Mein Bruder nicht anders. So lange ich ihn kenne, wollte er seine Habe immer verdoppeln. In verschwiegenen Londoner Spielclubs. Bis er alles los war. Ich spiele second-hand, erlebe das Spiel eines anderen mit allen Sinnen mit. Ohne Geld, an dem es mir immer fehlt.

Micha holt mich raus. Es stimmt: Wir haben gleichgezogen. Beide keinen Pfennig mehr. Auf dem Weg nach Hamburg zeige ich ihm die Justizpresseliste:

Freitag, 30. 5. 75, 12.40 Uhr, AG, 201 b, Erschleichen von Leistungen: Dem Bankangestellten M. (29 J.), wird vorgeworfen im August 1974 Fünf-Pence-Münzen im Gegenwert von ca. 50 Mark aus Großbritannien mitgebracht und diese bis Dezember 1974 als 1-DM-Münzen in Spielautomaten geworfen zu haben."

1973 haben diese Groschen-Gräber, auch einarmige Banditen genannt, 200 Millionen Mark eingenommen. Unsere Gerichte haben Sorgen!

Konkret 07/75, S. 43

Peter Hamm

Elitär oder revolutionär?

„La Cubana - ein Stück Musiktheater von Hans Werner Henze und Hans Magnus Enzensberger: Kein Fall für Kulturzertrümmerer und Kulturverteidiger

In Münchens Theater am Gärtnerplatz fand in den letzten Mai-Tagen die Uraufführung eines neuen Werkes von Hans Werner Henze statt: „La Cubana - oder ein Leben für die Kunst", Vaudeville in fünf Tableaus von Hans Magnus Enzensberger, nach Motiven des kubanischen Autors Miguel Barnet. Inhalt: Rachel, einst die gefeierte Music-Hall-Sängerin „La Cubana", erinnert sich als Achtzigjährige 1959, am Vorabend der Kubanischen Revolution, in ihrer mit lauter Flitterkram angefüllten Wohnung in Havanna an die Höhepunkte ihrer Laufbahn. Auf einer Bühne auf der Bühne wird in Rückblenden ein „Leben nur für die Kunst" nachgestellt, für das die Jahre des Kampfes der Schwarzen gegen die spanischen Unterdrücker, die Jahre einer korrumpierten Republik oder die der Battista-Diktatur nie existiert haben und vor dem auch die Castro-Revolution kaum mehr als eine Episode sein wird. Es ist eine sehr schäbige, billige Form von Kunst, aber auch eine sehr vitale, zähe, die dieser authentische Anachronismus Rachel (sie lebt wahrscheinlich noch heute in Havanna) verkörpert. „Schwer zu sagen, was ihre Kraft ihre Zählebigkeit ausmacht", schreibt Enzensberger in einer Anmerkung zu seinem Libretto, „vielleicht hängt es sogar mit ihrer Anrüchigkeit zusammen. Jedenfalls scheint es uns bald, als wäre sie eine bloße Parasitin die nichts begreift, bald wiederum soll sie uns gefallen, und dann könnte es so aussehen, als brauchten wir sie. Also ist es die Widersprüchlichkeit der Figur, auf die es den Autoren ankommt, als wollten sie sagen: So einfach, wie die Bilderstürmer und die Kunstliebhaber es meinen, ist es mit der seltsamen Arbeit, die diese Dame vor unsern Augen ausführt, nicht bestellt."

Die Zweideutigkeit der Musik, sei sie nun *hoher* oder *niederer* Art, ihre politische Unzuverlässigkeit, die nicht erst Settembrini in Thomas Manns „Doktor Faustus" beklagte, sondern schon die Kirchenväter, aber auch die Revolutionäre dieses Jahrhunderts (man denke nur an Lenins Ausspruch über Beethoven!), sind also das eigentliche Thema von „La Cubana", und Henze hat diese Zweideutigkeit kompositorisch permanent hervorgehoben durch Anspielung, Zitat, Parodie, die alle freilich wiederum nur als Darstellung bzw. Kritik dieser Zweideutigkeit wirken, wenn man sie als Anspielung, Zitat und Parodie auch zu erkennen in der Lage ist. Also eine Sache für Kenner? Henze: *„La Cubana* ist (nichts als) ein Vaudeville, und die Musik dazu ist kein Beitrag zum Problem der Arbeitermusik, sie ist unter einem bestimmten Blickwinkel ‚elitär` (cum grano salis)."

Elitär, das Wort, das Henze so oft entgegengeschleudert wurde (und zwar von links wie von rechts), seit er sich zum erstenmal als Sozialist bekannt hat, elitär, das schreckliche Stichwort ist gefallen, sogar vom Komponisten selbst. Danach scheint es sinnvoller, ein wenig über diesen Vorwurf, diese Selbstbezichtigung (wenn es denn eine ist) nachzudenken, als sich an eine Kritik der Münchener Aufführung zu machen, die schon deshalb wenig sinnvoll wäre, weil diese Aufführung inszenatorisch (Regie: Imo Moszkowicz) skandalös die Intentionen von „La Cubana" ignorierte und sich mit ganz dummem Vergnügen an eben jenem Vordergründig-Flittrigen festmachte, das doch dialektisch durchschaubar erst hätte werden sollen. (Soweit Kritiken dieser Uraufführung, die in Wahrheit erst noch nachgeholt werden muß, erschienen sind, entsprechen sie bezeichnenderweise stets der ideologischen Position der Blätter, für die sie geschrieben wurden: Also FAZ empörte, höhnische Ablehnung, FR respektvoll und auch ein bißchen skeptisch, SZ liberal aufgeklärt, d. h. politisch wertfrei, nur „die Sache der Kunst allein" im Auge . . .)

„Ich kenne mich betreffenden Ehrgeiz nicht mehr; ich .schreibe meine Musik nicht mehr, um mir und ein paar Freunden zu gefallen, sondern um dem Sozialismus zu helfen."

(H. W. Henze, 1971)

Ist von Musik und Sozialismus die Rede und von Musikern, die sich nicht länger mit Tucholskys bösem Wort „wegen schlechter Witterung fand die deutsche Revolution in der Musik statt" abfinden wollen, Musikern, die Musik nicht länger als Rauschmittel benützen wollen, sondern als Waffe, Waffe im Klassenkampf, so muß als ihr Prophet natürlich Hanns Eisler genannt werden, der sich in den zwanziger Jahren aus der Schönberg-Schule löste (ohne allerdings je Schönberg und das, was er bei ihm gelernt hatte, zu verleugnen) und sich mit der revolutionären Arbeiterbewegung verband. Zwei Prämissen stellte Eisler auf für revolutionäres Komponieren: Anknüpfen am *Schlechten Neuen* statt am Guten Alten (also Einbeziehung und Umfunktionierung der Trivialmusik, wie das auch Kurt Weill schon in „Mahagonny" und anderen Werken versucht hatte) und die Verbindung mit dem Wort, dem revolutionär gerichteten Wort. Nach Tucholsky, Mehring und Weinert fand Eisler in Brecht den dringend benötigten kongenialen Wortproduzenten. Diese Konstellation Eisler-Brecht wiederholt sich jetzt scheinbar noch einmal in der Verbindung Henze-Enzensberger (die ja schon einige Werke zusammen erarbeitet haben), in Wahrheit jedoch hat sich die Situation grundlegend verändert.

Zwei Schnappschüsse dafür: Als ich vor einigen Jahren einen Film über Hanns Eisler machte, erhielt ich aus der DDR als sogenanntes „Klammermaterial" (in der DDR drehen durfte ich nicht, nicht einmal Eislers Haus) ein paar Filmmeter, auf denen Ernst Busch zu sehen war, der einem Publikum, das vorwiegend aus älteren Herren und Damen sowie Hanns Eisler selbst bestand, Eislers „Einheitsfrontlied" vorsang; zu dem Refrain: „Reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront, weil du auch ein Arbeiter bist!", machte Ernst Busch große einladende Gesten Richtung Publikum, wo garantiert aber kein Arbeiter war. Die Szene - sie war bei einer Geburtstagsveranstaltung für Eisler in der Akademie der Künste aufgenommen - war *schrecklich komisch.*

Ein paar Monate später hörte ich in West-Berlin denselben Refrain. Er klang genauso schrecklich komisch, denn diesmal sangen ihn Studenten für Studenten, wieder war kein einziger Arbeiter zugegen, geschweige denn irgendeine Art von Einheitsfront in Sicht, nur lauter intellektuelle Einzelkämpfer.

Eisler und Brecht arbeiteten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren für eine organisierte Arbeiterbewegung, es gab Arbeiterchöre und- orchester, es gab Arbeiter-Zeitschriften wie die „Rote Fahne" mit riesigen Auflagen (für die Eisler Kritiken, im Ton ausdrücklich an die Arbeiter addressiert, schrieb), es gab sogar die Marxistische Arbeiterschule, an der Eisler unterrichtete. Nach 1933, in der Emigration, gab es den gemeinsamen antifaschistischen Kampf, der ideologische Differenzen weitgehend unwichtig erscheinen ließ, und nach 1945 gab es dann die gemeinsame Beteiligung am Aufbau des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden. Die elende Entwicklung der DDR konnten Eisler und Brecht zwar noch finster ahnen - Brecht: „Den Haien entrann ich, die Tiger erlegte ich, aufgefressen wurde ich von den Wanzen"! -, aber das Schlimmste ersparte ihnen doch ein relativ früher Tod, nämlich den Verzicht auf jede revolutionäre Perspektive in diesem importierten Sozialismus und das, nach dem Vorbild des großen Bruders SU, hilflos dem Kapitalismus Hinterherrennen (Havemann hat es gerade im „Spiegel" beschrieben am Beispiel der Autoindustrie).

Auch im musikalischen Bereich unterscheidet sich heute die DDR nicht grundsätzlich von der BRD. Ein konventioneller Opern- und Konzertbetrieb hier wie dort, ein Radio, aus dem derselbe unerträgliche „Schneckenschleim" (Eisler) quillt wie aus unserem, eine Schallplattenserie, die sich „Nova" nennt, wo aber neben Werken Eislers oder Dessaus abscheulicher Schund wie die DDR-Operette „In Frisco ist der Teufel los" erscheint, und dann - das allerdings im Gegensatz zu hier - Komponisten, die sich *volksnah* anbiedern (nicht etwa dem Volk, sondern den Kulturfunktionären) und längst Eislers Ausspruch vergessen haben, wonach „die *volksnahe* Dekadenz gefährlicher (ist) als die *volksfremde"!*

Weder in der BRD noch in der DDR könnte heute jedenfalls ein Komponist ernsthaft behaupten, er schreibe fürs Proletariat - oder gar, das Proletariat bekunde irgendein Interesse an seinen Hervorbringungen. Paul Dessau oder Siegfried Matthus sind da, auch wenn sie es vielleicht nicht zugeben wollen, in keiner anderen Situation als Schnebel oder Henze: Arbeiter haben an ihren Kompositionen mit Sicherheit noch nicht einmal so viel Interesse wie es irgendein halbaufgeklärter Feudalherrscher seinerzeit den Produkten seiner Herren Hofkompositeurs entgegenbrachte. Und auch in Italien, wo es eine kämpferische Arbeiterklasse gibt, sieht die lieber Television und honoriert dem Luigi Nono nicht, wie er glaubt, seine Kompositionen, sondern nur die Tatsache, daß er von ihnen behauptet, sie wären fürs Proletariat komponiert und sie in Betrieben diskutiert.

Was also tun? Hat man es als Komponist, der heute für die sozialistische Revolution arbeiten will, tatsächlich doch immer wieder nur mit diesem Bildungsbürgertum zu tun (dem man selbst entstammt), das aus Prestigegründen, Gewohnheit oder auch aus echtem Interesse an der Musik, aber nur an Musik, an sonst nichts (Eisler: „Wer nur von Musik etwas versteht, versteht auch davon nichts"!), die teuren Opern- und Konzertkarten kauft? Ist Musik also bestenfalls doch bloß, wie Adorno so propagierte, „die ästhetische Manifestation dessen, was die große Philosophie mit dem Namen der positiven Negation bedachte", d. h. l'art pour Part als vermeintlich „vorweggenommene Freiheit" und deshalb Widerspruch zum schlechten Bestehenden?

Das sind theoretische Fragen. „Ich nehme an, daß man nichts denken kann, nichts sagen und nichts tun kann, was nicht auf eigenen sinnlichen Erfahrungen beruht; jedenfalls gilt das für mich", sagt Henze. Und weiter: „Der Prozeß meiner politischen Bewußtwerdung ist nicht von theoretischen Erwägungen eingeleitet worden, sondern unlösbar verbunden mit den Umständen meines Lebens." Zu diesen Umständen gehörten natürlich die Kuba-Aufenthalte, die sowohl er wie Enzensberger absolvierten, Begegnungen mit einer realen Revolution, wie Brecht und Eisler sie nie gehabt hatten (die emigrierten wohlweislich in die USA statt in die UdSSR, wo sie wahrscheinlich umgekommen wären), Begegnungen, die alles andere als durchweg erfreulich waren und doch befeuernd wirkten,, vor allem aber den Blick für die Widersprüche des revolutionären Prozesses schärften und allen sträflichen Optimismus löschten (nicht zufällig kreisen alle Werke, die Henze und Enzensberger bisher gemeinsam erarbeiteten, um das Problem Kuba).

Und zu diesen Umständen gehörte immer auch die Homosexualität Henzes (Henze: „Mein musikalisches Verhalten ist determiniert vom Trauma, das die bestehende Gesellschaft Menschen meiner Kategorie bereitet hat und noch bereitet mit ihrer *repressiven Toleranz").* Das Gefühl, zu einer verachteten Minderheit zu gehören, Außenseiter zu sein, schärfte sicher Henzes Blick für andere Minderheiten, andere Außenseiter, machte ihn nicht nur mißtrauisch gegen die bürgerliche repressive Toleranz, sondern auch gegen die Intoleranz der Revolutionäre (in Kuba wird Homosexualität verfolgt). Nun ist freilich Homosexualität in der bürgerlichen Gesellschaft längst keine ernsthafte Provokation mehr, so wenig wie es eine Provokation ist, wenn man den ästhetischen Regelkanon der Bourgeoisie verletzt, indem man bürgerliche Kunsterrungenschaft parodiert.

Die Provokation selbst ist keine Provokation mehr. Brechts Meinung, wonach das Proletariat die Kultur nur „in demselben Zustand wie die Produktion" übernehmen könne, „nämlich in zerstörtem Zustand", ist zwar noch nicht wirklich widerlegt, aber äußerst fraglich ist zumindest geworden, ob sich der Künstler, der heute in dieser für die Welt für morgen zu arbeiten sich vorgenommen hat, an dieser Zerstörung beteiligen soll, ob er nicht der Revolution als Konservativer - als Sammelnder, Bewahrender - mehr nützt. „Es scheint mir wichtig, daß man auf dem Weg zum Sozialismus die Kultur in ihrer ganz verfeinerten Form mitnimmt", sagte Henze. Das entspricht dem, was Eisler in seinen letzten Jahren dachte und worauf er insistierte, daß es nämlich „keine Zurücknahme" der bürgerlichen Kultur geben könne und dürfe, daß auch noch ihre kompliziertesten Verfeinerungen fürs Proletariat gerettet werden müßten. (Eisler: „Als die Russen bei Stalingrad die Faschisten schlugen, haben wir [Eisler und Brecht] uns noch für die Beistriche bei Shakespeare in der Quartoausgabe interessiert. Das sind keine Gegensätze, sondern Entsprechungen. Und die Schlachten wurden geschlagen, damit die Beistriche festgestellt werden können.")

Es ist interessant, zu beobachten, daß Henze heute vor allem deshalb Haß und Spott auf sich zieht - und zwar wieder von links wie von rechts -, weil er sich nicht an der allgemeinen Zerstörungsarbeit beteiligt, sondern seine Mittel immer mehr verfeinert, vereinfacht, weil er es wagt, *.schön zu schreiben* (Brecht: „Nicht beschönigen, aber verschönern!`). Aber auch da kommt ihm Eisler wieder zu Hilfe, der gesagt hat: *Ich lese Brecht nicht weil er Marxist ist - da lese ich Marx -, sondern weil er schön ist. Soll*te Schönheit die letzte Provokation sein? Die ihm seine schöne Musik noch nachzusehen bereit wären, verzeihen Henze aber doch nicht, daß er es offensichtlich auch wagt, gut und schön zu leben; die selbst in Villen wohnen, finden es skandalös, daß „so einer" auch Villenbesitzer ist; die anderen von der Abteilung linke Rechtschaffenheit betrachten ihn ebenfalls voll Abscheu (Eislers und Brechts amerikanische Villen und DDR-Privilegien scheinen längst verschmerzt) oder bestenfalls besorgt. Als müsse einer, der für Abschaffung der Armut arbeitet, selbst arm sein (auf einem anderen Blatt steht, daß Henze die mageren Jahre auch erlebt hat!). Dabei sind wir in unseren Breiten, egal wie gerade unsere Einkommen aussehen, alle nicht wirklich arm, wir sind Bewohner der reichen Welt. Und wenn schon Aufrechnungen und scheinheilige Vergleiche, dann, bitte sehr, sollen doch die armen verhungerten Inder aus unserem linken Kulturbetrieb, die anklagen könnten, einmal vortreten! Es gibt sie nicht. Was es allerdings gibt, das sind Berufsverbote, Radikalenerlaß, Beschnüffelungen. Aber wer will behaupten, daß die Bourgeoisie nicht schon morgen auch einen Henze oder Enzensberger boykottieren kann?

1968, nach der verhinderten Uraufführung des Henze-Oratoriums „Floß der Medusa" in Hamburg, wo sich Fischer-Dieskau und der RIAS-Chor geweigert hatten, unter einer roten Fahne der APO zu singen, sah es lange so aus, als brächte Henze keinen Ton mehr über unsere lieben freien Anstalten des öffentlichen Rechts - und auch aus den Konzertprogrammen war er plötzlich so verschwunden wie der Genosse Luigi Nono (der es übrigens auch wagt, „schön" zu schreiben und schön im schönen Venedig zu leben). Daß heute sowohl Nono wie Henze (Nono sogar in den geheiligten Hallen der Scala) wieder erklingen dürfen, kann nur bedeuten, daß die Bourgeoisie sich momentan ziemlich sicher fühlt und in einer „postrevolutionären Situation" wähnt, dürfte aber doch niemand darüber hinwegtäuschen, daß Henze und Nono und Enzensberger ihre Herkunftsklasse inzwischen gründlich durchschaut haben (auch wenn sie nicht einfach aus ihr „austreten" können) und für die Arbeiterklasse arbeiten. Daß sie es als Bürger tun, macht gerade ihre Bedeutung aus, wie es auch Eislers und Brechts Bedeutung ausmachte, daß sie sich fürs Proletariat als Boten aus der Welt der bürgerlichen Kultur zur Verfügung stellten, und vormachten, wie deren wichtigste Errungenschaften - umfunktioniert oder nicht -zu benützen sind.

Und hier schließt sich der Kreis zur eben uraufgeführten „La Cubana" und dem, was Enzensberger dazu gesagt hat: Bald scheint es, als wären die Henze und Enzensberger bloß Parasiten, dann wieder, als bräuchten wir sie. Die Sache ist auf jeden Fall nicht so einfach wie Kulturzertrümmerer und Kulturverteidiger es meinen, sondern bleibt widersprüchlich, nur für Dialektiker begreifbar.

Konkret 07/75, S. 46

Burkhard Mauer

Dr. Mackie Messer

Am 1. Juli feiert der Suhrkamp-Verlag sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. In die Flut der Glückwünsche an den Verleger Siegfried Unseld will KONKRET auch einen Strauß - werfen. Der westberliner Dramaturg Burkhard Mauer hat ein paar Anmerkungen zu Unselds Geschäftsgebaren hineingeflochten

Der Suhrkamp Verlag hat einen guten Namen. Er steht außerdem im Ruf einer gewissen Geschäftstüchtigkeit. Was kann sich ein geschäftlich unerfahrener Literat Besseres von seinem Interessenvertreter wünschen? Außerdem wird der Frankfurter Westend-Verlag überglänzt von dem Gerücht, daß Schweizer Interessenten -jeder Schweizer ein Tresor - an seinen Fäden ziehn.

Hier wird, merkt man immer wieder, Literatur nicht meterweise in Halbleder ausgestoßen, sondern in makellos zurückhaltender Gestaltung *vorgelegt.* Suhrkamp *legt vor* mit der dezenten Grandezza eines tschechischen Oberkellners im Pariser Ritz. Die Manieren sind fein. Niemand würde beim Suhrkamp-Stehempfang sein Brötchen schmatzen. Aber vielleicht wird es bald einigen im Hals steckenbleiben.

Der Verlag, durch Tradition und Autoren einer der wichtigen deutschen Theaterverlage, hat bekanntlich ein eigenes Tourneeunternehmen gegründet. Er hat darauf verzichtet, ein eigenes Theatergebärde zu kaufen; dessen kostspieligen Unterhalt will man der öffentlichen Hand nicht nehmen. Aber er nimmt aus öffentlichen Häusern Aufführungen, die nach verlagseigenen Stücken entstanden sind, um sie von dort aus auf die Reise zu schicken. Wogegen ja nichts zu sagen ist. Die Aufführungen müssen irgendwohin. Neue Spielorte hat Suhrkamp nicht gefunden; sie sollen in andere, von öffentlichen Mitteln vorgeheizte Häuser gehen. Damit möglichst viele Häuser bereitstehen, werden kurzerhand Stückrechte für die Dauer einer Suhrkamp-Tournee gesperrt. Nicht fein, aber legal; es gibt Schlimmeres im Frankfurter Westend.

Man muß die Leute an der richtigen Stelle packen, wenn man ihr Geld will, belehrt Peachum in der „Dreigroschenoper" (Suhrkamp Verlag). Ein guter Rat; man kann ihn nützen; Künstler schätzen Bücher; warum soll ein Verlag, der genug Bücher hat, nicht seinen Künstlern anbieten, ihnen statt Geld Bücher zu geben?

Suhrkamp bot Mitwirkenden der Bernhard-Tournee Die Macht der Gewohnheit" an, statt Gage Bücher zu 500/o des Ladenpreises zu beziehen.

Edition Suhrkamp kostet sechs Mark. Fünfzig Prozent macht drei Mark. Da die Buchhändlerspanne normalerweise bis zu fünfzig Prozent beträgt, hätte der Verlag also den Tourneemitwirkenden nicht nur nichts geschenkt - lediglich die Buchhändler wären umgangen gewesen -sondern den üblichen kalkulierten Gewinn von ihnen eingesackt. Da läßt man Leute für sich arbeiten, weil man an ihnen verdienen will, und an dem, was sie als Arbeitserlös bekommen, will man noch einmal verdienen. Manchestertum, sagte man früher.

Vollends Wild-Westend wird die Sache, wenn kurz nach Ablehnung aller Beteiligten, sich mit Suhrkamp-Naturalien abfinden zu lassen, eben diese Naturalien zum Zweck ökonomischer Lagerhaltung zum Preis von fünfzig Pfennig an den Buchhandel verramscht werden. Soviel Cleverneß aufeinander ist eigentlich nur noch schlichte Dummheit. Die Gemeinheit der Welt ist groß (wieder Peachum, „Dreigroschenoper", Suhrkamp Verlag).

Da wir gerade bei Brecht sind: frühere Usancen sind ja geradezu „white collar": da kaufte man sich beispielsweise einen Brechtband. Etwas später erschien ein neuer Text, kombiniert mit einem alten. Den mußte man zum zweitenmal kaufen. Nachdem alle Kombinationsmöglichkeiten ausgeschöpft waren, erschien schließlich eine Gesamtausgabe, mit einigen ganz neuen Texten, und um die zu haben, mußte man alles, was man bereits ein-, zwei- oder dreimal hatte, noch einmal kaufen. Was ist dagegen zu sagen? Dr. Mackie Messer liest die Bibel; es ist durchaus möglich, mit zwei Broten und fünf Fischen 5000 zu speisen (oder einen 5000mal!).

Da wir gerade beim Tafeln sind: seit ich gelesen habe, daß Asbest zu den im Wein- erlaubten Stoffen gehört, bin ich tolerant geworden. Ich habe zwar gestaunt, aber immerhin sagen die Weinproduzenten es verschämt. Allerdings gibt es Gesetze. Und wenn Wein völlig aus Pottasche besteht, wird .nach einem Nahrungsmittel-Kodex der Alchemist bestraft.

Gibt es keinen Verlags-Kodex?

Konkret 07/75, S. 48

Hartmut Schulze

Ganz unten

„Was ist das kollektive Schicksal, die kollektive Biographie von Menschen in der Bundesrepublik, deren individuelles Schicksal der Zwang zur gleichgeschlechtlichen Objektwahl ist?" Antwort auf diese Frage geben Reimut Reiche und Martin Dannecker in dem Fischer-Paperback „Der gewöhnliche Homosexuelle" (19 Mark), die, so der Hamburger Sexualwissenschaftler Gunter Schmidt, „bislang zuverlässigste und wissenschaftlich wichtigste Arbeit auf diesem Gebiet in Europa". Wichtig nicht nur für die Schwulen selbst, denn Schuld an deren Misere ist „in erster Linie der aus tiefer Homosexualitäts-Angst rührende Homosexuellen-Haß der heterosexuellen Majorität"

„Du Schwuler!" - das ist der verletzendste Schimpf, den sich schon Achtjährige auf dem Schulhof antun. Wer „Schwulenwitze" erzählt - sie können noch so abgeschmackt, noch so abgehangen sein - hat alle Lacher stets auf seiner Seite. Am lautesten lachen die Schwulen selbst. Ein leicht erklärliches Phänomen, und man muß nicht erst Freuds Abhandlung über den Witz und seine Beziehung zum Unbewußten gelesen haben, um hierbei auf verdrängte homosexuelle Wünsche oder die Angst, sich als Homosexueller bloßzustellen, schließen zu können.

Ängste haben nicht nur die über 30 Prozent Männer zu verarbeiten, die als Erwachsene schon mindestens einmal Sex mit einem Mann hatten oder die manifest Homosexuellen, deren Zahl zwischen 2 und 13 Prozent geschätzt wird. Denn „der Haß, der Homosexuellen entgegenschlägt, richtet sich nicht nur gegen sie. Viel gefährlicher für den heterosexuellen Mann sind seine eigenen homosexuellen Anteile, die in der frühen Kindheit dem Tabu Homosexualität zum Opfer gebracht werden mußten. Sie werden unbewußt als äußerst bedrohliche Gefahr erlebt." So Reimut Reiche und Martin Dannecker in ihrem Ende vorigen Jahres erschienenen Buch „Der gewöhnliche Homosexuelle" - oder, im aggressiven Rotz-Schwulen-Jargon in Rosa von Praunheims Film: „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt."

Ob pervers oder nicht - anders als die anderen ist der Homosexuelle auf jeden Fall. Und das nicht nur, was seine Sexualpraktiken betrifft. War es seit mehr als fünfzig Jahren die Absicht liberaler Sexualwissenschaftler und Strafrechts-Reformer, den Schwulen und ihrer Umwelt klarzumachen, daß die Homosexuellen genau so normal sind wie alle anderen, daß Homosexualität, wie Magnus Hirschfeld behauptet, angeboren und deshalb als ein Merkmal neben Haarfarbe oder Hasenscharte zu akzeptieren sei, räumen Dannecker/Reiche jetzt gründlich mit dieser Position auf. Sie meinen, der Faschismus habe auf grausamste Weise gezeigt, daß den Homosexuellen mit dieser konstitutionsbiologischen These ein Bärendienst erwiesen wird. (Nebenbei: In der Diskussion um die Homosexuellen-Problematik sollte nicht vergessen werden, daß die hunderttausende „Männer mit dem Rosa Winkel", die in den KZs selbst noch von kriminellen Mithäftlingen zu Underdogs gemacht wurden, in der Regel keinen Pfennig Entschädigung erhielten.) Mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft und im Auftrag des Hamburger Instituts für Sozialforschung verteilten sie nach dem Schneeball-Prinzip 1617 Fragebogen und legten schließlich mit rund 800 ausgewerteten Interviews die erste Untersuchung allgemeiner Lebensbedingungen der Homosexuellen vor, die als repräsentativ gelten kann. Bisher beschränkten sich ähnliche Erhebungen auf Spezial-Aspekte, etwa straffällig gewordener Homosexueller oder der männlichen Prostitution (so die jetzt bei Luchterhand erschienenen „Strichjungen-Gespräche" von Norbert Schmidt-Relenberg).

In ihrer vierhundertseitigen akribischen Faktensammlung deklarieren Dannecker/ Reiche nun gleich auf dem Einband:

. . Homosexuell wird man nämlich nicht mit 4 oder 5 Jahren, sondern mit 14 oder 17 Jahren oder gar später. Mit vier Jahren wird ein Triebschicksal verankert, d. h. eine Disposition, aber keine Determination erworben. Und auf diesem Triebschicksal werden soziale Geschlechtsrollen, bewußte Einstellungen und unbewußte Ängste, Phobien und Ablehnungen aufgebaut, wird ein Bild der Selbstwahrnehmung und Selbstverurteilung errichtet, das sozialen Zwängen und Gesetzen folgt. Dieser soziale Zwang muß allerdings in der Einzelpsyche verarbeitet werden. Und gerade darum ist es der soziale Zwang, der den Homosexuellen macht, jedenfalls das an ihm, was das ‚andere`, das ‚Abweichende` ist."

Dieses „andere" schlägt sich in Lebens- und Konsumgewohnheiten, in überdurchschnittlichem Drang nach sozialem Aufstieg und in den Partner-Beziehungen des gewöhnlichen Homosexuellen nieder. Am deutlichsten werden die Auswirkungen der gesellschaftlichen Zwänge, wenn Dannecker und Reiche zwischen dem „Leben der Homosexuellen" und dem „homosexuellen Leben der Homosexuellen" unterscheiden müssen, wenn sie die schwule „Subkultur" schildern. Sie verstehen hierunter Bars, Saunen und Toiletten („Klappen"), Parks, Schwimmbäder oder Parties, Orte, an denen Homosexuelle nicht nur zufällig auf potentielle Sexpartner treffen; denn äußerlich ist der Homosexuelle entgegen landläufigem Vorurteil in gewöhnlicher Umgebung kaum in seinem „Anderssein" von seinen Geschlechtsgenossen zu unterscheiden. (Wozu nicht zuletzt die Textil- und Kosmetikindustrie bei der Ausweitung ihres Männer-Marktes über einen einschlägigen Kundenstamm hinaus beigetragen haben.)

In der Subkultur können die Schwulen uneingeschränkt schwul sein, können sie den Angestellten-Alltag mit seinen erfundenen Sex-Prahlereien und Mädchengeschichten vergessen, können die zehn Prozent Homosexuelle, die verheiratet sind oder waren, ihre Ehefrau vergessen. Am häufigsten frequentiert werden Bars und Homosexuellen-Clubs, die in jeder

Stadt der Bundesrepublik zu finden sind und über die spezielle „Gay-Guides" -auch international - Auskunft geben. Jeder fünfte Befragte besitzt solchen Schwulen-Führer; der bekannteste, der „Spartacus International Gay Guide", führt allein in Westberlin rund 80, in Hamburg 60 Adressen aus der Subkultur auf. Fast drei Viertel aller Homosexuellen unter 30 Jahren besuchen solche Bars mindestens drei- bis zehnmal pro Monat.

Hier und in den Schwulen-Ecken bestimmter Parks linden sie fast ausnahmslos ihre Sexual-Partner, im Jahresdurchschnitt 14. Zwar bestätigt der häufige Partner-Wechsel die allgemeine These von der homosexuellen Promiskuität, gleichzeitig widerlegen Dannecker/Reiche aber das Vorurteil, Schwule seien generell bindungsunfähig. Zwei Drittel der Befragten waren zum Zeitpunkt der Untersuchung fest befreundet, nur 73 Prozent gaben an, sich in den letzten fünf Jahren „ungebunden" verhalten zu haben.

Diesen scheinbaren Widerspruch zwischen fester Freundschaft und gleichzeitigen vielseitigen anderen sexuellen Kontakten sehen die Autoren in Reichs therapeutischer Empfehlung der „Untreue" zur „Heilung unglücklicher Ehen" aufgelöst - in einem Bereich, der mit der relativen gesellschaftlichen und ökonomischen Gleichberechtigung der Partner hierfür bessere Voraussetzungen schafft als die bürgerliche Ehe. So wird die homosexuelle Subkultur zum „Sex-Markt", und der ist weitgehend anonym: „Sprache spielt im öffentlichen Teil der homosexuellen Subkultur entweder überhaupt keine oder nur eine untergeordnete Rolle."

Um so wichtiger ist die Verpackung, in der einer steckt. Für sie werden beträchtliche Mühen aufgewandt und hohe finanzielle Opfer gebracht." So blüht das „Geschäft mit der Homosexualität"; nicht nur in den USA, über die der „Spiegel" weiß: „Auf der Suche nach neuen Verbrauchern hat das rezessionsgeplagte Amerika die Homosexuellen entdeckt." Die Schwulen geben viel Geld aus, nicht nur weil sie in der Regel keine Familie zu versorgen haben und nicht nur für ihre Staffage.

Dannecker/Reiche zitieren Thomas Mann, Tonio Kröger: „Er fuhr mit Komfort, denn er pflegte zu sagen, daß jemand, der es innerlich so viel schwerer hat als andere Leute, gerechten Anspruch auf ein wenig äußeres Behagen habe . . ." Es geht aber um mehr als um's äußere Behagen:

„Die Verkehrsformen sind von mittelständischem, teilweise großbürgerlichem Charakter. Die Homosexuellen haben gelernt, wonach einer hierzulande beurteilt wird." Sie gehen überdurchschnittlich viel ins Theater und in teure Restaurants, lassen sich weite Urlaubsreisen überdurchschnittlich viel kosten und „bedienen sich gerade der Konsumgegenstände, denen soziales Prestige anhaftet: vor allem Möbel und Kleidung. Dadurch wollen sie glauben machen, sie seien geachtete und nicht diskriminierte Mitglieder dieser Gesellschaft." Dem gleichen Grund entspringt auch ihr verstärkter Drang nach sozialem Aufstieg: 33 Prozent der Väter der Befragten gehörten zur Unterschicht, aber nur noch 11 Prozent der Söhne; 13 Prozent hatten eine Facharbeiter-Ausbildung absolviert, aber nur drei Prozent waren zum Zeitpunkt der Befragung noch als Arbeiter tätig.

Beste Voraussetzung für den Aufstieg: „Der Homosexuelle ist extrem gut angepaßt im Sinne gesellschaftlicher Normalität. Er funktioniert gut." Dem entspricht auch die politische Einstellung. Zwar gaben bei der Bundestagswahl 1969 71 Prozent der Befragten der SPD und nur 14 Prozent der CDU/CSU ihre Stimme, dennoch verkörpern sie „in ihrer überwältigenden Mehrheit geradezu idealtypisch die unpolitische Haltung, die am treffendsten im SPD-Slogan ‚jung, modern, fortschrittlich . . .`eingefangen ist. Das Bruchstück an politischer Sensibilität, das sie aufgrund ihrer Homosexualität fast zwangsläufig entwickeln müssen, delegieren sie an die Partei, die ihnen verspricht, sie weitestgehend irr Ruhe zu lassen." Auffällig ist zudem, daß nur 10 Prozent der lohnabhängigen Befragten gewerkschaftlich organisiert sind.

Wie stark die Homosexuellen durch gängige Normen sogar in ihrem Sex-Leben bestimmt werden, zeigt zum Beispiel ihre Einstellung zum Analverkehr. Kaum einer der Befragten mochte zunächst gestehen, daß er ihn praktiziert, geschweige denn, daß er Spaß macht. Bisher ging auch die Sexologie davon aus, daß die diffamierteste unter den Geschlechts-Praktiken, die „Arschfickerei", von höchstens 8 bis 14 Prozent der Homosexuellen angewandt würde. Dannecker/Reiche jedoch ermittelten, daß mindestens 64 Prozent aktiven und 52 Prozent passiven Anal-Verkehr haben. Vor allem das „gebumst-werden", als weibliches Element begriffen, wird nur unter größter Scheu zugegeben. Der Männlichkeitswahn geht so weit, daß feminine Typen, „Tunten", selbst unter den Schwulen auf Ablehnung, ja, Haß stoßen. 76 Prozent der Befragten wollten mit Tunten nichts zu tun haben, 11 Prozent darunter zeigten sich geekelt: „zum Kotzen", „Scheiße", „widerlich". Die Schwulen haben ihre Juden.

Daß die meisten Homosexuellen mit ihrem Triebschicksal und ihrem Doppelleben glücklich seien, wird kaum noch jemand erwarten. Jeder Dritte würde sich, wenn es Erfolg verspräche, behandeln lassen, jeder Zehnte hat bereits einmal versucht, sich das Leben zu nehmen, weitere vier Prozent haben zwei oder mehr Selbstmordversuche unternommen. Selbst den engsten Angehörigen verschweigen sie ihr „So"-Sein, nur 39 Prozent der Mütter und 21 Prozent der Väter wissen von der Homosexualität ihrer Söhne. Zwar meint die „Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sozialforschung" in Düsseldorf (Kuratorium u. a. die Professoren Alphons Silbermann, Ossip K. Flechtheim und Ulrich Sonnemann), das erniedrigende Versteckspielen könne jetzt langsam ein Ende haben, da mittlerweile 40 Prozent der Bundesbürger

Homosexualität duldeten und weitere 40 Prozent Homosexualität bejahten, Dannecker/Reiche entgegnen jedoch: „Da wurde dann so am Tisch gefragt: Sind Sie Homosexuellen gegenüber tolerant? Da läßt sich dann ja oder nein sagen, das bedeutet überhaupt nichts. In der Zwischenzeit hat man in ‚verdeckten Interviews` herausgefunden, daß im Sympathiegefälle die Homosexuellen immer noch ganz unten rangieren. Sie kommen gleich nach den Prostituierten. Sie sind für die Heterosexuellen immer noch genauso schmierig und charakterlos und ekelhaft wie vor ein paar Jahren. Es hat sich nichts geändert."

Dagegen kann auch ein Udo Lindenberg mit seinem „Ist doch ganz egal, ob Du ein Junge oder ein Mädchen bist" so schnell nicht ansingen. Homosexuellen-Bekenntnisse in Talk-Shows, Revuen wie „La Grande Eugene" oder Ausstellungen wie „Aspekte der Transvestie" sind nach Dannecker/Reiche nur Ausdruck einer Enttabuisierung eines Tabus, nicht seiner Abschaffung. Die nämlich setzte grundlegende gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen voraus. Wie die aber zu erreichen wären, können die Frankfurter Soziologen nicht sagen.

Sie zeigen zwar das „Anderssein" der Schwulen, ihre psychischen Verletzungen und ihre Wünsche stets als gesellschaftliche Phänomene; der Appell, dieses „Anderssein" endlich zu akzeptieren und von Mitleids-Reaktionen Abschied zu nehmen, hilft aber offenbar nicht weiter. Denn gerade weil sie sich hierauf beschränkten, mußten die meisten der vor einigen Jahren in fast allen Universitätsstädten gegründeten schwulen Emanzipations- und Aktionsgruppen scheitern; heute existiert nur noch ein halbes Dutzend. Vielleicht sind sie aber auch nur an ihrer Ungeduld gescheitert.

1969 noch wurde ein Mann, der einen Mann liebt, mit Gefängnis bestraft, vor zweihundert Jahren mit dem Tode. Und noch heute zählt das offizielle katholische „Lexikon für Theologie und Kirche" die Homosexualität zu den „schweren und himmelschreienden Sünden".

Konkret 07/75, S. 50

Hans Christoph Buch

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre

Ich kann meinen Beitrag nicht beginnen, ohne, wenigstens en passant, auf das einzugehen, was Gerd Fuchs an gleicher Stelle im letzten „konkret` ausgeführt hat: „Die Fähigkeit der Herrschaft, sich mit dem Marxismus auseinanderzusetzen, ist auf Null gesunken. Politisch heißt das: Berufsverbote (...), ideologisch: Theorieverbot, literarisch: Irrationalismus." Ein paar Sätze weiter wirft er Karin Struck „barbarische Irrationalität" vor und entlarvt Peter Handke als Faschisten, weil an einer Stelle seines neuen Romans der Held Lust bekommt zuzuschlagen: „Man braucht ihm nur noch zu sagen, gegen wen" (Fuchs, Zitat-Ende).

Abgesehen von der blinden Gleichsetzung von Romanheld und -autor, abgesehen auch von dem mechanischen Basis-Überbau-Verständnis (politisch, ideologisch, literarisch - alles ein und dasselbe), lassen sich die von Gerd Fuchs erhobenen Vorwürfe Wort für Wort auf ihn selbst anwenden. Die Fähigkeit der Vulgärmarxisten, sich mit bürgerlicher Literatur auseinanderzusetzen, ist in der Tat auf Null gesunken, wie Gerd Fuchs' Kritik zeigt: anstatt dialektischer Analyse - politische Diffamierung, anstelle von Argumenten - wüste Beschimpfungen. Das einzige, was die Vulgärmarxisten von den korrupten bürgerlichen Literaten noch unterscheidet, ist, daß sie sich selbst loben, wie Gerd Fuchs am Ende seiner Kritik verschämt eingesteht: „Anstandsregeln" gelten hier nicht, denn für diese Sache „muß geworben werden".

Ich wundere mich, daß einer so hysterisch um sich schlagen muß, um sich seine ideologische Zuverlässigkeit zu bestätigen - für einen französischen oder italienischen Kommunisten wäre das undenkbar. Autoren wie Gerd Fuchs leben in einer ideologischen Traum- und Wahnwelt, deren literarische Reflexe sie uns als „Realismus" verkaufen; dabei haben sie mit der Wirklichkeit ungefähr so viel zu tun wie der „reale Sozialismus" in der DDR mit den Ideen von Marx und Engels.

Zur Sache. Ich möchte einen Autor vorstellen, den Kritiker vom Schlage Gerd Fuchs' wahrscheinlich als Faschisten bezeichnen würden, und den ich für einen großen realistischen Schriftsteller halte, auch wenn er mit solchen Etikettierungen wenig anfangen konnte („Ein neuer Realismus entstand, er stand rum"): den kürzlich verstorbenen Lyriker und Romancier **Rolf Dieter Brinkmann.**

Brinkmann war bei Freunden und Feinden gleichermaßen gefürchtet wegen seiner Aggressivität; er hatte ein gesundes Mißtrauen gegen ideologisches Geschwafel, gleich welcher Coleur. Vor 3 Jahren machte er Schlagzeilen, als er in einer Podiumsdiskussion mit dem Kritiker Reich-Ranicki nach dem Maschinengewehr rief. Die bürgerlichen Feuilletons ernannten ihn daraufhin zum geistigen Nachfahren der Waffen-SS, und Martin Walser erhob ihn im „Kursbuch" zum Kronzeugen für „Die neueste Stimmung im Westen", weil er, unter anderem, neue amerikanische Lyrik übersetzt und ediert hatte („Acid", „Silverscreen").

In Wirklichkeit hatte sich Brinkmann schon damals von seinem amerikanischen Vorbild Frank O'Hara weitgehend emanzipiert, allerdings in eine Richtung, welche Kritikern, die Gespräche über Bäume für Verbrechen halten, ein Greuel sein muß. Er experimentierte mit sich selber, setzte sich radikalen Erfahrungen aus, und erforschte auf diese Weise die ihn umgebende Wirklichkeit: „Der Mensch kennt nur sich selbst, insofern er die Welt kennt, die er nur in sich und sich nur in ihr gewahr wird." Das ist weder Subjektivismus noch gar Irrationalismus - das Zitat stammt von Goethe -, es ist das Arbeitsprogramm eines realistischen Schriftstellers, das Brinkmann auf seine Weise verwirklichte. Er beschäftigte sich mit Dingen, von denen andere damals, auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte, nicht einmal träumten: mit dem Universalgelehrten der italienischen Renaissance (Giordano Bruno), mit der neuen englischen Antipsychiatrie (Laing, Cooper) oder mit altchinesischer Poesie.

Ein Niederschlag dieser Lektüre ist das folgende Gedicht, das dem chinesischen Lyriker Han Shan gewidmet ist (aus Platzgründen kann ich nur die erste Strophe zitieren):

Improvisation 1

„Niemand weiß, woher Han Shan kam."

Er stieg aus der Ebene auf den Kalten Berg,

schrieb, „was soll ich hier tun?", in den Stein,

die Überschriften fehlten, keine Numerierung

er saß und sah auf den Schnee,

die Erklärungen, „Fußnoten", folgten später, erklärten nichts.

Die Kalligraphien in der Kälte, weiß
das Anschauen des Steins, das Vergessen
der Erinnerungen, was
eine Leistung ist. Er schrieb „der Wissende
hat keinen Pfennig", als er wieder
überrumpelt
wurde vorn Verlangen, den Berg
zu verlassen, geplagt von der
„Kondolation der Fliegen"
als er das Zimmer ausfegte, war er zufrieden.

Ich habe mit Absicht dieses Gedicht hierhergestellt - nicht nur, um eine Probe von Brinkmanns Lyrik zu geben, sondern auch, um auf Han Shan aufmerksam zu machen, der, neben Du Fu und Li Tai-pe, zu den Klassikern der chinesischen Poesie gehört. Er lebte im China der Tang-Dynastie (7./8. Jahrhundert - genauere Daten sind nicht bekannt) als Einsiedler im Gebirge -von daher sein Beiname „Dichter vom Kalten Berg". Seine Gedichte soll er, der Legende zufolge, auf Felswände und in den Schnee geschrieben haben; seine Schüler hielten sie für die Nachwelt fest. **150 Gedichte von Han Shan,** sein gesamtes Werk, sind jetzt zum erstenmal in deutscher Übersetzung erschienen, als **Taschenbuch im Eugen Diederichs Verlag.** Die Gedichte sind voll von bitterer Ironie, Bosheit und einem metaphysischen Witz, der über die Welt lacht, weil sie, schon damals, nicht anders zu ertragen war; auf chinesischen Gemälden wird er zumeist als kichernder Bettelmönch dargestellt. Die Lektüre dieser Gedichte kann helfen, unser provinzielles, vom westlichen Imperialismus geprägtes Weltbild aufzubrechen.

Um nicht als fernöstlicher Esoteriker verschrien zu werden, möchte ich noch auf einen bayrischen Heimatdichter hinweisen, der gleichzeitig ein zu Unrecht verkannter und vergessener linker Klassiker ist: den Anarchisten und späteren Kommunisten **Oskar Maria Graf,** Dichter, Romancier, Bohemien, Vorkämpfer der Münchner Räterepublik, der nach 1933 über die Sowjetunion in die USA emigrierte, wo er 1967 starb. In dem vor kurzem bei **Luchterhand** erschienenen **Bericht seiner Rußlandreise** schildert er, höchst plastisch, die psychischen Verklemmungen und Verkrampfungen der in die Sowjetunion emigrierten deutschen Schriftsteller, die ständig ihre Linientreue unter Beweis stellen müssen: So sitzen die Genossen im Hotel Lux über Graf zu Gericht, weil er zu hohe Trinkgelder gibt und, zum Ergötzen der Moskauer, in Lederhosen spazierengeht (die trug er auch noch, als ich ihn, kurz vor seinem Tode, in Berlin sah); bei einer Autofahrt über Land läßt ein Parteifunktionär den Chauffeur vor einer Kuhherde anhalten, um Graf die Überlegenheit der sowjetischen Kühe über die bayrischen zu demonstrieren. Das Buch ist voll von derartigen Anekdoten, bei denen man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll. **Im Süddeutschen Verlag** sind soeben **zwei Prosabände von Oskar Maria Graf** erschienen, seine **Kalendergeschichten** und der Dorfroman **Die Chronik von Flechteng.**

Zum Schluß möchte ich noch für den im **Rotbuch Verlag** erschienenen Gedichtband des Schriftstellers **Peter Paul Zahl** werben **(„Schutzimpfung"),**

der seit Ende 1972 in Köln-Ossendorf im Knast sitzt und wegen „schweren Widerstands gegen die Staatsgewalt" zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Ein Romanmanuskript von Zahl wurde vom Düsseldorfer Landgericht beschlagnahmt mit der absurden Begründung, daß die Veröffentlichung der Sicherheit der Anstalt gefährde. So muß man sich, notgedrungen, an die Gedichte halten, aus denen man mehr über Hungerstreik und Isolierhaft erfährt als aus Titelgeschichten im „Spiegel" oder aus langatmigen linken Analysen. Die derzeitige Adresse von Peter-Paul Zahl ist: 5 Köln-Ossendorf, Rochusstr. 350. Auch wer die politischen Ansichten des Autors nicht teilt, sollte ihm seine Solidarität nicht entziehen.

Rolf Dieter Brinkmann „Westwärts 1 & 2 - Gedichte", Rowohlt, 15 Mark Han Shan „150 Gedichte vom kalten Berg", Eugen Diederichs Verlag 19,80 Mark Oskar Maria Graf „Kalendergeschichten", „Die Chronik von Flechteng", Süddeutscher Verlag, 25 und 18 Mark Peter-Paul Zahl „Schutzimpfung", Rotbuch Verlag, 6 Mark

Konkret 07/75, S. 50

Günter Herburger

Schwäbische Mafia

In Siedamerika
waret mier
scho vor hundert Johr da.
Mier hend Heiser baut,
hend rumgwuhlet,
uns iberall hietraut,
sind ebbes gworde,
zum Beischbiel Generäl, Bräsidende, Dikdadore,
bis jetzt bot no koiner sein Poschte verlore.

Der Geisel in Brasilie,
in Paraguai der Stroessner,
koiner von dene boide
ischt au bloß a bissele besser.
Au z'Nordamerika hend mier oin
aus der Nachbarprovinz, an Franke,
Tag und Nächt ischt'r rumgroist,
hots Gschäft zammhalte wolle,
's Geld auf de Banke,
abers Kissindscherle bot sich verschpekuliert,
Kriag, in die'r naiblose bot,
hot'r verlore, jetzt wird'r miad,
d'Hiat und d'Schtahlhelm rutschet'm über d'Ohre.

Dohoim, im oigene Land,
hend mier au neiglangt, gottlob,
hend die beschte Modore gmacht,
die beschte Keks, die beschte Schuahwix,
a liberale Kaufmannsbardei
und's beschte Linoleum,
wirtschaftlich gsehe
kommt an uns koiner meh vorbei.

Beriehmde Dichder und Denger
hend mier au broduziert,
die moischde sind längschd dod,
aber zwoi, drei sind wieder im Komme,
in de Zeitunge hocke mier rum,
im Fernsehe, in de Vorschtandsetage,

ein Herrgott kenntet mier danke,
wenn mier bloß it so'n Dialekt hettet,
den koiner verschtoaht,
drum miasset mier weiterschaffe,
schparsam und fleissig sei,
bis 's Schwäbische in Mendalidät und Schproach
wia's Englische goaht.

Konkret 07/75, S. 52

kulturnation

Sing along with Pinochet

Erste Auswirkungen der Künstler-Equête: Helmut Schmidt will sein diesjähriges Kanzler-Fest nicht auf dem Rasen des Palais Schaumburg, sondern im Parkett des Bonner Theaters steigen lassen. Star-Gäste: „Santiago", „die vier fröhlichen Jungs aus Chile" (siehe „Funky Folter". KONKRET 6/75).

Dumm-dummchen

„Wer Grass liest, darf nicht Habe sagen, wer die „Welt" hat, wird von „Zeit"-Redakteuren nicht gegrüßt, wer die „Bildzeitung" druckt, gehört in den „Fleischwolf". So war es in der Festveranstaltung der ersten großen Bundestagung des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA) zu hören, die am Wochenende (l. Juni) in Würzburg stattfand. Es war aber weder Hans Habe noch ein Redakteur der Springerpresse, der mit diesen Worten die von einem gut ausgebauten Grabensystem zerrissene deutsche Publizistenlandschaft beschrieb. Sondern der herbe und zutreffende Satz kam aus dem Munde einer weizenblonden Zierlichkeit, der Hamburger Jungschriftstellerin Heike Doutiné (29). So räumt Günther Deschner in einem Hofbericht der „Welt" über die neue Kronprinzessin des FDA-Präsidenten Hubertus Prinz zu Löwenstein gründlich mit dem Vorurteil auf, Ihre Zierlichkeit sei zwar ein Dummchen aber lieblinks und grundgut. Nach eigenen Angaben haben Caspar Freiherr von Schrenck- Notzing, Gerhard Löwenthal, Rudolf Krämer-Badoni und Louis Trenker seit der Gründung ihres Spaltervereins (als sich der Schriftstellerverband 1973 der IG Druck und Papier anschloß) 1187 Gesinnungsgenossen um sich versammelt.

An der Ruhr keine Spur von Kultur ?

„Die Ruhrfestspiele, die die Einbeziehung insbesondere der Arbeitnehmer in das kulturelle Leben zum Ziel hatten und durch ihre Inhalte Beispiele für das kulturelle Geschehen setzen wollten, sind in der ständigen Gefahr, diese Ursprungsziele zu verlassen und Festspiele neben anderen zu sein." Ist dieser Gefahr, die der 9. DGB-Bundeskongreß vor drei Jahren beschrieb, nicht mehr zu begegnen? Das 10. Parlament der Arbeit wollte sich zu dem leidigen Thema erst gar nicht mehr äußern. Bei der Eröffnung der diesjährigen 29. Ruhrfestspiele erklärte ihr künstlerischer Betriebsdirektor, Hans-Peter Kurr, die Reform kurzerhand für „vertagt", ein Papier zur inhaltlichen und organisatorischen Neuordnung wurde Makulatur. Statt dessen hatte sich der Aufsichtsratsvorsitzende der Festspiele, das DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab, mit der Recklinghäuser CDU herumzuschlagen. Die wollte nämlich die Premiere platzen lassen, weil ein Stück des Baader-Meinhof-Besuchers Sartre auf dem Programm stand: „Im Räderwerk'`. Inzwischen hat das Berliner Ensemble, das die Ruhrfestspiele mit drei Inszenierungen besuchen wollte, die Teilnahme „aus künstlerischen Gründen" abgesagt. Der tatsächliche Grund ist im Protokoll des DGB-Bundeskongresses nachzulesen. Auf den Protest des DDR-Vertreters Günter Behnisch, der seinen Namen auf der Liste der Inlands-Gäste gefunden hatte. antwortete Hans Oskar Vetter: .,Ich glaube, wir können uns das ganz einfach machen - indem wir den Herrn streichen."

Materialien -schnell und komplett

Was ganz Neues: Zusammen mit dem Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI) dem zahlreiche fortschrittliche Autoren wie Bernt Engelmann, Max von der Grün, Walter Jens, Robert Jungk, Siegfried Lenz, Günter Wallraf und Martin Walser angehören, gibt der Neue KONKRET Verlag eine aktuelle Taschenbuch-Reihe heraus. Die beiden ersten Bände sind da: „Wie kritisch darf engagierte Kunst sein - eine Dokumentation zum Fall Steack" (PDI-KONKRET 1) und „Portugal - Wiedergeburt eines Volkes, mit einem Vorwort von Jakob Moneta" (PDI-KONKRET 2). Beides Materialsammlungen, die so schnell und so komplett nirgends zu haben sind. Die Bücher sind zum Einzelpreis von 4 Mark (Staeck) und 5,90 Mark (Portugal) beim PD1, 8 München 2, Münzstr. 3, zu beziehen (Mengenrabatt auf Anfrage).

„Sie wollen die totale Zensur"

Jahrelang hat der Suhrkamp Verlag mit Franz Xaver Kroetz ein gutes Geschäft gemacht. Solange seine Stücke ihren modischmakabren O-Ton-Touch behielten, war er auch noch als DKP-Mitglied gelitten. Als der Schriftsteller aber jetzt die Erfahrungen eines mehrwöchigen Aufenthaltes in einem DDR-Dorf literarisch verarbeitete, wurde der Report, so Kroetz, „aus fadenscheinig ungenauen, spätbürgerlichen-romantisch-dummen Kriterien heraus abgelehnt". Kroetz entschloß sich, seinen Vertrag mit Suhrkamp nicht zu verlängern und schrieb an Verleger Unseld: „Beginnend mit „Münchner Kindl" über „Sterntaler" bis zum DDR-Report wurde diese Interessengemeinschaft im kleinen immer komplizierter, ganz einfach deshalb, weil die Interessen immer weiter divergierten. Mit der Ablehnung des DDR-Reports ist diese Konstellation eskaliert. Warum? Lieber Herr Dr. Unseld. es tut mir leid, aber ich kann es Ihnen nicht gestatten, sich als politischer Zensor über mich und mein Werk zu erheben. Ich kann es Ihnen nicht gestatten, das Bild des Schriftstellers Kroetz in der westdeutschen Öffentlichkeit nach den Erfordernissen und Interessen Ihrer selbst und Ihrer Geldgeber zu manipulieren.

Lieber Herr Unseld, es ist naiv, zu meinen, ich würde Ihnen gestatten - wie Sie offen in Ihrem Brief vom 28. Januar schreiben - „Stück für Stück für oder gegen ein Werk" zu entscheiden. Hier fordern Sie frei und unverblümt das Recht auf totale Zensur und Manipulation. Diese Rechte werden Sie von mir nicht bekommen, und wenn ich verhungere."

Konkret 07/75, S. 53

Hamm Farocki

Subventionskino

In Duisburg wird einmal im Jahr ein kleines Festival mit neuen deutschen Spielfilmen gemacht. Gedacht ist die Veranstaltung vor allem zur Information von Leuten, die bei unabhängigen Spielstellen, kommunalen Kinos oder Filmclubs arbeiten. Gezeigt werden dort keine Porno-, Simmel- oder Heinofilme, sondern Filme der Gattung, die man früher „Junger Deutscher Film" nannte. Das Geld zu diesen Filmen kommt nicht aus der Filmwirtschaft, sondern vom Fernsehen oder aus Mitteln der Filmförderung. In drei Tagen und neun Filmen bekam ich einen gedrängten Eindruck von dem gegenwärtigen Subventionskino.

Der **„Lord von Barmbek"** von Ottokar Runze ist gemacht nach dem Text der Memoiren eines Einbrechers, die in der Hauptsache zwischen 1900 und 1920 spielen. Der Film hat eine Musik von Majewski, die so ist wie die Musiken, die man zu Slapstickstummfilmen zeigt, eine Signalmusik, die nur auf ein Dunnemals verweist wie ein Zylinder zu Himmelfahrt. Die Aussagen dieses Einbrechers sind nicht besonders genau, verzweifelt, angeberisch, spannend und nur ein bißchen witzig. Der Film könnte eine Minute oder 10 000 lang sein. Man sieht in einem fort Kleidung, Straßen, Möbel, Häuser aus diesem undefinierten Damals, in dem es nicht einmal einen Unterschied zwischen der Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg gibt.

Das setzt sich fort in einem als Western ausgegebenen Film von Volker Vogeler **„Tal der tanzenden Witwen".** Da ist nicht einmal das Tal zu sehen, in dem das Dorf angeblich liegt. Die Geschichte handelt von den Frauen eines Dorfes, die, als ihre Männer aus dem Krieg zurückkommen, irgendwie mit denen nicht mehr wollen. Ich kann das nicht genauer beschreiben als es zu sehen ist. Man muß sich vor allem davor hüten, dem Film vorzuwerfen, er zeichne ein falsches Bild von der Frau und ihrer Emanzipation, denn damit würde man anerkennen, daß er ein Bild zeichnet.

Der nächste Kostümfilm ist von Werner Herzog und heißt **„Jeder für sich und Gott gegen alle".** Er behandelt die Kaspar Hauser-Geschichte, und das macht einen folgereichen Vergleich mit Truffauts „Der Wolfsjunge" möglich. Dort sieht man, wie zwei Erwachsene ein wild aufgewachsenes achtjähriges Kind zu zivilisieren suchen. Der Zusammenstoß von Natur und Kultur, eine Darstellung davon, was Erziehung ist, daß sie die Gleichheit und Entwicklungsfähigkeit des Menschen setzt, aber eine Grausamkeit gegen die Sinne und Triebe ist. Bei Werner Herzog ist das Kaspar-Hauser-Thema nur dazu da, um die Rarität eines Menschen, der nicht den üblichen Erziehungsprozeß durchlaufen hat, vorzuführen. Der Darsteller, Bruno S., macht überraschende Bewegungen und sagt rätselhafte Sachen, aber aus welcher Welt? Man könnte vielleicht sogar eine Welt imaginieren, die gegen ihn steht, wenn er allein wäre in dem Film, aber er tritt auf in, was man Spielhandlung nennt, einer unendlich ausführlichen Umgebung von alten Häusern, alten Kleidern, Landschaften und alten Charakterdarstellern, wie Brigitte Mira. Diese Umgebung ist nicht besonders brutal, ignorant, irrational freundlich oder rationalistisch, sie ist nur dazu da, um Werner Herzog Gelegenheit zu geben, etwas undeutliche Poesie zu produzieren. Undeutlich aber natürlich superostentativ Der Film ist aus der Perspektive des Kaspar Hauser erzählt, und wie in einem schlechten Kriminalroman muß der Regisseur diese Perspektive zweimal aufgeben, damit schön rätselhaft bleibt, wer oder was den Helden verwundet oder tötet. Der Film ist nicht nur rückschrittlich, sondern das auch noch mit billigen Mitteln, nicht nur ein Skeptizismus, auch noch ein billiger Skeptizismus.

Ein weiterer Film in Dekorationen: **„Karl May"** von Hans Jürgen Syberberg. Der ist sorgfältiger recherchiert, als das bei Fernsehdokumentarspielen üblich ist. Der Stoff ist auch nicht mit dem im Dokumentarspiel üblichen Schematismus umgesetzt. Aber diese Mehrarbeit ist aufgewendet, um die ganze Sache abseitiger zu machen. Es geht um die Vorführung einer Geisteshaltung, die, mit dem Etikett *Deutsch,* gerade eine kleine Exportkonjunktur hat. Wir zitieren den Regisseur: „Epos, Heldenlied, Märchen, Homer, Edda, Wagner, Milton, Paradise Lost, Klopstock, Messias, Don Quichotte, Faust, Brecht, Bach, Peer Gynt, Eisenstein, Griffith und altes Kino wie Mélies." Die genannten sind wohl tot und können sich nicht wehren, aber der Film beweißt, daß die alten UFA-Stars noch leben, auch Kristina Söderbaum, und wie die agieren und sprechen dürfen, das macht eine Berufung auf Brecht und an anderer Stelle auf das epische Theater zu einem peinlichen Witz.

Ein Film mit dem Titel **„Die Ameisen kommen"** von Jochen Richter ist ein Kriminalfilm mit einem mittelmäßigen Tatort oder Kommissarplot. Dieser Film hat nichts anderes vor, als den Regisseur auszustellen, aber diesmal nicht als Genie, Mystiker, Künstler, einfach als Realisator zukünftiger Tatort ähnlicher Filme. Zu diesem Film ist noch zu sagen, daß der Voyeurblick, den er auf BMWs wirft, glaubwürdig ist, weniger der, der auf Mädchenbusen fällt. Der Vater im Film sieht unbemerkt seiner Tochter beim Pulloverwechsel zu, in seinem Gesicht spielt sich etwas ab, dann erfahren wir, daß er entsetzt ist, weil sie sich so erwachsene Kleidungsstücke gekauft hat.

Wenn ich eine Weile lang uninteressante oder empörende Filme sehe, dann brauche ich einen Film als Maßstab. Das konnte nicht Handke/Wenders **„Falsche Bewegung"** sein, auch wenn die Anstrengung, mit der er gemacht ist, über allen steht, die bisher ihre linke oder rechte Meinung dazu gesagt haben.

Ein Maßstab ist der Kluge-und-Reitz-Film **„In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod".** Diese Arbeit hat Bewußtsein von den Bedingungen, unter denen man hier einen Film machen kann. Bewußtsein davon, daß nur eine Filmimitation dabei herauskommt, wenn man mit wenig Geld oder wenig Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit einen Film macht. Während in den vorher genannten Filmen die Kostüme, Häuser, Landschaften halbwegs seltene Dinge sind, die der Film dann als wahnsinnig seltene Dinge an den Mann bringen will, kommen in dem Film von Kluge und Reitz ganz alltägliche Dinge vor, die durch den Film einer neuen Aufmerksamkeit wert werden.

In einer Stadt wie Hamburg, Berlin oder München gibt es diese Filme alle einmal zu sehen, in kleineren Städten oder auf dem Land kann man einige nur im Fernsehen sehen. In Duisburg sprach ich mit ein paar Leuten um den Essener Filmclub. Sie können im ganzen Ruhrgebiet nicht eine Grundinformation über Filme von, sagen wir, Eisenstein, Bresson oder nur Hitchcock zusammensehen. Das ist der Zusammenhang: Ohne ein Potential an Zuschauern, die die Filmgeschichte kennen, werden die Produktionsmöglichkeiten des nichtkommerziellen Kinos von Nachmachern und Vortäuschern mit Beschlag belegt.

Auf einer Veranstaltung wie der in Duisburg hat sich gezeigt, daß das Subventionskino dem berüchtigten Stadttheater schon ganz ähnlich ist, ein Betrieb mit einer Kultur dritten Ranges und zur Repräsentation. Und wenn die Filme nicht darstellen sollen, daß auch in der BRD Filme möglich sind, was geschenkt ist, denn es gibt noch 146 andere Länder, dann sind die nichtkommerziellen Filme den Simmels, Heinos oder Pornos schon wieder ganz ähnlich.

Konkret 07/75, S. 54

Sebastian Blade, Heiner H. Hoier, Detlef Michelers, Peter Butschkow

Rasierklinge

Steeplerkönigin „Toronja“ heiße Favoritin

Die Steepler, dieses kleine mutige Völkchen an der Südostküste Neu-Patagoniens, jubeln: nach über 50 Jahren haben sie wieder eine Königin.

In einer feierlichen Zeremonie mit großem TamTam ließ der greise Monarch Bohumil XVII. seine bisherige Lieblingskonkubine Toronja zur Königin der Steepler krönen.

Zur Feier dieses außergewöhnlichen Ereignisses wurden von den euphorischen Steeplern zwei Missionare und eine amerikanische Entwicklungshelferin gegrillt. Für alle Kinder der Hauptstadt Steeple-Chase gab es an diesem Tage „Missionar satt".

Noch am selben Abend verstarb der alte Bohumil an einer Fischvergiftung in Verbindung mit einem Hitzschlag. Tronja aber ist seither:

„Souveräne Königin der Steepler"

sb

PROSA von Horst Weidenhöfen

Horst Weidenhöfen ist für Angehörige schon lange kein Unbekannter mehr. Wer kennt ihn nicht, wenn er beknackt und hochhackig durch die langen Räume der öffentlich-rechtlichen Anstalten walkt? Wenn er sein geducktes „Hallo, was fehlt uns denn?" den Abteilungsleitern vor die Füße wirft? Ähnlich wie jetzt sein Buch auf dem Markt. „Sprüche die an mein Fenster klopfen", 200 Seiten in Rauhfasergewalzt. Hier ein paar Polterzitate: Urteilen Sie selbst:

Die Stange Dynamit sagte zur Zündschnur: „Mit Dir möcht' ich auch mal bumsen!"

Stereophonie ist: Zum einen Ohr rein, zum anderen wieder raus. Quadrophonie ist das gleiche, nur mit vier Ohren.

Es ist immer gut, wenn man einen Notausgang auch als Noteingang benutzen kann, wenn es nämlich auf dem Parkplatz mal brennt.

Ein Bahnwärter hat am Bahnübergang Kirchseelte die Schranken offengelassen. Ein Autofahrer hat dadurch etwas Zug gekriegt.

Ein Scharfrichter wischte sein Beil ab und dachte so bei sich: „Die Alte nebenan, die hack' ich auch noch mal."

Feuerwehr? Wasserwo?

Die „Queen Elizabeth II." hatte nur vier Schrauben. Kein Wunder, daß sie nicht lange gehalten hat.

Wieder einmal stellt sich die „Rasierklinge" in den Dienst einer guten Sache. In den letzten Monaten haben wir bereits die Gründung eines Altersheims für Bernhardiner in Togo mit einer Spende von 3,17 DM unterstützt und CDU-Generalsekretär Biedenkopf eine Stelle als Redaktionszwerg angeboten.

Heute aber fordern wir unsere Leser auf, auch mal eine gute Tat zu begehen (und nicht immer diese schlechten: den blinden Nachbarn in den Arsch treten und so): Wir fordern: Mehr Geld für die Bundeswehr!

Es geht nicht länger an, daß wir von einem so ärmlich ausgestatteten Heer verteidigt werden, das gegen „Katsche" Schwarzenbeck so abstinkt wie ein lungenkranker Bergarbeiter gegen Arndt von Bohlen!

Wo bleibt klingendes Spiel., wenn man jeden Groschen dreimal umdrehen muß, bevor man ihn für eine neue Trommel ausgibt?

Wo bleibt schimmernde Wehr, wenn am Sidol zum Panzerputzen gespart werden muß, nur damit der Küchenbulle sich einen Sack Kartoffeln kaufen kann?

Wo bleibt schließlich das Selbstwertgefühl des deutschen Soldaten, wenn er nach wie vor im Starfighter abstürzen muß, während seine NATO-Kameraden im befreundeten Ausland in den modernen F-16-Maschinen runterkommen?

Deswegen fordern wir: Mehr Geld für die Bundeswehr!

Das sollte jedem verantwortungsbewußten Bürger dieses Landes einen Griff in seine Tasche wert sein! Spenden auch Sie für unsere Bundeswehr! (Irgendein Betrag zwischen 1,11 DM und 9,99 DM.)

sb